Breslauer Zeitung.

Die Expedition ist Herrenstrasse Nr. 20.

№ 81. Mittwoch den 5 April 1848.

Den stenographischen Bericht, betreffend die erste Sitzung des vereinigten Landtages (am 2. April) s. in einer besondern Beilage der heutigen Zeitung.

S. **Breslau**, 4. April. Der Kaiser und Selbstherrscher aller Reussen hat sich zum zweiten Male seit dem Falle der Juli-Regierung vernehmen lassen. Seine erste Ansprache an die geliebten Unterthanen wies noch mit kalter Majestät auf „im westlichen Europa stattgehabte Ereignisse hin, welche die böse Absicht des Sturzes aller gesetzlichen Auctoritäten verriethen.“ Fühlte der Czaar doch damals auf seinem Haupte noch die Krone der heiligen Allianz unerschüttert sitzen! Meinte er doch gewiß von Minute zu Minute des Rufes „der durch freundschaftliche Verträge verbundenen Nachbarstaaten“ gewärtig sein zu müssen, um mit denselben „dem verderblichen Strome der Anarchie eine zuverlässige Gegenwehr entgegen zu stellen!“ Befahl er doch Kriegsrüstungen mit dem unverhehlten, schadenfrohen Entzücken, daß jene Ereignisse Frankreich wieder von dem Bunde der legitimen Großmächte, welche die Barrikaden-Dynastie widerwillig unter sich dulden mußten, getrennt hätten, daß Preußen endlich die Nothwendigkeit erkennen würde, sich Rußland und Oesterreich in die Arme zu werfen und vereint der Schlange des liberalen Fortschritts den Kopf zu zertreten! Die heilige Allianz ist zerrissen und zerstäubt. Der Czaar hat zu früh gejubelt. Einsam und abgeschnitten sieht er den Zorn und Haß der Völker gegen sein eigen Haus gekehrt und darf sich und dem Lande nicht mehr das Bekenntniß vorenthalten, daß Rußland, welches vor kaum vierzehn Tagen als drohender Schiedsrichter zwischen den Thronen und Nationen zu den Waffen griff, selbst bedräut und in die Defensive gedrängt sei.

Das Manifest vom 14/26. März enthält dies Bekenntniß. Ist es eine Kriegs- oder Neutralitäts-Erklärung?

Wir müssen auf einen wichtigen Punkt aufmerksam machen. In der von uns nach einem Briefe aus Königsberg mitgetheilten Uebersetzung lautet der Schlußsatz mit kriegerischem Trommel-Wirbel: „Und dann wollen wir Alle vereint rufen: Gott mit uns, bekehrt die Völker und unterwerft sie; denn mit uns ist Gott!“ Dagegen übersetzt die Spenersche Zeitung denselben Satz: Gott mit uns! Höret ihrs Alle, die ihr in fremden Landen seid und füget euch, denn Gott ist mit uns! *) Und die Petersburgische deutsche Zeitung, der eine falsche oder irrthümliche Uebersetzung des Originals nicht zugetraut werden kann, übersetzt ebenfalls: Mit uns ist Gott! erkennet es ihr Heiden und beuget euch: denn mit uns ist Gott!

Wir können nicht umhin, die mildere und friedfertigere Version für die ächte zu halten. Die Richtigkeit der unsrigen aber auch angenommen, so wirft der Czaar im Manifeste nicht einen Handschuh hin, den, wie er entsetzt nicht zu leugnen wagt, Europa aufheben würde. Er ruft auf zum Schirme der Grenzen, deren Verletzung ein Angriff gegen die Ehre des russischen Namens wäre. Er ist bereit, den Feinden zu begegnen, wenn und wo sie ihm entgegentreten. Und nur herausgefordert und angegriffen wird er sich zur Abwehr und Vertheidigung erheben, und dann erst gedenkt er den Sieg, den er sich zu flehentlich vom Himmel erbetet, um seiner mit der russischen Armee ganz sicher zu sein, in einem Kreuzzuge zur Bekehrung und Unterwerfung der Völker über die Grenzen hinaus zu tragen.

Wir halten das Manifest für die beistimmende und nur etwas redselige Antwort auf die bündige Neutralitäts-Erklärung, mit der sich Preußen von der heiligen Allianz lossagte. Wir glauben auch, daß der Czaar in den ungeheuren Umwälzungen, die Frankreich, Deutschland, Oesterreich und Preußen innerhalb weniger Tage vollendet haben, aufrichtig nur den ephemeren Sieg des Aufruhrs und der Anarchie erblickt, daß er Rußland mit der Versicherung, nur die Nachgiebigkeit der Regierungen habe den reißenden Strom der Volks-Triumphe sich ergießen lassen, nicht zu belügen beabsichtigt. Denn im entgegengesetzten Falle, wenn jene Versicherung eine heuchlerische wäre, wenn der Czaar gegen die bessere Ueberzeugung dasjenige als blinden Aufruhr bezeichnete, was ihm eine innere Stimme die wunderbare Fügung des Himmels und rächende Hand Gottes zu nennen befiehlt, in solchem Falle wäre das Manifest mit seinen Anrufungen des Allmächtigen und seiner puritanischen Begeisterung nicht nur ein politischer Charlatanismus, wie ihn das alte, nur durch die stärksten Effekte zu reizende Rußland liebt, nicht nur eine diplomatische Tartüfferie, mit der die russischen Selbstherrscher immer den getreuen, ins Feld gerufenen Unterthanen ihre Rechtgläubigkeit, ihre Kirche und den lieben Gott gefährdet schilderten — sondern es wäre die brutale Blasphemie und cynische Gotteslästerung. Ist der Czaar aber aufrichtig, ist die Neutralitäts-Erklärung ein Akt der bloßen Vorsicht und Klugheit, weil er den Angriff zur Bekehrung der Völker noch für übereilt, den Erfolg noch für unsicher hält, so glaubt er mit gleicher Aufrichtigkeit an die Möglichkeit einer Reaktion und stellt sich mit seinen Heeren an den Grenzen auf, um bei dem ersten Winke zur Hand zu sein. Mag er die Grenzen hermetisch absperren! Der Sturm, der durch die Welt brauste und die scheinbar unzerstörbaren Werke pfiffigster Staatskunst, die Zusammenfügungen uralter Familien-Politik in Stunden zerknickte und auseinanderriß, er wird seinen Weg auch über Kordons und Kosacken-Lanzen hinweg dorthin finden, wo einige sehr scharfe neue Verbote und Schreckensmaßregeln keine sonderliche Bürgschaft für die Gewißheit liefern, daß das „heilige Rußland“ und alle die treuen Unterthanen des Kaisers der Reussen und Königs von Polen für diesen begeistert in den Tod gehen werden. Ertragen wir gelassen die Beleidigungen des Manifestes, den Abbruch der diplomatischen Verbindung, die Erschwerungen des letzten Restes unsers Grenzverkehrs. Wir denken, lange kann der Czaar die Ueberzeugung nicht mehr von sich abweisen, daß die neue Gestaltung Preußens, Oesterreichs und Deutschlands keineswegs der momentane Sieg des Aufruhrs und der Anarchie sei, daß vielmehr die Regierungen, wie sie jene Gestaltung gemeinsam mit dem Volke geschaffen haben, dafür auch mit ihrer Ehre und Existenz einstehen müssen. Muthmaßlich wird diese Ueberzeugung die russische Neutralitäts-Armee noch vor dem ersten Kanonenschusse auflösen.

□ Breslau, 3. April.

Daß endlich der polnischen Nation die Freiheit zurückgegeben werde, fordert die fast einmüthige Stimme von ganz Europa, fordert insbesondere das ganze Deutschland. Dieser Forderung einen direkten Widerspruch entgegenzusetzen, daran denkt in Preußen wohl kein Einsichtiger. Wir müssen also fordern, daß Preußen zu diesem Befreiungswerk den Grundstein lege, daß es unverzüglich die unter seinem Zepter stehenden Polen freigebe. Aber wir stellen diese Forderung frei von aller schwächlichen Sentimentalität, frei von jedem Anfluge von Romantik. Preußen muß den Polen die Freiheit geben, nicht weil sie eine heldenmüthige Nation sind, nicht weil Tausende von Deutschen ihnen ihre Sympathien entgegenrufen und schmeichlerische Huldigungen zu Füßen legen. Wie edelmüthig und tapfer die Polen sind, wie viel Schlachten sie geschlagen, wie viel große Männer sie gehabt, kümmert uns in diesem Augenblicke nicht. Ob sie, wie die andere Seite ihnen vorwirft, ein undankbares, wankelmüthiges, uneiniges Volk sind, ob sie die Deutschen hassen oder lieben, läßt uns ebenso gleichgiltig. Nicht die wechselseitige Großmuth, nicht die Gefühle persönlicher Neigungen ordnen die Verhältnisse der Völker zu einander. Die eiserne Nothwendigkeit der Geschichte weist ihnen ihre wechselseitige Stellung an, der Staatsmann hat mit nüchternem Verstande diese Nothwendigkeit zu erkennen und in ihrem Dienste zu handeln. Preußen muß Polen freigeben, weil die Gerechtigkeit es fordert. Sein nationales Leben frei zu gestalten, ist ein Urrecht jedes Volkes, was ihm nie giltig entzogen werden kann. Der Anspruch auf diese Freiheit ist ein Rechtstitel, welcher nie, auch nicht nach dem Drucke von Jahrhunderten erlischt, ist ein Rechtstitel, welcher immer wieder auflebt, wenn zum Rechte sich Kraft und Wille gesellt. Preußen hat den Polen diese Freiheit gewaltsam nehmen helfen und damit einen Fluch auf sich geladen. Wir haben ein halbes Jahrhundert unter der Last dieses Fluches geschmachtet, die Sünde der Väter hat sich gerächt und wird sich rächen an den Kindern bis ins dritte und vierte Glied. Polen hat unsere Millionen verschlungen, hat uns beunruhigt bei jeder Regung im Innern und im Auslande, Polen hat auf uns — die fürchterlichste der Strafen — die Freundschaft des Czaren, die Freundschaft Metternichs gewälzt. Wir haben genug gebüßt, haben dem System, was uns der Besitz Polens aufzwang, genug geopfert. Jetzt ist die Zeit zur Sühne gekommen. Wohlan denn! Sühnen wir die Sünde unserer Väter, unsere eigene Sünde: geben wir Polen frei!

Preußen muß Polen frei geben, weil das bewegende Prinzip der neuesten Geschichte die Freiheit Polens gebieterisch fordert und sie auch ohne unsere Zustimmung vollziehen würde. Das Völkerrecht, welches die Länder zum Eigenthume der Fürsten machte, ist erloschen. Das Land ist jetzt der Schauplatz geworden, auf dem das Volk das Gebäude seines nationalen Lebens errichtet. Wie in dunkler Vorahnung der großen Kämpfe der Zukunft rücken die verwandten Stämme, trotz aller Trennung in verschiedene Staaten, immer näher an einander, zerreißen die alten und schließen neue Bande und suchen ihrer subjektiven Einheit des Charakters in der staatlichen Selbstständigkeit eine objektive, einheitliche Gestaltung zu geben. Diesem gewaltigen, durch ganz Europa gehenden Zuge der Weltgeschichte, Widerstand entgegenzusetzen, heißt einen Kampf mit Windmühlen beginnen. Gebe sich denn auch Preußen diesem Zuge ganz hin, schließe es sich fest und allein an Deutschland an, und lasse es Polen frei, daß es doch ewig von Deutschland ab und nach Rußland hinziehen muß.

Preußen muß endlich Polen freigeben, weil sein eigener Vortheil, ja seine Selbsterhaltung es gebietet. Bedarf denn die alte, triviale Wahrheit noch eines Beweises, daß die unmittelbare Nähe Rußlands für Preußen gefährlich, daß ein freies polnisches Zwischenreich die Bedingung unserer Ruhe und Sicherheit ist? Soll denn ewig, wenn im Westen uns Gefahr bedroht, im Osten die Empörung sich erheben? Soll denn eine treulose Grenzprovinz fortwährend feindlichen Umtrieben einen ergiebigen Boden gewähren, wollen wir denn der Gefahr ausgesetzt bleiben, daß bei einem Kriege mit Rußland hinter unserem Rücken der Feind sich erhebe, daß Frankreich eine Veranlassung erhalte, unter dem Vorgeben der Befreiung Polens Deutschland zu überschwemmen?

---

*) Nach der Spenerschen Zeitung entnommen Jesaias Kap. 8, V. 9. In Luthers Uebersetzung: „Seid böse, ihr Völker, und gebet doch die Flucht. Höret ihrs alle, die ihr in fernen Landen seid: Rüstet euch und gebet doch die Flucht.“ Die Königsberger Zeitung, deren Version mit der unsrigen übereinstimmt, führte als ihre Quelle die in Petersburg erscheinende Nordische Biene an.

So entschließe sich denn Preußen jetzt wenigstens einmal freiwillig, rasch und ganz zu geben, was der Gang der Geschichte ihm doch bald genug und unter härteren Bedingungen, abtrotzen würde, es gebe Polen die Freiheit. Das ist ein gerechter, ein nothwendiger, ein heilsamer Entschluß. Aber Preußen fasse diesen Entschluß frei von blindem Polenenthusiasmus, frei von romantischen Illusionen. Ob Polen in seinem Schooße wirklich die Elemente eines neuen, selbstständigen, staatlichen Lebens trägt, wissen wir noch nicht, und Niemand möge sich der Täuschung hingeben, daß der erwünschte Erfolg nothwendig eintreten muß. Aber wir dürfen es nicht verhindern, den Versuch zu machen, wir dürfen über seine politische Befähigung nicht zu Gericht sitzen. Die Weltgeschichte wird richten, erwarten wir muthig ihren Richterspruch. Ob die Polen uns die Bruderhand reichen, ob sie für ihre Befreiung uns dankbar sein werden, wissen wir nicht. Wir bezweifeln es sogar. Nicht an der Aufrichtigkeit der Versicherungen, welche uns die Leiter der jetzigen Bewegung geben; nur daran zweifeln wir, daß die Leiter der Bewegung im Stande sein werden, ihre aus vernünftiger Erwägung hervorgegangene Ueberzeugung dem natürlichen Instinkt der Massen einzuimpfen. Wir erwarten daher, daß bald genug die beiden Nationalitäten sich feindlich gegenüber stehen werden. Aber dennoch verlangen wir die Freiheit Polens. Seinen Dank verlangen und wollen wir nicht, wir gewähren nur ein Recht, das verdient keinen Dank. Um seine Liebe buhlen wir nicht. Was die Natur geschieden, wird der Mensch vergeblich mit Banden des Gemüthes an einander zu ketten suchen. Aber wir erwarten, daß Polen es erkenne, wie sein eigenes Interesse es zu einem Bündniß mit Deutschland für die nächste Zukunft auffordert. Seine Feindschaft fürchten wir nicht. Stellt sich das von uns befreite Polen uns feindlich gegenüber, so ist die gerechte Sache in unserer Hand, und erwirbt uns die Sympathien aller edlen Völker. Und haben wir wirklich von dem freien Polen eine feindliche Stellung zu besorgen, was haben wir da erst von dem unterdrückten zu erwarten?

Wie aber die Gerechtigkeit der polnischen Sache, die Nothwendigkeit der Geschichte und unser eigener Vortheil die Freigebung Polens fordert, so sprechen dieselben Gründe dafür, daß diese Freigebung nur unter solchen Bedingungen erfolge, welche die Nationalität und Freiheit unserer in der Provinz Posen lebenden deutschen Volksgenossen sicher stellen. Diese der Großmuth Polens zu überlassen, hieße unsere nationale Erhebung mit dem Zeugniß der entschiedensten Unfähigkeit, je eine Nation zu werden, beginnen. Die in Posen lebenden Deutschen haben ein Recht auf ihre nationale Selbstständigkeit, das muß ihnen gesichert werden. Sie sind nicht mit Einwanderern zu vergleichen, denn sie zogen in eine von einer deutschen Regierung beherrschten, unter deutschen Gesetzen stehenden Provinz; sie zogen dorthin nicht in der Absicht, ihre Nationalität aufzugeben, sondern in der Voraussetzung, daß sie werde geschützt werden. Daß das Territorium, auf dem sie leben, einst zum polnischen Reiche gehörte, ist gleichgiltig. Nicht das Territorium des früheren polnischen Reiches soll diesem wiedergegeben werden, nicht nach alten Ländergrenzen frägt die Geschichte, die lebenden Völkergrenzen sind heute die Grundlagen der neuen Staatenbildung. In dem Großherzogthum Posen freilich lassen sich diese Grenzen jetzt in ihrer Reinheit nicht herstellen, wir werden auch in Zukunft noch an den Sünden unserer Väter zu büßen haben. Aber Polen und Deutsche müssen diese Strafen gemeinsam tragen, denn wir haben gemeinsam gesündigt. Wir müssen deshalb friedlich zur gemeinsamen Sühne uns verbinden, und beiderseitig Opfer bringen, damit nicht der alte Fluch sich auf Kinder und Kindeskinder forterbe. Wir müssem auf friedlichem Wege eine Herstellung der Völkergrenze versuchen. Als erste Grundlage einer solchen Einigung muß die Forderung hingestellt werden, daß die Gemeinden, Städte und Kreise durch keine äußere Gewalt weder zum Anschuß an das neue Polenreich, noch zum Verbleiben im preußischen Staatsverbande gezwungen werden. Es wird also den Grenzkreisen mit überwiegend deutscher Bevölkerung frei stehen müssen, an Preußen festzuhalten und die polnische Minorität wird sich in das Unvermeidliche fügen müssen. Eben so werden die im Innern der Provinz lebenden Deutschen auf eine staatliche Verbindung mit Deutschland verzichten müssen. Bevor aber diese Scheidung vor sich gegangen, ist es Pflicht der preußischen Regierung, unsere in Posen lebenden Landsleute vor dem Anmuthen zu schützen, für die Befreiung Polens Opfer zu bringen oder wohl gar mit zu kämpfen. Damit aber der Scheidung der Nationalitäten, welche durch Territorialgrenzen nun einmal nicht vollständig möglich ist, jeder mögliche Vorschub geleistet werde, muß eine unbedingte gegenseitige Freizügigkeit vereinbart und die Auswanderung von und nach Polen wo möglich durch beiderseitige Unterstützung aus Staatsmitteln erleichtert werden. So nur läßt sich hoffen, daß das Unverträgliche sich friedlich scheide und daß die in beiden Theilen zurückgebliebenen fremden Elemente allmälig der herrschenden Nationalität sich amalgamiren.

Sollte Preußen diesen Weg friedlicher Auseinandersetzung verschmähen und mit Gewalt festzuhalten suchen, was bereits halb verloren ist, so steht uns der traurigste Kampf bevor, der sich in unserer Lage nur denken läßt, ein Kampf mit dem Osten und dem Westen zugleich, ein Kampf vielleicht selbst mit dem übrigen Deutschland und dann — ein neues russisches Bündniß und der Untergang unserer jungen Freiheit für immer.

Sollte aber Polen sich nicht begnügen, seine Nationalität frei und selbstständig zu entfalten, sollte es unter dem heiligen Namen der Freiheit unsern deutschen Brüdern das Joch auf den Nacken legen und mit Eroberungsgelüsten in den Gang der neuen Geschichte eintreten wollen, dann wird jeder Tropfen deutschen Blutes aufwallen, dann wird jeder Arm das Schwert ziehen, dann werden wir das Probestück deutscher Nationalität und deutscher Einheit ablegen und uns mit Blut in die Reihen der selbstständigen Nationen einkaufen. Mißlingt die Probe, übertäubt der süddeutsche Preußenhaß, überwiegt der eigene Polenenthusiasmus die deutsche Stimme in unserer Brust, nun dann möge Deutschland ruhig in sein Grab steigen, dann hat es keinen Anspruch darauf, ein freies Volk zu werden, denn es fehlt ihm die erste Grundbedingung der nationalen Selbstständigkeit, es fehlt ihm die Nationalehre.

Wir beschwören darum Preußen, beschwören Polen, mit nüchternem Verstande und kalter Entschlossenheit an eine friedliche Ausgleichung zu gehen, Leidenschaften, Sympathien und Antipathien von sich abzustreifen und nur ihr wahres beiderseitiges Interesse, was in diesem Augenblicke so glücklich zusammenstimmt, im Auge zu behalten! Wir beschwören sie dazu mit aller Liebe, welche wir für die Freiheit hegen, die auf diesem Wege allein beiden Nationen gesichert bleibt, wir beschwören sie dazu in der tiefsten Ueberzeugung, daß jeder gewaltsame Weg Polen für immer vernichten, Preußen für lange wieder an Rußland ketten muß!

Inland.

Berlin, 4. April. Ew. königl. Majestät Aufruf an Preußen und an die deutsche Nation hat von mehreren Seiten eine Deutung gefunden, welche der ihm zu Grunde liegenden Absicht nicht entspricht. — Der Schritt, den Allerhöchstdieselben gethan, als Sie für die Zeiten der Gefahr die Leitung der deutschen Angelegenheiten zu übernehmen Sich bereit erklärten, bestand in dem Anerbieten, mit all der materiellen und moralischen Macht des 15 Millionen Deutsche umfassenden Staates die Erreichung der auf deutsche Einheit gerichteten Wünsche aller Bundesstaaten zu fördern. Die gleichzeitige Aufsteckung der deutschen Farben enthielt das unzweideutige Anerkenntniß, daß die Einheit Deutschlands zur Rettung aller zum deutschen Bunde vereinigten Stämme unentbehrlich und daß Preußen bereit sei, seinerseits im vollsten Umfange die allen Bundesstaaten obliegenden Pflichten anzuerkennen und zur Abwendung der das gesammte Vaterland bedrohenden Gefahren seine ganze Kraft einzusetzen. — Dagegen hat dieser Schritt nicht die ihm mehrseitig zugeschriebene Bedeutung haben können, als wenn mit der augenblicklich angebotenen Leitung irgendwie der freien Entschließung von Deutschlands Fürsten und Völkern vorgegriffen werden solle. — Eben so wenig konnte die Annahme des Symbols, in welchem alle deutschen Staaten ihre Vereinigung finden, das Aufgeben der von Preußen und der von den anderen deutschen Staaten glorreich geführten Farben bedingen. In der einen Hinsicht haben Ew. königl. Majestät ausdrücklich erklärt, daß Sie die Ursupation der oberen Leitung oder irgend eines Rechtes nicht beabsichtigten, vielmehr eine solche Absicht auf das bestimmteste abgelehnt. Zugleich aber wird in Allerhöchstdero Proklamation darauf hingewiesen, daß die Gründung eines einigen, nicht einförmigen Deutschlands, eine Einheit in der Verschiedenheit zu erstreben sei, wie denn in Uebereinstimmung hiermit die an demselben Tage an das Kriegs-Ministerium erlassene und durch die Allg. Preuß. Ztg. veröffentlichte Ordre ausdrücklich bestimmt, daß die Armee neben der preußischen die deutsche Kokarde anzustecken habe. — Wenn Ew. kgl. Majestät hiermit sich einverstanden erklären, werden wir nicht unterlassen, den Mißdeutungen, welche jenem Aufrufe gegeben worden sind, in geeigneter Weise entgegenzutreten. — Berlin, den 2. April 1848.

Das Staats-Ministerium.

Camphausen. Graf v. Schwerin. v. Auerswald. Bornemann. Arnim. Hansemann. v. Reyher.

Mit der Auffassung Meines Aufrufes vom 21sten v. M., welche sich in dem heute vom Staats-Ministerium erstatteten Berichte ausspricht, bin Ich durchaus einverstanden und ermächtige dasselbe, den Mißdeutungen, welche Meinen Worten gegeben worden sind, in geeigneter Weise entgegenzutreten.

Potsdam, den 2. April 1848.

Friedrich Wilhelm.

An das Staats-Ministerium.

Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: die Wahlen des Landraths a. D. von Költer auf Kantreck und des Landschafts-Deputirten Rodbertus auf Jagetzow zu General-Landschafts-Räthen und Repräsentanten für resp. Hinter- und Vorpommern für den Zeitraum von Weihnachten 1847 bis dahin 1850 zu bestätigen.

Angekommen: Se. Durchlaucht der Fürst zu Salm-Salm, von Anhalt. Se. Durchlaucht der Fürst August v. Sulkowski, von Lissa. Se. Durchl. der Prinz Rudolf v. Croy-Dülmen, von Köln. Der Vice-Ober-Jägermeister Graf von der Asseburg-Falkenstein, von Meisdorf.

Berlin, 31. März. Der Gesetzentwurf über Einführung der Schwurgerichte in Preußen, welcher von dem Criminalgerichts-Direktor Märcker und dem Professor Dr. Heffter, im Auftrage des Justiz-Ministers Bornemann, in der fabelhaft kurzen Zeit von vier Tagen ausgearbeitet und überreicht worden ist, kann zwar als ein Gesetzentwurf wohl eigentlich noch nicht angesehen werden, sondern vielmehr nur als ein Gutachten zum Zwecke eines auszuarbeitenden Gesetzentwurfs, wenigstens wollen die beiden genannten Herren ihre Arbeit selbst nur als ein solches angesehen wissen. Dennoch ist schon dies Gutachten von nicht geringer Wichtigkeit, sofern es von Männern ausgegangen ist, die durch Wissenschaft und Praxis dazu vorzüglich befähigt sind, und sofern man annehmen darf, daß es auf die demnächstige Gesetzgebung nicht ohne entschiedenen Einfluß bleiben wird. Deshalb ist es unzweifelhaft von Interesse, die Grundideen kennen zu lernen, von welchen dabei ausgegangen ist. — Den allgemeinen Voraussetzungen von dem künftigen Wahlgesetze folgend, soll, nach dem Entwurfe, an dem Rechte, Geschworner zu sein, jeder selbstständige Mann Theil nehmen, welcher das dreißigste Lebensjahr beschritten und in dem Orte oder Kreise, wo das Gericht seinen Sitz hat, sein Domicil, d. h. seinen beständigen Aufenthalt genommen hat. Als domicilirt soll nur der erachtet werden, der mindestens ein Jahr lang ununterbrochen innerhalb des Gerichtssprengels wohnt, weil so viel Zeit erforderlich erscheint, um, was für einen Geschwornen sehr wichtig ist, die lokalen Verhältnisse des Orts oder des Kreises kennen zu lernen. Ueber den nähern Begriff der männlichen Selbstständigkeit ist man dagegen noch in Zweifel geblieben. Es hätte am nächsten gelegen, nur Denjenigen für selbstständig anzusehen, welcher einen eigenen Hausstand begründet hat, indessen stand dem wider das Bedenken entgegen, daß durch diese Beschränkung eine große Menge befähigter Männer von dem Geschwornenamte ausgeschlossen werden würden. Die richtigste Auskunft würde vielleicht darin zu finden sein, daß man Jeden für selbstständig annimmt, der durch sich selbst besteht, der seinen eigenen Nahrungsstand hat, also der väterlichen Gewalt enthoben ist, ohne Rücksicht darauf, ob er einem eigenen Hauswesen vorsteht, oder nicht. Soviel ist jedenfalls zweifellos, daß zur Wählbarkeit als Geschworner weder ein Grundbesitz, noch irgend ein Wahlcensus, wie früher in Frankreich und wie jetzt am Rheine, erfordert werden soll, sondern daß die Wählbarkeit, mit den obigen und den folgenden Einschränkungen eine allgemeine sein wird. — Ganz unzulässig zu Volksgeschwornen sollen sein: Staatsdiener und Militärs; Gesinde und Almosenempfänger, so wie endlich Alle, welche wegen Verbrechen sich in Untersuchung befinden, die von einem Mangel an ehrliebenden Gesinnungen zeugen, oder wegen solcher Verbrechen bereits verurtheilt sind. — Hinsichts der Formalitäten bei Einsetzung des Schwurgerichts schließt der Entwurf dem rheinischen Gesetzbuche über den Criminalprozeß sich an. Das Schwurgericht besteht aus zwölf Geschwornen. Es wird jedoch für jede Assisensitzung die doppelte Zahl gewählt, worauf dem Staatsanwalte sowohl, als dem Angeklagten das Recht vorbehalten bleibt, jeder sechs aus dieser Zahl zurückzuweisen. Was die Verbrechen anbetrifft, auf welche die Schwurgerichte Anwendung finden, so gehören dazu unbedingt alle politische und Preßvergehen, ohne Ausnahme; sodann die besonders schweren Verbrechen, d. h. diejenigen, auf welche das Gesetz eine höhere als dreijährige Strafarbeit oder Zuchthausstrafe verordnet. Im Plane war es eigentlich, die Schwurgerichte bei allen Verbrechen oder Vergehen eintreten zu lassen, welche nach dem Gesetze vom 17. Juli 1846 die Competenz des Einzelrichters übersteigen, d. h. worauf eine härtere Strafe, als sechs Wochen Haft oder fünfzig Thaler Geldbuße steht. Bei einer genauern Erwägung ist man jedoch der Ueberzeugung geworden, daß die Durchführung dieses Planes, so wünschenswerth dies unzweifelhaft sein würde, dennoch unmöglich ist. Die Untersuchung wegen solcher Verbrechen, bei denen die gesetzliche Strafe zwischen sechs Wochen und drei Jahren liegt, sind nämlich so sehr zahlreich, daß es dem Volke eine unerträgliche Last aufbürden hieße, wenn man alle diese vor Geschwornengerichten verhandeln wollte. Unsere Ansicht hierbei ist freilich die: wo es sich um ein so wichtiges Prinzip volksthümlicher Rechtspflege und persönlicher Rechtssicherheit handelt, wie bei Anwendung der Schwurgerichte, daß es da dem Volke auch auf Opfer nicht ankommen kann, selbst wenn diese von größerer Bedeutung sein sollten. Die französischen Kor-

rectionsgerichte entbehren, bei einer Strafgewalt bis zu fünf Jahren, zwar auch der Juri, ungeachtet sie noch außerdem auch auf den Verlust der bürgerlichen Rechte erkennen dürfen; allein wir halten dies für ebenso bedenklich, wie, nach dem Gesetze vom 17. Juli 1846, die Kollegien von drei Richtern, welche, ähnlich jenen Korrectionel-Gerichten, mit einer Strafgewalt bis zu drei Jahren bekleidet sind. Diese Strafgewalt halten wir zu groß für das immerhin unsichere Resultat der Abstimmung von drei Richtern, welche an keine bestimmte Beweissätze gebunden, sondern lediglich auf ihre freie Ueberzeugung angewiesen sind, zumal jetzt, wo nach einer königlichen Deklaration und nach dieser entsprechenden Principien des Kammergerichts in zweiter Instanz nur noch die Rechtsfrage zur Erörterung gezogen wird, die Thatfrage aber nur dann, wenn in dieser Beziehung ganz neue Beweismittel beigebracht sind. Sollten wir deshalb nicht für alle schwere Verbrechen, d. h. wo die Strafe von sechs Wochen bis zu drei Jahren ansteigt, Schwurgerichte erhalten können, so würden wir wenigstens auf Verstärkung der Richterkollegien, von drei auf fünf Mitglieder, zu dringen haben, wie wir dies früher schon gelegentlich vorgeschlagen. — Mit Einführung der Schwurgerichte wird ohne Zweifel auch das jetzige, man darf es sagen, sehr im Argen liegende Vertheidigungswesen eine wichtige Umgestaltung erfahren. Von der Anstellung von Advokat-Anwalten, nur zum Zwecke der Vertheidigung in Criminalsachen, wird man wahrscheinlich absehen; dagegen dürfte der, jedenfalls sehr richtige Grundsatz sich Bahn brechen; die **Advokatur gänzlich freizugeben.** Bisher wurden in Preußen die Advokaten — oder Justiz-Commissarien, wie sie hier genannt werden — förmlich bestellt. Die Folge davon ist eine beschränkte Anzahl von Advokaten in jedem Gerichtssprengel, die nur dann vermehrt wird, wenn eine erhebliche Vermehrung der Gerichtseingesessenen stattfindet. Dies fiele dann künftig fort und die Advokatur hörte auf, ein monopolisirtes Gewerbe zu sein. Gleich den Aerzten nach abgelegtem Staats-Examen, so würde den Juristen nach bestandener dritten Prüfung freigegeben sein, wo sie wollen als Advokaten sich ansässig zu machen. Dadurch würde die Zahl dieser Rechtsbeistände an allen Orten zweifelsohne eine erhebliche Vermehrung erfahren. Als Vertheidiger würden aber alsdann auch **nur** Advokaten zugelassen werden und nicht mehr, wie jetzt, Referendarien und Auskultatoren, ja selbst Privatkonsulenten. Denn wenn auch einige Männer sich darunter befinden, denen Rechtskenntniß und Redefertigkeit, wie nicht minder praktischer Durchblick genug beiwohnt, um sowohl dem Vertrauen des Angeklagten, als demjenigen des Gerichtshofes zu sprechen, so sind dies doch eben nur **einige.** Gerade bei Schwurgerichten aber wird die Vertheidigung eines der wichtigsten Rechtsinstitute, da es wesentlich ein Anderes ist, ob man nur vor juristisch gebildeten Richtern, oder ob man vor Volksgeschworenen spricht. Dies wichtige Institut wird man also weder noch ganz unerfahrenen jungen Rechtsbeflissenen, noch auch Privatpersonen anvertrauen können. — Wann wir Schwurgerichte bekommen werden, darüber läßt sich mit Sicherheit noch nichts bestimmen. Weil der Entwurf der Herren Märcker und Heffter binnen vier Tagen ausgearbeitet worden ist, hat man annehmen zu dürfen geglaubt, daß in verhältnißmäßig eben so kurzer Zeit auch schon das Gesetz hierüber erscheinen wird. Das möchte aber wohl eine Täuschung sein. Das Gesetz kann nur auf verfassungsmäßigem Wege entstehen, nämlich durch den Landtag; entweder nun schon durch den am 2. April zusammentretenden, oder aber durch den künftigen, nach einem neuen Wahlmodus zu berufenden. Ferner wird die Aufhebung des eximirten Gerichtsstandes und eigentlich wohl auch die Aufhebung der Patrimonialgerichtsbarkeit vorangehen müssen, da mit der Idee des Schwurgerichts jedwede Art von Privatjurisdiction uns unvereinbar scheint. — Der Oberlandesgerichts-Assessor **Brohm**, welcher seit längerer Zeit bei der Staats-Anwaltschaft des Kammergerichts beschäftigt ist, hat, wie man hört, von dem Herrn Justiz-Minister Bornemann den Auftrag erhalten, einen **neuen Gesetzentwurf über die Freiheit und Unabhängigkeit des Richterstandes** auszuarbeiten, welcher dem Landtage demnächst zur Berathung und Beschlußnahme vorgelegt werden soll. Ueber die Grundlinien dieser wichtigen Arbeit wissen wir zur Zeit noch nichts Näheres; sie hätte aber unseres Dafürhaltens bessern Händen nicht leicht anvertraut werden können, da Hr. Brohm als intelligenter Mann und tüchtiger Jurist in seinem bisherigen Wirkungskreise sich gezeigt hat. (Publicist.)

Berlin, 1. April. Eine große, am 31. März unter den Zelten versammelt gewesene Volksversammlung hat, um den Charakter unserer Revolution vor Deutschland rein zu erhalten, sich zu der Erklärung vereinigt, daß sie die feierliche Einholung des Militärs am 30. nicht billigen, und den Jubel der Begleitenden nicht theilen könne.

Im constitutionellen Clubb, in welchem über den **Wahlmodus** verhandelt wurde, sagte (nach der Zeitungs-Halle) u. a. Herr Lette: „Die **Städteordnung** sei ein vortreffliches Element zur politischen Erziehung geworden. Die letzten Ereignisse haben uns bewiesen, welche Basis sie der ferneren Entwickelung gegeben habe. Auf dem **Lande** fehlt ein solches Institut. Man habe in 30 kostbaren Jahren versäumt, dort die Menschheit zur Freiheit zu erziehen. Es fehle eine **Landgemeindeordnung.** Die besseren unter den Rittergutsbesitzern hätten das Joch der Feudallasten milder gemacht, allein es bestehe noch. Im Bauernstande selbst existire eine schlimme Aristokratie, und scharfe Abgrenzung gegen den Kossäthen. Hier sei keine Gemeinschaft, wie in den durch die Städteordnung geregelten Verhältnissen. **Wir müssen die Freiheit von unten aufbauen:** Vor den Fabrikarbeitern und Städtebewohnern aber keine Besorgniß, hier sei **Einsicht und Gesetzlichkeit:** Wahlgesetz ohne Census, die auf Geldbesitz gestützte politische Berechtigung ist die schlechteste. Je größere Pflichten, je größere Rechte! **Urwahlen,** d. h. Deputirte von Männern des Volkes, nicht von Corporationen, wie bisher, gewählt. Nur unverheirathetes Gesinde und Arme sind von den Wahlen ausgeschlossen. Für die zweite constituirende Versammlung scheint jedoch eine zweite Kammer nöthig zu sein. Bei den breiten Grundlagen werden nämlich bei **einer** Kammer demokratische Fluctuationen unvermeidlich sein: bei den wichtigsten Fragen aber darf nicht die Macht des Momentes herrschen, darum eine **zweite** Kammer, die der Presse und der öffentlichen Meinung zur Abgabe ihres Urtheils **Zeit** verschafft. Auch Norwegen, obgleich **ohne** Adel, besitzt eine zweite Kammer. Diese Kammer soll aber nicht nach den veralteten Ansichten Montesquieus sich auf den Grundbesitz und conservative Ideen stützen, sondern nur Elemente der höchsten **Intelligenz** enthalten, Elemente, welche die Hochachtung der ganzen Nation genießen. Jetzt aber kein Mißtrauen mehr, die Nation ist für Freiheit und Ordnung reif. Genießen wir Herz an Herz die Früchte der 1813 gesäeten Keime."

Die Ziehung der 3ten Klasse 97ster königl. Klassen-Lotterie wird den 11. April d. J., Morgens 7 Uhr, im Ziehungs-Saal des Lotterie-Hauses ihren Anfang nehmen. — Königl. General-Lotterie-Direktion.

Z **Berlin, 3. April.** Heute gegen Mittag fand vor der Kranzlerschen Conditorei ein Auflauf statt, als dessen Veranlassung sich ergab, daß mehrere Polen von einigen Deutschen wegen des übermüthigen und ungebührlichen Benehmens der **Polen gegen die Deutschen** im Großherzogthum Posen sehr ernsthaft zur Rede gestellt wurden. — Dem Vernehmen nach haben einige **Garde-Regimenter** Befehl erhalten, nach **Posen** und **Westpreußen** aufzubrechen, um der dort wachsenden Unruhe eines Theils der polnischen Bevölkerung zu steuern. Andere, namentlich das **Alexander-** und **Franz-Regiment** sollen am Mittwoch ihren Marsch nach **Schleswig-Holstein** antreten. — In der Nacht vom Sonnabend auf den Sonntag drohten hier abermals **Ruhestörungen** auszubrechen, indem sich namentlich in der Linienstraße größere Arbeitermassen angehäuft hatten, welche den Plan hegten, die Judenläden und einige Fabriken zu zerstören. Der kräftigen Haltung der Bürgergarde und der Borsigschen Maschinenbauer ist es zu danken, daß alle Exzesse vermieden wurden. — Als eine eigenthümliche Ironie des Schicksals müssen wir es hervorheben, daß der ehemalige Minister **Kamptz**, welcher sich besonders als Demagogenverfolger einen Namen erworben, jetzt mit der **schwarz-roth-goldenen Kokarde** am Hut in den Straßen umherwandelt. — Am Sonnabend ist das 3. Ulanen-Regiment und die Lehrschwadron von der Bürgerschaft eingeholt worden.

Am 1. April Mittags rückte auch das 3. Ulanen-Regiment, welches bisher in Beeskow und Fürstenwalde stand, hier ein, wurde von der berittenen Bürgerwehr geleitet und eingeholt, und auch von der Bevölkerung freundlich empfangen. Damit ist denn unsere Besatzung geschlossen. Zu dem Wacht-Aushülfedienst sind fünf Bataillone Infanterie und fünf Schwadronen Kavalerie mehr als ausreichend. Wir erwarten nunmehr schnell eine Anordnung, welche bis zur festen Regelung der in das Leben tretenden neuen Verhältnisse vorläufig alle Besatzungen in dem ganzen Lande für die Fälle von öffentlichen Unruhen u. s. w. lediglich den städtischen Behörden dergestallt zur Verfügung stellt, daß die Soldaten nur auf deren Erfordern überhaupt einschreiten. — In jüngster Zeit hatte es sich wieder ereignet, daß hierher zu **Markte** kommende Landleute an den Thoren angehalten und von Unbefugten angewiesen wurden, die eingeführten Bodenerzeugnisse, namentlich Kartoffeln, zu einem eigenmächtig festgesetzten Preise zu verkaufen. Eine solche Willkür und offene Gesetzwidrigkeit konnte um so weniger geduldet werden, als sie die nothwendige Versorgung unserer Märkte geradezu gefährdet. Der Befehlshaber der Bürgerwehr hat daher die Hauptleute in einem Tagesbefehl angewiesen, diesem gesetzwidrigen Treiben ernst und nachdrücklich ein Ziel zu setzen, damit die Eintreffenden durchaus nicht belästigt und in ihrem Verkehr gestört werden. Die Stadtverordneten haben noch um den Erlaß einer besonderen, die Landleute beruhigenden Polizeibekanntmachung nachgesucht. (Spen. Z.)

Aus einem Aufsatze „**Preußen und die deutsche Krone**" von **Karl Gutzkow**, in welchem sich derselbe für Deutschlands Wiedergeburt unter dem preußischen Banner ausspricht, heben wir folgende Stelle hervor: „Wenn' ich die (namentlich von Oesterreich und einigen süddeutschen Staaten versuchte) Isolirung Preußens in diesem Augenblicke unpolitisch, so ist sie auch ungerecht und zwar in doppelter Hinsicht. Ungerecht gegen das preußische Volk, ungerecht sogar gegen den Fürsten. **Was am 18. März verbrochen wurde, ist das Verbrechen aller deutschen Fürsten.** In **Wien** ist auf das Volk geschossen worden, wie in **Berlin**, und das Blutbad würde eben so groß geworden sein, wie hier, wenn man dort nicht sogleich in der Absetzung Metternichs eine rasch ausführbare Concession gehabt hätte. **Metternich** stand schon so schwankend, daß er durch eine Straßenbewegung fiel. In Berlin war der Kampf rein eine Schlacht, die man dem Militär als solchem lieferte, dem **Militärstaate,** dem Lande der **Polizeityrannei,** kurz es war ein fast persönlicher Vernichtungskampf. Jeder deutsche Fürst, umgeben von solchen Generalen, solchen militärisch-gesinnten Prinzen, solchen militärischen jahrhundertalten Arroganzen, hätte ebenfalls feuern lassen. Der König braucht darum gar nicht persönlich der „Würger" und Schlächter zu sein, für den ihn die Heidelberger Adresse erklärt. Er ist ganz einfach der Ausdruck seiner Standsvorurtheile, seiner militärischen Erziehung, das Echo seiner Rathgeber, das weiche Wachs seiner Brüder und sogenannten Jugendfreunde, der Frömmlinge, der Volksverächter jeden Grades. Rechnet man noch hinzu, wieviel Unruhe und Unselbstständigkeit er in sich selbst besitzt in dem Gefühl seiner nunmehr achtjährigen widerspruchsvollen Regierung, wo ihn, den romantisch gestimmten Epigonen vergangener Zeitrichtungen, der Sturmwind des Tages ewig im Kreise umherwirbelte und er bei dem unleugbaren Willen, gut, gerecht, weise, edel sein zu wollen, und dem Bewußtsein, gut, gerecht, weise, edel sich selbst zu erscheinen, doch der Welt gegenüber immer als das Gegentheil davon hervortrat: so ist es im höchsten Grade ungerecht, die völlige Umkehr und neue Geburt, zu der er am 20. März die Lust bezeugte, das Emporhalten des Reichsbanners und den Enthusiasmus eines neuen ihn innerlichst ergreifenden Menschen abzuweisen und seine warme Hingabe an die deutsche Sache zu erkälten. Noch bedürfen wir, um das, was in Frankfurt bezweckt wird, auszuführen, der Persönlichkeit unserer Fürsten. Noch kann die Reue, das Bedürfniß nach Popularität, der geweckte Enthusiasmus des preußischen Königs in die Waagschale der Frankfurter Entschlüsse das Gewicht der Entscheidung legen; warum festhalten an dem, was am 19. in Berlin geschah und wie es in München, Kassel, Karlsruhe, Hannover geschehen sein würde, wenn nicht das Volk gleich anfangs eine kräftige Miene gezeigt hätte! **Mit Worten ist in Städten, die ich nicht nennen will, von unseren Fürsten mehr gemordet worden, als hier in Berlin mit Waffen.**"

Königsberg, 31. März. Eine mobile Kolonne, bestehend aus 3 Bat. Infanterie, 3 Esk. Kavalerie und 4 Geschützen, unter Leitung des General-Majors von Trütschler, ist zwischen Thorn und Graudenz in Thätigkeit zur Beschützung und Ueberwachung der Posener Grenze. (Königsb. Zt.)

β **Königsberg, 1. April.** Die nahe gelegene **Festung Pillau wird in Belagerungszustand gesetzt;** alle Frauen und Kinder haben die Festung verlassen müssen, die Kasematten ꝛc. ꝛc. sind bereits mit Erdbedachungen versehen, auch ist schon der Garnison der Proviant für einen Monat zugeführt. Von hier geht zur Bedienung der Geschütze eine halbe Compagnie Fuß-Artillerie dorthin. Gestern in Pillau eingetroffene dänische Schiffs-Capitains berichten, daß sich sowohl **Kopenhagen** als **Helsingör in Belagerungszustand** befänden, und daß in ersterer Festung alle Geschütze bis auf die von dem größten Caliber complettirt wären. Die Zahl der von der englischen Marine angeworbenen dänischen Lootsen geben sie auf 16 an. Diese Capitaine behaupteten gleichfalls, daß nach in Kopenhagen allgemein verbreiteten Gerüchten, **die** dänische **Regierung das Durchpassiren einer englischen Flotte durch den Sund gestatten, das einer russischen Flotte dagegen verhindern würde.** (?) — In einigen Gegenden **Litauens** sind in den letzten Tagen beklagenswerthe **Excesse** von Landleuten verübt worden. In **Proculs** bei Memel ist das Justiz-Amts-Gebäude demolirt, und alle darin befindliche Gegenstände, incl. sämmtlicher Actenstücke, theils vernichtet, theils verbrannt worden. In **Skaisgirrn** wurde das Domainen-Rentamt geplündert und demolirt. Aehnliche Excesse werden aus **Tiegenhoff** berichtet; auch giebt sich unter dem Dienstpersonale auf verschiedenen Gütern eine Aufsätzigkeit zu erkennen, die aus dem völligen Mißverstehen der jetzigen Bewegung hervorgeht, und hoffentlich bald beseitigt sein wird. — Zwischen **Kowno** und **Georgenburg** haben **die Russen drei neue Brücken über die Memel geschlagen, die jedenfalls auf Truppen-Märsche berechnet sind.** — Mit dem heutigen Tage ist die **Zeitung für Preußen** eingegangen, dagegen soll eine neue politische Zeitung, im Verlage des Buchhändlers Samter, hier auf Actien gegründet werden, Das Anlage-Capital ist auf 12000 Rthlr. festgestellt.

Stettin, 2. April. Hier sieht es ganz kriegerisch aus; die Festungswälle sind theilweise mit Geschütz be-

setzt, in Swinemünde wird sofort mit der Befestigung begonnen, und soeben rückt die Pionnier-Abtheilung nach dem Städtchen Pölitz, um an der Oder und dem Papenwasser Verschanzungen anzulegen. (Spen. Z.)

× **Posen**, 2. April. Das polnische National-Comité hat unterm 29. März einen Zuruf an das deutsche National-Comité erlassen, der gewiß alle Deutsche des Großherzogthums mit Staunen und Unwillen erfüllt hat. Ref. bittet einen Jeden, dieses merkwürdige Aktenstück mit dem Aufruf des deutschen N.-C. an unsere polnischen Mitbürger des Großherzogthums vom 26. d. Mts. genau zu vergleichen, dann können die Deutschen in Posen, ohne auch nur ein Wort zu ihrer Vertheidigung zu sagen, ruhig und fest dem Urtheile ihrer deutschen Brüder entgegensehen. — Wahrlich wer ein so ruhiges, Friede und Freundschaft athmendes und nur vor Uebergriffen in der besten Absicht warnendes Manifest, wie der Aufruf des deutschen N.-C. an die Polen, so mißverstehen konnte, daß er darauf jenes von Beleidigungen und Schmähungen erfüllte Aktenstück erließ, der muß von vorn herein einem argen, schwer zu entschuldigenden Vorurtheile sich gefangen gegeben, oder er muß den Willen gehabt haben, Worte des Friedens und der Freundschaft in ihr Gegentheil gewaltsam zu verdrehen. Einen dieser beiden Vorwürfe muß Ref. dem polnischen N.-C. machen, welcher der gerechtere sei, mag das große deutsche Vaterland, an welches auch das polnische C. appellirt hat, entscheiden. Referent hält es für unwürdig, auf Schmähungen zu antworten, deren Ungrund jedem Vorurtheilsfreien einleuchtet, er begnügt sich damit, einige Thatsachen anzuführen, welche dazu geeignet sein dürften, die Stellung des polnischen C. dem deutschen gegenüber aufzuklären. — Das deutsche N.-C. hat von dem Tage seiner Gründung an stets die feste Absicht gehabt, der nationalen Erhebung der Polen sich durchaus nicht feindselig gegenüber zu stellen, im Gegentheil sie zu befördern und zu stärken, insofern deutsche Interessen dadurch nicht verletzt würden. Zur Herstellung der Ruhe und Ordnung, zur Herstellung des guten Einverständnisses zwischen Polen und Deutschen, wo dasselbe durch deutsche gestört worden war, hat es stets bereitwillig seine Unterstützung gewährt, Hand in Hand mit dem polnischen C. hat es jedes Einschreiten der bewaffneten Macht zum Nachtheil der Polen verhütet. Da erscheint plötzlich jener Aufruf des polnischen C. an das deutsche; obwohl an letzteres gerichtet, war er demselben vom polnischen C. nicht übersandt worden, sondern schon am 29. März ausgegeben, kam er erst den 1. April dem deutschen C. zu Gesicht, zufällig und ohne Vermitlung des polnischen. Hinter dem Rücken des ersteren hatte das letztere jenes Aktenstück in die Welt gesandt. Aber noch mehr! Der beregte Aufruf war am 29. erlassen; am 31. sandte das polnische C. an das deutsche einen Deputirten mit der Bitte, in Gemeinschaft mit dem polnischen zur Beruhigung der deutschen Bevölkerung in den Städten Krotoschin, Lissa, Schmiegel, Rawitsch, die sich der polnischen Bewegung lebhaft wiedersetzten, Friedensboten abzusenden; und das deutsche C. hat diese Aufforderung mit der größten Bereitwilligkeit erfüllt, ohne zu ahnen, welch ein Manifest gegen es von dem polnischen C. bereits am 29. unterzeichnet war. Ja wie zum Hohne, ließ das letztere nach Vollziehung jener Akte dem deutschen C. seinen Dank für die Freundlichkeit verkünden, mit welcher es dem Geschäfte der Friedensstiftung sich unterzogen hatte. Selbst noch am 1. April, welcher das vom polnischen C. erlassene Manifest dem deutschen zuerst zu Gesicht brachte, ersuchte das erstere in einem höflichen Schreiben das letztere, einige Artikel in der Zeitungshalle, die in extrem feindlichem Sinn gegen die polnischen Bestrebungen aufgetreten waren, „sine ira et studio" zu widerlegen. Dies fordert es von einem C., das von ihm auf die gröblichste Weise beleidigt worden war. — Doch diese Art des Verfahrens scheint, wie man jetzt allmälig zu begreifen anfängt, in dem polnischen C. nicht neu zu sein. Wie es die Reorganisations-Kommission des Großherzogthums ohne die gerechte und nothwendige Rücksicht auf die Interessen der deutschen Bevölkerung zusammenzusetzen sich bemüht hat, so will es jetzt offen und ohne Umschweife dem deutschen Interesse den Krieg erklären: denn jene Amnestie, welche es in dem beregten Manifest den Deutschen anbietet, ist eine Beleidigung, kein Edelmuth. Wie daher schon früher die Deutschen der ganzen Provinz zur Wahrung ihrer Interessen allmählig näher zusammengetreten sind, so werden sie sich jetzt noch fester und inniger verbinden müssen, um jedem Uebergriff entschieden zu begegnen. Trotz so vieler Beleidigungen werden sie zwar den Polen das Recht der Wiedergeburt und der Freiheit niemals bestreiten, noch vorenthalten; aber wehe dem, der da wähnen sollte, durch Einschüchterung und gewaltsamen Angriff ließe sich ein Volk, das weiß, was es will, von seinem Zwecke abbringen. Auch im Großherzogthum Posen ist der Deutsche Deutscher geblieben, und wie er Jedem bieder und fest seine Hand reicht, der als Freund, als Bruder mit ihm leben will, so wird er, seinen im Vaterland lebenden Brüdern gleich mit nerviger Faust dem sich entgegenstellen, der ihm das Seine vorenthalten will. Wahrlich, die Polen thäten klüger, diese Faust gegen einen andern Feind zu lenken.

Dem Amtsblatte der königlichen Regierung zu Bromberg ist folgendes Publikandum beigelegt: Dem Vernehmen nach sind in der neuesten Zeit von mehreren nicht legitimirten Personen Steuern und Naturalien ausgeschrieben worden. — Es ist dies ein verbrecherischer Eingriff in die Befugnisse des Staats, der nicht geduldet werden darf. — Sämmtliche Behörden und Eingesessene des Regierungs-Bezirks werden daher aufgefordert, allen derartigen Anmaßungen nicht nur ganz entschieden entgegenzutreten, sondern auch die Anstifter solcher Unordnungen zu verhaften und dieselben entweder hierher direkt oder an die nächste Militär-Behörde zur Einleitung der Kriminal-Untersuchung abzuliefern. — Wir machen bei dieser Gelegenheit wiederholentlich darauf aufmerksam, daß neben der preußischen Landesregierung keine andere Behörde, sie führe einen Namen, welchen sie wolle, anerkannt werden darf. — Bromberg, den 30. März 1848.

Königlich preußische Regierung.

* **Kempen**, 3. April. Für jeden Patrioten, der es mit Preußen gut meint, ist es höchst beachtenswerth, daß, während in Deutschland Alles für die Wiederherstellung des alten Polenreiches begeistert erscheint, hier im Großherzogthum Posen selbst die halbe Million Deutsche, die darin wohnen, mit Schrecken daran denkt, daß sie ohne Weiteres, ohne Rücksicht auf ihre nationalen Interessen aufgegeben und diesem künftigen Polenreiche einverleibt werden soll. Durch Bromberg, Lissa, Rawitsch, Bojanowo, Krotoschin, Kempen hallt ein und derselbe Ruf wieder: wir können, wir mögen nicht polnisch werden. Deutschland verräth seine eignen Landsleute, wenn es Striche, die fast durchweg von Deutschen besetzt sind, von sich stößt. In Kempen hat heute bei Weitem die Mehrzahl seiner Bewohner, fast die bessern Bürger alle, die durch ihre Beiträge die Kommune tragen und erhalten, haben eine Petition unterzeichnet, worin sie um Erhaltung ihrer deutschen Administration und Justizverwaltung bitten, oder, wenn ihnen dies nicht ausschließlich gewährt werden könne, wie auch für den Fall, daß das Großherzogthum als ein selbstständiger, polnischer Staat hingestellt wird, daß sie alsdann zu dem benachbarten schlesischen Kreise Wartenberg geschlagen würden. Es ist merkwürdig, daß dieser Wunsch, zu Schlesien zu gehören, in den Theilen des Großherzogthums täglich lauter wird, die längs der schlesischen Grenze hin liegen. Deutschland muß auf diese Wünsche hören. Mit demselben Rechte, wie Polen auf die Wiederherstellung seiner Nationalität dringt, mit demselben dürfen auch wir fordern, daß Deutschland in seinem Befreiungsdrange, über die Fremden nicht seine eignen Kinder vergesse. — Halbe Maßregeln schaden, die Zeit fordert rasche Entschließung. Wohlan denn, so schneidet diesen südlichen Theil des Großherzogthums, von Rawitsch bis Kempen, alle die Städte, die von einer deutschen und einer durchweg deutschgesinnten, jüdischen Bevölkerung besetzt sind, ab, und vereinigt sie mit Schlesien. Alle diese Städte, meist von einer handel- oder gewerbetreibenden, wohlhabenden Bevölkerung besetzt, sind kein schlechter Zuwachs für Schlesien. Die Grenzlinie ist leicht zu ziehen, da dieselben auch jetzt nur eine höchstens zwei Meilen von der schlesischen Grenze entfernt sind, Kempen sogar nur etwa tausend Schritt hinter derselben liegt. Es ist auch, abgesehen von aller Nationalität, für Preußen von nicht geringer Wichtigkeit, daß ein künftiges Polenreich nicht mit einem so ungeheuren Bogen bis in das Herz seines Landes hineinrage, und die nördlichen, altpreußischen Provinzen durch einen so bedeutenden Zwischenraum von dem südlichen Schlesien scheide. Das Beste ist wohl für uns so wie für die Polen selbst, sie auf ihrem ihnen allein noch eignen Grund und Boden um Posen herum zu konzentriren, wo die Städte und das flache Land von einer ungemischten, rein polnischen Bevölkerung eingenommen sind.

Koblenz, 30. März. Während die Truppen von hiesiger Umgegend fortwährend nach der Grenze bei Saarbrücken dirigirt werden (das 7te Ulanen-Regiment von Bonn ist auf dem Marsche dahin und sollten auch das 26ste Infanterie-Regiment) und am verflossenen Montag noch das 29ste Regiment von hier dahin aufbrechen, erging gestern plötzlich hier der Befehl, sämmtliche Kriegs-Reserven von allen Truppentheilen sofort zu entlassen, in Folge wovon denn heute nach allen Seiten hin diese Mannschaften singend und jubelnd ihrer Heimath zueilten. Wie man erfährt, ist dieser Befehl für das ganze 8te Armee-Corps gegeben, insofern die Reserven innerhalb acht Tagen wieder zu den Fahnen könnten zurückberufen werden. Was der Grund zu dieser unerwarteten Maßregel ist, weiß man nicht, und man ergeht sich in mancherlei Vermuthungen. (Düsseld. Ztg.)

Deutschland.

Frankfurt a. M., 31. März, Vormittags 10 Uhr. Unbeschreiblich ist das Bild, welches gestern Nachmittag und den Abend über Frankfurt darbot. Tausende und Tausende wogten durch die schimmernden Straßen, umweht von zahllosen Fahnen; unaufhörliches Gewehrfeuer, Heiterkeit und Jubel allenthalben, fortwährendes Zuströmen neuer Menschenfluthen aus allen Richtungen der Umgegend; bis zum Einbruche der Nacht jubelnder Empfang von Volksabgeordneten unter dem Geleite bewaffneter Bürger Frankfurts, die bald pelotonweise, bald einzeln ihre Gewehre abfeuern. Wie herzlich wurde Johannes Ronge empfangen, der am Abend anlangte! Mit welcher Biederkeit von unsern kräftigen Sachsenhäusern die würtembergischen Volksabgeordneten! Welches Gedränge um die einzelnen Volksabgeordneten her, so oft sie sich auf den Straßen blicken lassen! Jordan, Welcker, Mittermaier, sie namentlich sind von dichten Massen umgeben; oft richten sie erhebende, zu besonnenem Streben nach wahrer, gesetzlicher Freiheit anfeuernde Worte an die Menge, aus der sich unaufhörlich Einzelne herbeidrängen, ihnen die Hand zu drücken! Und dort in der Stadtallee, auf dem Roßmarkte Jünglinge, Studenten der benachbarten Universitäten, umgeben von neugierigen Massen, an welche sie jugendlich feurige Reden halten, um ihnen die Nothwendigkeit und die Vortheile einer großen deutschen Republik anzupreisen, und um aufzufordern zur Unterzeichnung einer Adresse, welche an die vorberathende Volksabgeordneten-Versammlung gerichtet werden soll, auf daß diese sich für eine republikanische Regierungsform erklären möge! Die Reden werden mit Interesse angehört, machen aber wenig Effekt. Und am Abend erst, welch buntes Treiben! Kaum durchzukommen ist in den Straßen! Gesang, Jubel, Reden, Alles mischt sich, und in den Sälen, welche den Volksabgeordneten und ihren Freunden und Besuchern eröffnet sind, lebhafte Debatte über die politischen Fragen, und insbesondere darüber, ob Republik, ob constitutionell-monarchische Form; doch auch hier dringen die Reden nicht durch, die von dem besonnenen Vorwärtsschreiten auf die Bahn stürmischer Eile hindrängen und die sofortige Proklamirung einer deutschen Föderativ-Republik anbahnen möchten! Und durch die Massen auf den Straßen bewegen sich Patrouillen des Bürgermilitärs, die Sammelplätze sind mit bewaffneten Bürgern angefüllt; nicht die freie Diskussion soll gestört oder gehemmt, aber etwaniger Versuch der Gewaltthat abgewehrt werden; dem Hrn. v. Struve wurde um 9 Uhr von Gleichgesinnten ein Fackelzug (etwa 800—1000) unter Begleitung eines Musikchors gebracht; Struve hielt eine lange Rede an die viele Tausende betragende Volksmasse, die herbeigeströmt war, um sie zur Proklamirung der Republik anzufeuern; doch die Ordnung wird auf keinem Punkte verletzt; ohne Störung geht die Nacht vorüber; und Alles glaubt nur geträumt zu haben, so scheint es Einem jetzt, läßt man das Bild des gestrigen Tages an sich vorübergehen! Wahrlich, wir leben in einer Zeit der Wunder! Hatten die Fürsten, hatten ihre Minister und Höflinge auch nur eine entfernte Ahnung von dem mächtigen, unwiderstehlichen Volksgeiste, wie er sich jetzt kräftig und siegend entfaltet? — Am tiefblauen Himmel lacht heute die Sonne dem zweiten Jubeltage; von allen Seiten her strömen, vom frühen Morgen an, Zuzüge deutscher Brüder (ganze Heere werden von den Eisenbahn-Convois gebracht) unter Gesang und Vivatrufen auf die deutsche Freiheit und Größe herbei. Alle Vorkehrungen für den Beginn der ersten Sitzung der Abgeordnetenversammlung sind getroffen. Es verbreitet sich so eben ein Gerücht, es werde von einem Theile der republikanischen Partei die sofortige Proklamirung der Republik allerdings beabsichtigt. In einer Vorberathung ist Mittermaier zum Präsidenten gewählt worden. Um $9\frac{1}{2}$ Uhr bewegte sich die Abgeordneten-Versammlung vom Römer unter dem Geläute aller Glocken, dem Donner der Kanonen und dem Jubel einer großen Volksmasse in die Paulskirche. (Den Bericht über die Vormittags-Sitzung s. in der gestr. Bresl. Ztg.)

(Nachmittags-Sitzung.) Nach der Wiederaufnahme der Verhandlungen der vorbereitenden Versammlung zur Bildung eines deutschen Parlaments, um $1\frac{1}{2}$ Uhr Nachmittags, forderte Präsident Mittermaier die Anwesenden zu ruhigwürdiger Haltung auf, damit nicht Zwischenfälle eintreten möchten, welche auf das Ganze nur störend einwirken könnten. Vor allem sei es um Abstimmung über den Antrag des Abgeordneten Eisenmann zu thun: „Ob die gegenwärtige Versammlung beschließen wolle, daß nicht sie, sondern die erst noch zu bildende konstituirende Versammlung bindende Beschlüsse zu fassen habe." Dieser Antrag wurde erörtert. Robert Blum wies darauf hin, daß, wenn in den ersten drei Stunden des politischen Lebens der gegenwärtigen vorberathenden Versammlung bereits Mißverständnisse zu beklagen seien, diese von nun an um so sorgfältiger vermieden werden müßten. Es sei wohl zu bedenken, daß die Augen des gesammten Europas dieser Versammlung zugewendet wären, und daher die Leidenschaftlichkeit ausgeschlossen bleibe, welche Spaltung veranlassen könnte. Die Versammlung habe durch die That zu bekunden, daß sie ernst und ruhig zu verhandeln wisse, mithin das Volk, welches sie vertrete, reif für die wahre Freiheit sei. Vor allem sei das Vertrauen des Volkes außer diesen Berathungs-

(Fortsetzung in der Beilage.)

Mit drei Beilagen.

Erste Beilage zu № 81 der Breslauer Zeitung.

Mittwoch den 5. April 1848.

(Fortsetzung.)

schranken auf den Willen, die Einsicht und Kraft der hier Versammelten in einer Weise zu stärken, daß nicht das Getreibe der Parteien den gesetzmäßigen Gang der Verhandlung überstürze. Alle Völker würden mit Achtung und Liebe für die deutsche Nation erfüllt sein, wenn die hier Versammelten als wahrhaft würdige und entschlossene Männer sich erwiesen. Eisenmann's Antrag wurde einstimmig angenommen, nachdem durch die Abgeordneten Nohl aus Elberfeld, von Gagern aus Wiesbaden und Vater Winter aus Heidelberg einige Bemerkungen über denselben aufgestellt worden. — Der Abg. Schulz aus Darmstadt wollte die gegenwärtige Versammlung nicht als eine solche betrachten, der es zustehe, die künftigen politischen Formen Deutschlands zu bestimmen, oder auch nur darüber näher sich zu berathen. Seines Ermessens, fügte der Redner hinzu, stehe ein so hohes Recht allein einer aus Urwahlen hervorgegangenen Versammlung zu, welche alsdann zu bestimmen habe: 1) Welche Bundesgebiete fortan in der Bundesverfassung zu vertreten seien; 2) in welchem Verhältniß die Bevölkerungszahl zur Vertretung im Bunde zu stehen habe; 3) welcher Wahlmodus anzunehmen sei; 4) an welchem Orte die eigentliche constituirende Versammlung stattzufinden habe; 5) in welcher Zeit diese Versammlung zu halten sei; 6) auf welche Weise die Versammlung ihre Berathschlagungen vorzunehmen habe. Solch Verfahren müsse eingehalten werden, damit man möglichst rasch vom Verhandeln zum Handeln komme, und nicht der Gefahr ausgesetzt werde, die Republik im Gefolge der Anarchie zu erhalten. — Der Abg. Wießner aus Wien erklärte, daß er der einzige in der Versammlung anwesende Oesterreicher sei. Um so mehr fühle er das Bedürfniß, den Wunsch auszusprechen, daß unverzüglich die Einladung an Oesterreich gerichtet werde, die bevorstehende konstituirende Versammlung zu beschicken, weil er wohl fühlte, daß ihm weder das Recht noch die Kraft gegeben sei, einer Mission zu entsprechen, welche eine so hohe und wichtige Verantwortlichkeit auferlege. In Oesterreich sei das Bürgerthum und der Bauernstand bisher noch gar nicht vertreten gewesen; denn in den Ständeversammlungen hätten nur Pairs getagt. Dennoch sei der Mittelstand in Oesterreich vollkommen befähigt, auch an den wichtigsten Verhandlungen thatsächlich sich zu betheiligen, und es sei eben so unwahr als ungerecht, wenn man das Gegentheil annehmen wolle. Um so nothwendiger sei es daher, wirkliche Vertreter des österreichischen Bürgerstandes zu den Berathungen der konstituirenden Versammlung schleunigst einzuberufen. Diese mit Feuer und Takt gesprochenene Rede wurde mit großem, allgemeinen Beifall aufgenommen. — Der Abg. Mengkorn aus Dithmarschen, in Schleswig-Holstein, trug auf die unverweilte Herbeiziehung des ungetrennten Schleswig-Holsteins zum deutschen Bunde an. Diesen Antrag unterstützte der Abg. Schleiden aus Schleswig-Holstein, Beauftragter der provisorischen Regierung dieses Landes für den Bundestag und aus eigenem Ermessen auch für die gegenwärtige Versammlung, welcher in solcher Eigenschaft mit dem lebhaftesten und herzlichsten Zurufe begrüßt wurde. Der Präsident stellte sofort den Antrag: „Ist die Versammlung der Ueberzeugung, daß Schleswig, mit Holstein fest verbunden, in den deutschen Bund aufzunehmen, und an beide eins bildende Lande die Aufforderung zu richten sei, die konstituirende deutsche Versammlung durch Abgeordnete zu beschicken? Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Nur ein Abgeordneter, dessen Name nicht genannt wurde, wollte gegen die ganz entschiedene Einhelligkeit protestiren, wurde aber im Auftrage des Präsidenten durch Blums kräftigen Zuruf, daß er das Wort nicht habe, vom Redestuhl entfernt. Wedemeier aus Leipzig verlangte sodann, daß die preußisch-deutschen Lande an der Ostsee, welche den König um ihre Vereinigung mit dem deutschen Bunde gebeten hätten, demselben ebenfalls einzuverleiben seien. Abegg aus Breslau, welcher den gleichen Antrag stellen wollte, verzichtete aufs Wort. Raveaux aus Köln freut sich, daß sich die Versammlung durch die Annahme des auf Schleswig-Holstein bezüglichen Antrags bereits als kompetent für solche Angelegenheiten erklärt habe, und verlangt, daß sie diese ihre Kompetenz nun auch auf Ost- und Westpreußen ausdehne. Er macht auf die hohe Bedeutung des Umstandes aufmerksam, daß die äußersten Provinzen der preußischen Lande, obgleich am weitesten von einander entfernt, doch in übereinverstandener ruhiger Freisinnigkeit sich die Hände gereicht und somit den Mittelpunkt des Staats veranlaßt hätten, mit ihnen übereinverstanden zu handeln. Nach einigen berichtigenden Bemerkungen der Abgeordneten und Bundestags-Gesandten Welcker wünscht Junghans aus Posen, daß auch die Provinz, in der er wohnt, eingeladen werde, dem deutschen Bunde sich anzuschließen und die hiesige konstituirende Versammlung zu beschicken, ein Wunsch, der im Allgemeinen wenig Anklang zu finden schien, da es, wenn er genehmigt würde, den Anschein haben konnte, als wolle Deutschland in hemmender oder beschränkender Weise der Entwickelung der neu sich erhebenden polnischen Volksthümlichkeit entgegentreten. Um so mehr Gleichstimmung fand dagegen, was Dirke aus Westpreußen zur Begründung der Rechte Ost- und Westpreußens für deren Aufnahme in den deutschen Bund sagte. Leisler aus Wiesbaden bemerkte: Um wahrhaft frei zu werden, müsse man vor Allem gerecht sein. Es sei also unerläßlich, daß die Selbstständigkeit Polens wieder hergellt werde. Dadurch werde die deutsche Bevölkerung in der Provinz Posen zwar in eine schwierige Lage kommen, aber nicht Polen, sondern dessen Widersacher alle trügen davon die Schuld. Biedermann von Leipzig ermahnt, die Freiheit nicht mit Ungerechtigkeit zu beginnen. Doch nicht Gerechtigkeit allein, auch Klugheit fordere Rücksicht für Polens Bestrebungen. Es könne daher Posen freigestellt werden, sich auch in der deutschen konstituirenden Versammlung vertreten zu lassen, doch sei es dazu nicht eigens aufzufordern. Auf keinen Fall dürfe man durch irgend einen Beschluß die für Deutschland jetzt so freundliche Stimmung Polens in eine feindliche verwandeln. Hensel aus Kassel spricht für die Wiederherstellung der polnischen Selbstständigkeit, will jedoch nicht, daß Böhmen, Mähren und andere zum Theil slavische Länder im Innern Deutschlands von diesem losgerissen werden. Eben deshalb verlangt Struve, daß die 700,000 Deutsche in den Provinzen Posen und Preußen nicht von Deutschland ausgestoßen werden, aber daß Deutschland jedenfalls wieder gut machen müsse, was es durch seine Betheiligung an der Zerreißung Polens verschuldet habe. Minister v. Gagern bemerkt sehr richtig, daß eine Gütertheilung zwischen Deutschland und Polen heute nicht vorzunehmen sei. Die Frage über Posen sei also offen zu lassen und eine Einladung zur Beschickung der konstituirenden Versammlung Deutschlands nicht zu stellen. Auf die Geschichte sich stützend, beweist Welcker, daß Ost- und Westpreußen, ja selbst Posen, nicht zu Polen, sondern zu Deutschland gehören. Man habe diesen Provinzen vor hier aus durchaus nichts vorzuschreiben; wollen sie deutsch sein, so werde man sie aufnehmen, wollen sie polnisch werden, so dürfe man ihrem Verlangen sich nicht hindernd entgegenstellen, so erfordere es die Gerechtigkeit, das Völkerrecht und die gesunde Politik. Wernher aus Rheinhessen stellt in gleicher Beziehung moralische Betrachtungen auf. Venedey aus Köln warnt vor Mißverständnissen. Was man für die Herbeiziehung Posens zum deutschen Bunde sage, habe er zum Ueberdruß von den Franzosen über die Nothwendigkeit der Rheingränze behaupten gehört. Was man aber von Seiten Frankreichs gegen Deutschland nicht billigen könne, das dürfe und werde man nicht von Seiten Deutschlands gegen Polen in Anwendung bringen. Thue man es dennoch, so werde man die gegenwärtigen freundlichen Gesinnungen Polens für Deutschland in feindliche verwandeln, man werde ein Volk, das unsere Vorhut gegen Rußland sein wolle, gezwungener Weise zur Vorhut Rußlands gegen Deutschland machen. — Der Präsident legt nun, eben so gedrängt als klar, Rechenschaft ab über die verschiedenen gestellten Anträge Gagern's, Wedenmeyer's, Biedermann's, Struve's, Venedey's und eines zuletzt von Blum motivirten Ausgleichungs-Antrags; von allen Seiten wurde jedoch wiederholt und dringend verlangt, daß alle anderen Anträge einstweilen unberücksichtigt bleiben und allein über den entschieden werden solle: Ob Ost- und Westpreußen in den deutschen Bund aufzunehmen seien?" Der in solcher Weise gestellte Antrag wurde einstimmig angenommen. Die Frage wegen Posen wurde, nach einigen Bemerkungen Venedey's, Struve's und einiger Anderer, der Gagernschen Motion gemäß, offen erhalten, mithin späterer kompetenter Entscheidung anheimgegeben. Den Schluß der Sitzung bildete die Berathung darüber, auf je wie viel Seelen ein Vertreter gewählt werden solle. Der Antrag eines Redners lautete dahin, man solle dieses Zahlverhältniß zunächst für die konstituirende National-Versammlung auf 1 für 70,000 Seelen feststellen, und es ihr dann anheimgeben, das Zahlenverhältniß für die Zukunft so zu belassen oder sich über einen andern Modus zu einigen. Buhl aus Baden empfiehlt eine möglichst zahlreiche imponirende Vertretung und trägt darauf an, daß statt 1 auf 70,000 auf je 50,000 Seelen ein Vertreter zur konstituirenden National-Versammlung gewählt werde. Reinganum aus Frankfurt und Welcker aus Baden wollen nichts von der alten Bundes-Matrikel (die für je 70,000 Seelen einen Vertreter bestimmt) wissen und unterstützen Buhl's Antrag. Eben so außer anderen Rednern Hecker und Jordan. Nur ein Redner, Robert v. Mohl, war gegen das Verhältniß von 1 zu 50,000 und wünschte eine nicht durch Zahl, sondern durch Intelligenz imponirende Versammlung. Buhl's Antrag wurde mit überwiegender Mehrheit angenommen. Stadtrath Hamel von Hessen-Homburg brachte zur Sprache, wie es in kleineren Staaten, die nicht 50,000 Seelen zählen, gehalten werden solle. v. Closen aus Baiern beantragte, diese kleineren Staaten sollten sich zusammenthun und zusammen wählen; dieser Antrag wurde namentlich durch Glaubrech aus Hessen unterstützt; die Mehrheit bei der Abstimmung erhielt aber der Antrag von Wesendonk aus Düsseldorf, daß jeder kleine Staat auch mit einer Bevölkerung unter 50,000 Seelen seine Vertreter zur National-Versammlung schicken möge.

Frankfurt a. M., 1. April. Die heutige zweite Sitzung der vorberathenden Versammlung zum deutschen Parlament wurde um halb 10 Uhr eröffnt. An der Tagesordnung war der Wahlmodus zu der demnächst zusammentretenden konstituirenden National-Versammlung, und sind darüber nach sehr lebhafter Debatte — es wurden an 40 Redner vernommen — folgende Anträge zum Theil stimmeneinhellig, zum Theil mit weit überwiegender Mehrheit angenommen worden: 1) es solle im Allgemeinen und mit Vorbehalt der Feststellung von hierher bezüglichen Prinzipien den einzelnen Staaten überlassen bleiben, nach dem von ihnen beliebten oder von den Verhältnissen gebotenen Wahlmodus zu wählen. 2) Die Wahlen sind durch keinen Census, durch keinen Glaubens- oder Konfessions-Unterschied, noch durch ständische oder irgendwelche andere Vorrechte oder Standes-Unterschiede bedingt. 3) Wurde durch Namens-Aufruf mit 317 gegen 194 Stimmen beschlossen, direkte Wahlen zur konstituirenden National-Versammlung nicht als bindende Vorschrift zu machen. Dagegen hat die Versammlung die Frage, ob die direkten Wahlen als Prinzip anzuerkennen seien, fast mit Stimmeneinhelligkeit bejahend entschieden. 1) Jeder volljährige Staatsbürger ist wahlberechtigt. 2) Jeder Staatsbürger ist wahlfähig. Die Frage, ob der Deputirte dem Staat angehören müsse, den er auf der konstituirenden National-Versammlung vertreten solle, wurde verneinend entschieden. Es kann also in jedem Staate jeder Deutsche gewählt werden. Ein zuletzt noch von Hecker gestellter Antrag, daß auch jene deutschen politischen Flüchtlinge, welche im Ausland verbürgert sind, wahlfähig und wählbar seien, wenn sie an ihr deutsches Staatsbürgerrecht Ansprüche erheben wollen, wurde als sich von selbst verstehend einstimmig angenommen. Die Anfrage des Präsidenten, wo die konstituirende National-Versammlung zusammentreten solle, wurde hierzu durch Acclamation der Versammlung Frankfurt erwählt. Noch ist in dem übrigen Theil der Sitzung die Frage zu erledigen, wann die National-Versammlung zusammentreten solle. (D. P.A. Z.)

Wie es nicht anders zu erwarten war, hatten sich schon in der Frühe des gestrigen Tages die in der Nähe der Paulskirche gelegenen Straßen und öffentlichen Plätze dicht mit Menschen gefüllt. Es währte nicht lange, so bildeten sich auch hier, wie in der Versammlung, zwei Parteien: die rein-republikanische und republikanisch-monarchische. Beide Theile riefen ihre Anhänger zusammen und durchzogen die Straßen unserer Stadt unter Vortragung von dreifarbigen Fahnen, die einestheils „die Republik", anderntheils „das deutsche Parlament! Keine Republik!" und wieder andere bloß: „Es lebe das deutsche Parlament!" als Devise trugen. Es konnte nicht fehlen, daß die aufgeregten Gemüther etwas hintereinander geriethen und sollen dabei, leider! wie man erfährt, zwei junge Leute nicht unbedeutend verletzt worden sein. Eine solche Störung unserer Festtage ist sehr zu beklagen. Hoffen wir, daß weitere Partei-Reibereien und Störungen der so nöthigen öffentlichen Ruhe nicht mehr vorkommen werden! (F. J.)

□ Ein in Leipzig gedrucktes Flugblatt befürwortet ebenfalls die Ansicht, daß das Bundeshaupt für den deutschen Bundesstaat auf Zeit aus den Fürsten zu wählen sei. Der Verfasser glaubt aber, daß wenn die Wahl auf die regierenden Fürsten beschränkt werde, es an geeigneten Männern um so gewisser fehlen könne, weil schon die gegenwärtige Erziehung der Thronfolger inmitten der Schmeicheleien des Hofes denselben es sehr schwierig mache, sich zu tüchtigen Charakteren auszubilden. Er will deshalb, daß auch die Familienglieder der souveränen deutschen Fürsten für wahlfähig erklärt werden, und stellt seinerseits den Erzherzog Johann von Oesterreich als Candidaten für das Bundespräsidium auf. Sicher würde Deutschland kein Bedenken tragen, jedes Haupt freudig zu begrüßen, welches seine Einheit herzustellen im Stande wäre, sicher würden wir den durch seine deutsche Vaterlands-

liebe und seine Freisinnigkeit bekannten Erzherzog Johann mit doppelter Freude als Bundeshaupt begrüßen dürfen, aber wir fürchten doch, daß auch dieses Projekt eben nur ein Projekt bleiben wird. Werden die Fürsten sich dazu verstehen, sich unter ein Oberhaupt zu stellen, welches nicht einmal Mitglied der Fürstenkammer sein kann? Es scheint uns darin eine Anomalie zu liegen. Sollten aber alle Mitglieder der fürstlichen Häuser Zutritt zur Fürstenkammer oder dem Oberhause erhalten? Das scheint uns doch von allen bisher bekannt gewordenen Verfassungsprojekten zu entschieden abzuweichen. Also auch diese Candidatur, glauben wir, ist nicht möglich.

München, 31. März. Wie man vernimmt, schreibt die in Militärsachen gut unterrichtete Würzburger Ztg., werden 14,000 Mann Baiern in der Pfalz und 14,000 Mann bei Ulm aufgestellt. (N. K.)

Karlsruhe, 30. März. Die hiesige Zeitung berichtet: Wie die Regierung in der gestrigen Sitzung der zweiten Kammer eröffnete, wird nach einem Bundesbeschluß die Festung Rastatt vorläufig mit der kleineren Kriegsbesatzung von 5000 Mann versehen werden, wovon Oesterreich vertragsmäßig ein Drittel mit 1700 Mann zu stellen hat. Diese österreichische Besatzung hätte man vor einigen Wochen noch sehr ungern gesehen. Jetzt aber, wo die Gefahr näher rückt, und nachdem Oesterreich selbst in das konstitutionelle System eingetreten, ist sie erwünscht. Die diesfallsige Eröffnung wurde daher von der zweiten Kammer auch mit allseitiger Billigung aufgenommen.

Die Nachrichten von dem beabsichtigten Einfalle deutscher Arbeiter aus der Schweiz und aus Frankreich in das Großherzogthum, um Deutschland zu revolutioniren und dann ihre kommunistischen Gelüste befriedigen zu können, bestätigen sich täglich mehr. Außer den Notizen, welche die Regierung am 28sten d. M. der zweiten Kammer in öffentlicher Sitzung darüber mitgetheilt hat, sind von allen Seiten her an Regierung, an Abgeordnete und an Privaten schon wieder mehrfache sehr zuverlässige Nachrichten eingetroffen, so wie auch andere Regierungen deren erhalten haben. So weit die Einfälle aus Frankreich drohen, sind zwar von den französischen Behörden Gegenmaßregeln zugesichert; ob aber die französische Regierung und die Behörden mit dem aufrichtigsten Willen die Gefahr abzuwenden im Stande sind, bleibt sehr zweifelhaft. Darum, und da wirksame Gegenmaßregeln noch weniger von der schweizerischen Seite zu erwarten sind, muß die großherzogliche Regierung gegen den beabsichtigten revolutionären und räuberischen Ueberfall jedenfalls sich rüsten. Es ist ihre Verbindlichkeit, solches Unheil vom Lande abzuwenden oder im Entstehen zu unterdrücken. Sie wird, wie sie in der Sitzung der zweiten Kammer vom 28sten d. M. erklärte, diese Verbindlichkeit erfüllen. Davon zeugen ihre Bemühungen, Waffen für die Bürgerwehr beizuschaffen, worüber in der Sitzung vom 28sten d. M. Nachweisungen gegeben wurden. Davon zeugen ferner die Truppensendungen nach dem Oberlande, bei Offenburg und bei Freiburg. (Karlsr. Z.)

Bremen, 1. April. Aus Greifswald vom 29. März wird in einem Privatbriefe folgende Nachricht gemeldet: Ein gestern auf der Greifswalder Rhede angekommenes preußisches Schiff ist bei seiner Passage durch den Sund bereits scharf beschossen worden und hat einigen Schaden erlitten. — Hier sind Oldenburgische Truppen auf ihrem Durchmarsche nach Schleswig-Holstein angemeldet; wir erwarten sie täglich; durch Altona soll in der Nacht auf den 31. März Hannoversche Artillerie gekommen sein. (W. Z.)

Oesterreich.

Wien, 3. April. Gestern Nachmittags wurde unter donnerndem Jubelrufe der auf dem äußeren Burgplatze versammelten Studirenden der Wiener Hochschule und einer zahlreichen Volksmenge die schwarz-roth-goldene Fahne von Sr. Majestät dem Kaiser aus einem Fenster der Hofburg geschwungen und daselbst ausgesteckt. Seit gestern weht auch das deutsche Banner vom Stephansthurme und von der Zinne des Universitätsgebäudes. — Das Ministerium des Unterrichts hat den Custos Schaffarik von Prag zur Berathung über die Einrichtung von slavischen Volks- und Realschulen in den slavischen Provinzen der österreichischen Monarchie, und über die weiteren in den höheren Unterrichtsanstalten daselbst im Sinne einer volksthümlichen Ausbildung zu treffenden Reformen nach Wien berufen. — Auch der Professor der Philosophie, Dr. Exner aus Prag, ist zur Dienstleistung in das Ministerium des Unterrichts berufen worden. — In Folge der Adressen gegen das neue Preßgesetz, welches die Universität, sämmtliche Gelehrten und Buchhändler gestern Abend dem Minister des Innern von Pillersdorf überreichten, ist von letzterem eine Umänderung des Preßgesetzes augenblicklich zugesagt worden. Heute hat sich deßfalls der Sturm etwas gelegt. Gestern Abend hat der Finanzminister Kübeck zum allgemeinen Bedauern seine Stelle niedergelegt; sein letzter Act war das Verbot der Ausfuhr von Gold und Silber in's Ausland. (Oestr. Z.)

*** * Wien, 3. April.** Die Nachricht in Bezug auf die Pacifikations-Entwürfe, welche mittelst eines außerordentlichen Kommissärs, des Land-Marschalls Grafen Montecuculi, nach der Lombardei abgegangen sind, bestätigt sich vollkommen. Es wäre gegen das sich siegreich erhobene Reform-Prinzip, wenn man der Lombardei mit Waffengewalt die Entwickelung ihrer Nationalität vorenthalten wollte, und unter solchen Umständen, in welche die Monarchie gerathen ist, vielleicht gegen Oesterreichs eigenes Interesse. Ueberdies ist vorauszusehen, daß wenn sich unserer Armee an den Ufern des Mincio oder an den Grenzen Tyrols nur beobachtungsweise aufstellt, daß die friedliebende Partei in Mailand und Venedig sicher zur Besinnung kommen wird. Unterdessen dauern die Werbungen des nach Italien bestimmten Frei-Corps fort, und es sind bereits gegen 6000 Freiwillige einrolirt. Uebermorgen geht der erste Transport ab. Unter der Bürgerklasse herrscht jetzt eine unglaubliche Aufregung gegen die Italiener, und aus diesen Gründen fand vorgestern die Eröffnung der italienischen Opersaison nicht statt. Die Theater-Affichen wurden herabgerissen, und es wäre vielleicht das Aergste im Theater erfolgt. — Heute Mittag hatte die Deputation des Königreichs Galizien Audienz bei Sr. Majestät. Ihre Anträge und Wünsche sind eben so umfangreich und stark als die der kroatischen Deputation. Wir gestehen, daß die Staats-Konferenz durch diese slavischen Anforderungen, auf welche der Magyarismus mit so scheelen Augen blickt, in nicht geringe Verlegenheit gesetzt werden dürfte. In Galizien ist bekanntlich das stärkste Element für die Regierung der Bauernstand, welcher unveränderlich an dem Kaiser hält. Man meldet hierüber aus Galizien und Böhmen (?), daß sich auf die ersten Nachrichten, daß der Kaiser in Gefahr sei, alle Bauern in Bewegung setzen und dem Kaiser zu Hilfe eilen wollten. Aus Preßburg sind die heutigen Nachrichten sehr erfreulich. Der Reichstag wird am 12ten geschlossen werden.

Y Prag, 1. April. Seit der Rückkehr unserer Deputirten leben wir fort in theilweiser Aufgeregtheit, theilweiser Niedergeschlagenheit, wir haben einsehen gelernt, daß Metternichs perfides System nicht mit dem ursprünglichen System-Repräsentanten gefallen und die Handlungsweise der Regierung, wie die Erlasse derselben zeigen dies deutlich. Schon hat man den Wienern die Polizei wieder in ursprünglicher Form, nur mit dem Unterschiede größerer Artigkeit gegeben und ohne Demonstration wird man uns schwerlich mehr bewilligen als Versprechungen, Vertröstungen wie bisher. Unser Bürger-Comité arbeitete unausgesetzt an der Abfassung der neuen Petition, welche endlich zu Stande kam, und so lautet:

„Ew. Majestät, allergnädigster König! Die mit allerhöchster Entschließung vom 23. d. M. erfolgte Erledigung jener Petitionspunkte, welche die Prager Deputation als die sehnlichsten Wünsche der k. Hauptstadt Prag, ja der gesammten böhmischen Nation vor Euer k. k. Majestät erhabenen Thron brachte, hat in den Gemüthern der Bewohner Prags nicht jene Beruhigung hervorgebracht, worin jeder besonnene Patriot die feste Grundlage des allgemeinen Wohles, des friedlichen und glücklichen Gedeihens der neuen Ordnung die Grundbedingung der Aufrechthaltung der Ruhe im Lande jetzt mehr als jemals wahrnimmt. Die nach Kundmachung jener allerh. Entschließung sich unzweifelhaft kund gegebene öffentliche Meinung findet die Erledigung der Prager Petitionspunkte unbefriedigend und äußert die lebhaftesten Besorgnisse für das Maß und die Art der durch das allerh. Machtwort E. M. uns im Allgemeinen zugesicherten freien Institutionen. Das in der allerh. Entschl. ausgesprochene Prinzip, es soll die Bestimmung und Schlußfassung über die einzelnen Petitionspunkte durch das Organ der Stände geschehen, erregte nicht für sich allein, sondern dadurch die allgemeine Mißstimmung, daß nach dem II. Artikel d. a. h. Erl. das Institut der Stände auf die Landesordnung basirt und nur mittelst einer Verstärkung durch freigewählte Stadtdeputirte erweitert, in Aussicht gestellt wird, denn das mittelalterliche Institut unserer bisherigen Landstände erscheint auch mit jener Erweiterung durch Repräsentanten der Städte nicht als geeignet, eine zeitgemäße Konstitution für das Land zu beantragen und durchzuführen. Nur eine wahre Repräsentation der ganzen Nation kann die Gesammtinteressen des Landes vertreten und jeden Stand über die seinigen, soweit sie mit dem allgemeinen Landeswohl verträglich sind, vollkommen beruhigen. Die vollkommenste Gleichstellung der böhmischen und deutschen Nationalität, in allen Lehr- und Verwaltungszweigen ist durch die Hinweisung auf die alte Landesordnung gleichfalls nicht genügend verbürgt, weil eine mehr als 200jährige Praxis die Autorität des d. Landes fast in allen die Interessen des gesammten Volkes betreffenden Punkten faktisch außer Wirksamkeit gesetzt hat. Da dieser Punkt für das friedliche Nebeneinanderbestehen der beiden Nationalelemente in den böhm. Ländern und für die Wahrung aller geistigen Interessen des größern, nämlich des slawischen Theiles der Bevölkerung derselben die Grundbedingung ist, so dürfte diese Gleichstellung nur durch ein neues Staatsgrundgesetz für die gesammten böhm. Kronländer genügend verbürgt erscheinen. Die Erneuerung des unauflösbaren Verbandes zwischen den sämmtlichen zur k. Krone Böhmens gehörigen Ländern und deren — den speziellen Privatinteressen nicht präjudizirende Vereinigung durch eine allgemeine böhm.-mähr.-schlesische Nationalvertretung, durch eigene Centralbehörde unter einem besondern verantwortlichen Ministerium des Innern erscheint durch die pragmatisch-geschichtliche, nationale, geographische Einigung dieser Länder und ihre Ausdehnung als eine, eben so sehr die freien Institutionen dieser Länder als den konstitutionellen Thron Ew. Maj. und die Integrität des österr. Gesammtstaates sichernde Staatsmaßregel. Dem zu Folge dürfte dies nicht erst von einem neuen Beschlusse der mährisch-schlesischen Stände abhängig gemacht, sondern nur der allerh. Entscheidung Ew. Majestät, als Königs von Böhmen, anheim gestellt bleiben. Nur über die Art der praktischen Ausführung des Grundsatzes möge die neue konstitutionelle Nationalrepräsentation dieser Länder den Beschluß fassen und selben Ew. Maj. als Gesetzvorschlag zur allerhöchsten Genehmigung unterbreiten. Die sämmtlichen Bitten der böhm. Nation sollen demnach in nachstehende Punkte zusammengefaßt, Ew. Majestät ehrfurchtsvoll neuerdings überreicht werden.

1) Die unauflösbare Vereinigung der sämmtlichen zur Krone Böhmens gehörigen Länder, bezüglich ihrer innern Autonomie unter gleichzeitiger Garantie für deren innigen Verband mit der Monarchie; dann die vollkommene Gleichstellung der böhm. und deutschen Nationalität in allen Lehr- und Verwaltungszweigen in diesen Ländern als Staatsgrundsatz für dieselben.

2) Eine, alle Interessen des Landes umfassende, gleichartige, allgemeine, gesetzgebende, Steuern bewilligende Volksvertretung auf der breitesten Basis der Wahlfähigkeit und freien Wählbarkeit, dann ein eigenes verantwortliches Ministerium für die inneren Angelegenheiten dieser Länder und Organisirung der geeigneten administrativen Centralbehörden für dieselben in Prag.

3) Schleunige Organisirung allgemeiner Nationalgarden und deren vollständige Bewaffnung.

4) Definitive Genehmigung der von der Prager Studentenschaft Ew. k. k. Maj. überreichten Petition v. 15. März l. J. in allen ihren Punkten.

5) Seinerzeitige Beeidigung aller Civilbehörden und des Militärs auf die Konstitution.

Uebrigens beharrt die böhm. Nation gänzlich und fest bei sämmtlich in der Volksversammlung vom 11. März l. J. in St. Wenzelsbad abgefaßten und von der Prager Deputation Ew. Majestät überreichten Petitionsartikeln und stellt dieselben nach Ew. Maj. allerh. selbst ausgesprochenem Grundsatze der Entwicklung der konst. Volksrepräsentation anheim. Geruhen Ew. Maj. hierüber eine die Aufregung der Gemüther vollkommen beruhigende definitive allerh. Schlußfassung mittelst einer Proklamation mit der, der Dringlichkeit der Umstände entsprechenden Beschleunigung allergnädigst zu erlassen.

Im Volke selbst herrschte Ruhe, man blickte mit Vertrauen zum Bürgerkomité, aber in der Bürgerschaft selbst gab es viele, welche da meinten, der erhaltene Bescheid genüge, ja Einige waren entschlossen, Sr. Majestät eine Petition zu unterbreiten, in welcher sie im Namen der Bürgerschaft erklären wollten, daß sie gar keine weitere Entscheidung wünschten, sondern abwarten wollten, ja daß alle, welche damit nicht zufrieden seien, Rebellanten wären. Der Oberstburggraf, Graf Stadion, erklärte sich gegen die Abschickung der Petition, und man wollte die Wahl der 100 Ausschußmänner zum Behuf der Bürgermeisterwahl, welche am 29. v. M. vor sich gehen sollte, abwarten; diese sollte dann über Abgehen und Unterschreibung der Petition entscheiden. Diese Wahl kam aber nicht zu Stande und die wichtige Angelegenheit blieb in der Schwebe. Da fand im großen Saale der Sophieninsel am letzten März früh 9 Uhr eine Volksversammlung statt, hier wurden Deputirte gewählt, welche in Begleitung der ganzen Versammlung sich nach dem Bürgerkomité begaben und dort im Namen des Volkes die augenblickliche Absendung der Deputation und Petition nach Wien verlangen sollten. In größter Ruhe wartete die ganze aus 1500–2000 Menschen bestehende Versammlung, bis ihre Deputirten zurückkamen und in deutscher und in böhmischer Sprache verkündeten, das Comité sei mit der Absendung der Petition einverstanden und werde sich sogleich zum Oberstburggrafen verfügen, um dessen Unterschrift zu erhalten; da ertönte Jubel, und als die Comitémitglieder mit der Akte erschienen, da erscholl Jubel, und augenblicklich bildete sich aus den anwesenden bewaffneten Studenten und Bewaffneten eine Ehrenwache von 6—700 Mann, welche die Deputation in ihrer Mitte nahm und seitwärts Spaliere bildete, zwischen der die Uebrigen in geordneten Reihen gingen. So verfügte sich der Zug, der unterwegs wohl bis an 3000—3500 Menschen anwuchs, in Ruhe und Ordnung auf die Kleinseite vor den Palast des Oberstburggrafen von Stadion, wo von den Bewaffneten alle Eingänge besetzt wurden, um das Eindringen von Unberufenen zu verhindern; die Deputirten begaben sich hierauf zum Grafen und kehrten nach einer Viertelstunde mit der Unterschrift der Petition zurück. Graf Stadion bestätigte, daß diese Petition und die Abschickung derselben der allgemeine Wunsch Prags und Böhmens sei. Jubelruf ertönte und der Graf mußte am Fenster erscheinen. Nun ging der Zug wieder zurück und brachte in der Krückengasse dem Silberarbeiter F., der an der Spitze der früher erwähnten Partei stehen soll, eine Katzenmusik. Abends 6 Uhr fuhr die Deputation nach Wien, mit dem Auftrage, binnen 6 Tagen mit einer definitiven Antwort zurück zu kehren. Auf dem Lande ist es bisher ruhig, doch weigern viele Gegenden die Robot, in vielen organisirt sich bewaffnete Landgarde. So eben verbreitet sich die Nachricht, man wolle die Studenten der Technik entwaffnen, welche als radikal bekannt sind; das Militär ist in den Kasernen konsignirt; kommt es zu dem, dann haben wir das Aeußerste zu fürchten, denn nie werden sie in eine schimpfliche freiwillige Entwaffnung willigen.

* Aus einem Artikel der Gazeta Lwowska, vom 31. v. M., in welchem sie eine von der Wiener Zeitung gegebene Nachricht, daß nämlich in Folge eines Aufstandes in Galizien die Robot ganz aufgehoben worden wäre, widerlegt und berichtigt, entnehmen wir folgendes auf die Robotabolitionsfrage Bezügliche. Der Bauer in Galizien soll nach wie vor seinen Frohndienst ohne Weigerung leisten, und seine Hoffnung auf den kaiserlichen Bescheid auf eine am 19. März in die

Hände des Gouverneurs gegebene Adresse setzen. In dieser Adresse ist nämlich die Aufhebung der Robot beantragt, sowie überhaupt die Auflösung aller Unterthanenverhältnisse und der hieraus hervorgehenden gegenseitigen Dienstleistungen, und endlich die Regulirung der Grundeigenthumsverhältnisse. Die Ruhe ist weder in Lemberg noch in Galizien irgendwie gestört worden, alle Nachrichten, die vom Gegentheil berichten, sind falsch.

⊙ **Preßburg**, 2. April. Gestern Nachmittag begab sich eine sehr zahlreiche Deputation des Reichstags zu Fuß in den Palast des Erzherzogs Stephan, um ihm im Namen der Nation für seine kraftvolle Wirksamkeit zur Bekräftigung der neuen Constitution zu danken. Der Sprecher war der ernannte Finanzminister Ludwig Kossuth. In der Antwort des Erzherzogs lag eine wenig verhüllte Andeutung, daß der König erwarte, wie ihm Ungarn zur Behauptung des Territorialbestandes der Monarchie kräftigen Beistand leisten werde. Nach der Ansicht vieler Deputirten hat die pragmatische Sanktion, welche die Untheilbarkeit der Monarchie ausspricht, auf die italienische Provinz und auf Galizien keine Anwendung, indem diese Landestheile erst nach der pragmatischen Sanktion an Oesterreich gekommen. Das gestern beregte k. Rescript, welches das Gesetz über das unabhängige verantwortliche ungarische Ministerium mit einigen Modifikationen bestätigt, scheint die pragmatische Sanktion und die pflichtmäßige Vertheidigung derselben von Seiten Ungarns auch auf jene Provinzen, ohne sie zu nennen, auszudehnen. Dies dürfte noch zu manchen harten Erörterungen führen. Denn man ist in Ungarn gar nicht geneigt, die ungarischen Söhne im italienischen Kampf noch ferner verbluten zu lassen. Solche Stimmung hat sich hier gestern Abend in einer großen Volks-Versammlung manifestirt. Es kamen nämlich einige Männer aus Wien hier an, um den Ungarn zur neu bekräftigten Freiheit zu gratuliren. Zahllose Schaaren sammelten sich um die Redner aus Wien, und diese forderten zugleich unter großem Beifall der Versammlung auf, daß die freien Ungarn die italienischen Brüder in der Erkämpfung ihrer Freiheit nicht hindern sollen. „Mögen die Lombarden sich der italienischen Volksfamilie wieder einverleiben, wir werden dadurch nicht minder frei und glücklich sein. Nicht gegen frei werdende Völker, sondern gegen die nordische Barbarei wollen wir kampfgerüstet sein." Die Wiener Redner wurden im Triumphe herumgetragen und ihnen eine Ehrenwache gegeben. Zur selben Zeit ist auch der ungarische Minister in Wien, Fürst Paul Esterhazy, aus Wien angelangt und wurde er mit großem Jubel empfangen. Die größte Verantwortlichkeit liegt auf ihm, indem er derjenige Minister ist, welcher die k. Dekrete über die Verwendung des ungarischen Militärs in Kriegszeiten gegenzuzeichnen und zu verantworten hat. — Heute fand hier eine imposante Feldmesse statt, bei welcher die ganze Nationalgarde erschienen war.

Triest, 30. März. Wir haben heute leider einen unglücklichen Vorfall zu berichten. Das Lloyd'sche Dampfboot Mahmudie, welches Truppen nach Pola führte, wurde, als es in den dortigen Hafen einfuhr, durch ein unseliges Mißverständniß vom Kastell aus beschossen. Einige Offiziere und mehrere Individuen von der Mannschaft wurden mehr oder minder schwer verwundet; das Schiff selbst ist so beschädigt, daß es die Rückfahrt nicht antreten kann.*)

*) Ueber den oben erwähnten Unglücksfall bei Pola erfahren wir Folgendes: Am 28. Abends wurden vier Kompagnien des Regimentes Ritter von Heß, und zwar zwei mit der Bestimmung nach Rovigno auf dem Dampfboot „Mitrowski" und zwei für Pola auf dem Dampfboot „Mahmudie" in Triest eingeschifft. Letzteres fuhr am folgenden Tage, Morgens gegen 10 Uhr in den Hafen von Pola ein. Es war 500 bis 600 Schritte vom Fort Kaiser Franz entfernt, als aus demselben ein blinder Kanonenschuß ausgefeuert wurde. Kaum zwanzig Sekunden nach diesem blinden Schusse, welchen der Schiffskapitän E. Meksa, indem er gleichzeitig „ilSaluto" ausrief, für eine Begrüßung hielt, fiel aus dem gegenüber stehenden Fort Maximilian ein zweiter Schuß, der absichtlich außer der Richtung des Schiffes abgeschossen wurde, um dieses vor der weitern Einfahrt zu warnen. In demselben Moment fielen aus dem Fort Franz drei in sehr kleinen Pausen auf einander folgende 36pfündige Hohlkugeln. Die erstere schmetterte den Kapitän Meksa und seinen Lieutenant, die eben auf der Brücke des Bootes standen, nieder. Der zweite 36-Pfünder fuhr durch die Offizierkajüte und durchbohrte beide Seitenwände des Bootes. Die Hohlkugel zerplatzte, warf den Fußboden in Kiel und steckte zugleich den untern Theil des Bootes in Brand, worauf das Schiff sogleich zu sinken begann. In diesem schrecklichen Augenblicke eilte Alles auf's Deck, weiße Tücher wehen lassend und „Vivat Ferdinand, Vivat die Konstitution, Freunde, Freunde!" rufend. Der Oberst selbst schwang den Stabsoffiziershut in die Höhe, um dadurch das Einhalten des Feuers wo möglich zu bewirken. Gleich darauf fiel jedoch ein dritter 36pfündiger und ein vierter achtzehnpfündiger Vollkugelschuß. Beide trafen, jedoch, so viel man im Augenblicke an dem Schiffe wahrnehmen konnte, ohne eine Zerstörung anzurichten. Alles wollte nun in das hinabgelassene Rettungsboot stürzen, das jedoch nur 15 Mann fassen konnte. Erst jetzt wurde der Oberst von dem an das Gestade herangerückten Tirailleur-Kommandanten erkannt, worauf der Hauptmann und Fortkommandant unter Schmerzensausrufungen die fortwährend auf das Schiff feuernden Tirailleurs zurückzog. Mittlerweile wurden von der Fregatte „Bellona," die nun kaum 800 Schritte vom Dampfboote entfernt war, drei Rettungsboote unter Führung der Marinekadetten Milosisch, Pokorny und Barosini abgesendet, welche sich mit der größten Lebensgefahr dem Dampfschiffe näherten. Die Leute sprangen vom hohen Bord in die kleinen Boote, während das Feuer im Dampfer durch das eingedrungene Wasser mit Hülfe der dabei äußerst thätigen Matrosen gelöscht und die Ausschiffung nach und nach beendet werden konnte. Von den Kompagnien fehlen leider sieben Mann, welche wahrscheinlich bei der Eile ins Rettungsboot zu gelangen, ins Meer gestürzt und ertrunken sind. Der Hauptmann Franz Büttner wurde in der Offizierkajüte von einer Kanonenkugel getroffen, todt gefunden. — Bei den auf dem Lande angestellten Untersuchungen ergab sich, daß die beklagenswerthe Katastrophe durch ein Mißverständniß herbeigeführt wurde. Da das Boot auf den durch das Sprachrohr erlassenen aber wahrscheinlich überhörten Ruf Ferma nicht stille hielt, so glaubte der Wache haltende Offizier, das Schiff habe, wiewohl unter der kaiserlichen Flagge fahrend, feindliche Absichten und gab so in seinem dienstlichen Eifer den Befehl zum Schießen.
(Oesterr. Lloyd.)

Die provisorische Regierung zu **Venedig** hat wieder verschiedene Dekrete erlassen. Die Mitglieder der provisorischen Regierung und ihre Funktionen sind laut Dekret vom 26.: D. **Manin**, Präsident und Auswärtiges, N. **Tommaseo**, Kultus und Unterricht, J. **Castelli**, Justiz, F. **Camerata**, Finanzen, F. **Solera**, Krieg, A. **Paulucci**, Marine, P. **Paleocapa**, Inneres und Bauten, L. **Pincherle**, Handel, A. **Toffoli** (Handwerker) ohne Portefeuille. So wie den Truppen wird auch den Arsenalarbeitern eine Gratifikation bewilligt, und zwar den Meistern und Aufsehern mit zwei und den Anderen mit einem Thaler. — Um uns des Sieges und der neuen Vortheile verdient zu machen, heißt es in der Einleitung zu einem andern Dekrete, wollen wir die Besiegten respektiren, weil man das Unglück ehren soll, da unser politisches Dogma auf Verbrüderung lautet, und in allen Zungen doch nur Brüder der großen Familie Gottes reden. Wer daher wegen politischer Ansichten und Meinungen einen Bürger oder Fremden beleidigt, soll von der Stadtgarde vor den Pfarrer des nächsten Ortes gebracht werden, welcher in seiner priesterlichen Eigenschaft ihm sein Unrecht gegen die Ehre des allgemeinen Vaterlandes zu Herzen führen soll. Gegen den Widerstrebenden wird streng verfahren werden.

**** Lombardei.** Die Wiener Zeitungen sind merkwürdigerweise noch immer ohne direkte Nachrichten aus Mailand, oder wollen und dürfen sie (nach dem alten österreichischen Zopfe) über die dortigen Zustände keine Berichte geben? — Aus den ganz bestimmt lautenden Meldungen der süddeutschen, schweizerischen und turiner Blätter ersehen wir aber, daß die Sachlage Folgende ist. — **Mailand ist vollständig in der Macht der Italiener.** In der Nacht vom 24. zum 25 März ist sogar ein Theil des **piemontesischen Heeres**, bestehend aus den beiden in Navara versammelten Regimentern, in Mailand eingerückt. Mit jeder Stunde wird die Macht der Lombarden noch durch zuziehende turiner Freischaaren verstärkt.*) Bereits sind 10 bis 12000 Mailänder und Piemonteser dem Feldmarschall **Radetzki** nachgerückt, welcher sich auf **Verona** zu zieht, um sich dort mit dem 2. Armeecorps unter dem Feldmarschall-Lieutenant d'Aspre zu vereinigen. Beide zusammen dürften immer noch über eine ansehnliche Truppenmacht von mehr als 60,000 Mann gebieten. Jedenfalls steht ein harter Kampf bevor. Die Lombarden thun das Mögliche, um dem Feinde den Untergang zu bereiten. Alle Brücken sind zerstört. Die Schleusen der Kanäle werden geöffnet und die Ebenen unter Wasser gesetzt. Von allen Seiten eilt das Landvolk gegen die Flüchtigen. In Mailand legt man die Hände nicht in den Schooß. Man rüstet sich auf den Fall eines Angriffs. Die Barrikaden läßt man stehen; es sollen deren größere und kleinere 1000 bis 1200 sein. — Der Allg. Ztg. zufolge hatte die provisorische Regierung **zwei Kommissäre** nach **Turin** gesandt, um dem König Karl Albert die lombardische Krone anzubieten.

*) Nach einem Briefe aus Palermo sollen sogar 20000 (?) Sizilianer wohlbewaffnet nach Livorno eingeschifft werden, um an dem Kampfe für die Lombardei Theil zu nehmen.

Italien.

✉ **Rom**, 25. März. Gestern gegen Abend traf der Papst nach Verabredung mit dem **österreichischen** Gesandten vor der Porta Pia zusammen. Der Papst stieg aus, reichte dem Grafen die Hand, und sprach sein inniges Bedauern wegen der Vorfälle am Pallazzo di Venezia aus. Er bat ihn, die übereilte Handlung der augenblicklichen Aufregung einer leicht entzündlichen Volksmasse nachzusehen, und der Sache weiter keine Folge zu geben; er möchte nicht seiner sorgenvollen Regierung neue große Sorgen bereiten. Der Gesandte versprach es. Er ist daher nicht abgereist, hat aber seine Funktionen bis auf weitere Anordnungen seiner Regierung eingestellt. Der Papst unterhielt sich ziemlich lange mit ihm, und ging eine Strecke weit mit ihm zu Fuße. — Heut Nachmittag fuhr der Papst nach St. Peter, musterte auf dem Hofe des Vaticans die Freiwilligen, die sich bis jetzt gemeldet haben, und ertheilte ihnen den Segen. Es waren viele aus dem niedern Volk darunter, sie waren noch unbewaffnet. Der Gen. Durando soll selbst weniger auf die an Anstrengungen nicht besonders gewöhnten Römer rechnen, als auf die kräftigen Hirten in der Romagna. Der Generalstab hat heut Abend Rom verlassen, darunte der Maler und Dichter Azeglio, der Schwiegersohn Manzoni's, ein Mann des höchsten moralischen Einflusses. — Das Hauptkorps der Freiwilligen soll aber nun erst Dienstag abgehen. Der mit ihrer Organisation beauftragte Oberst Terrari ist vom Pabst zum General gemacht worden.

Schweiz.

Zürich. Hier ging die Nachricht ein, daß in Oesterreich starke Aushebungen für die Armee stattfinden. Das Einrücken der Sardinier in die Lombardei und der bevorstehende Krieg nöthigen die Schweiz, Truppen an die Granze zu stellen. Der Befehl hierzu wird nicht lange auf sich warten lassen. Gleichzeitig wird in mehreren Kantonen ein Vertilgungskrieg gegen die Klöster angehoben. Der große Rath von Freiburg muß zu dem Ende von Berner Truppen bewacht werden. Das Bataillon Seiler ist dahin abgegangen. — Der Staats-Rath von Tessin zeigt dem Vorort an, daß die provisorische Regierung von Como die Erlaubniß nachsuche, ungefähr 1200 **gefangene Oesterreicher** durch schweizerisches Gebiet, Tessin und Graubündten, nach Tyrol zu transportiren, und daß er die Bewilligung ertheilt habe, unter der Bedingung, daß auch Graubündten einwillige. (Sch. v. M.)

Frankreich.

* **Paris**, 31. März. Die **Volksspenden** fließen der **Staatskasse** in solcher Masse zu, daß sich die prov. Regierung genöthigt sah, eine besondere Kommission zu deren Empfangnahme zu ernenennen, weil ihr die sie begleitenden Volksabgeordneten zu viele kostbare Zeit wegnahmen. — **Beranger** hat an die Wähler des Seine-Departements, welche ihn auf die Kandidatenliste der Deputirten gesetzt haten, einen Aufruf erlassen, dem wir folgende Stellen entnehmen: „Ich kann nur in der Einsamkeit leben und denken. Nur ihr verdanke ich das Bischen Witz (le peu de bon sens) dessen man mich früher lobte. In der Mitte des Geräusches und der Bewegung tauge ich nichts. Das sicherste Mittel, Euch den guten Rath, den ich manchmal gegeben, vollends abzuschneiden, wäre, mich auf die Bank einer Reichsversammlung zu schicken. Stumm und traurig würde ich mich mit Füßen getreten, die Bühne Anderen, die sich darum streiten, überlassen sehen müssen. **Oeffentlich auftreten, sprechen oder lesen kann ich nicht.** Für mich giebts da schon Publikum, wo mehr als zehn Personen beisammen. Reißt mich also nicht aus meiner Einsamkeit . . . ich gehöre ja nicht zu denen, die nöthig haben, sich auf den öffentlichen Platz zu stellen und zu schreien: Ich bin Patriot, ich bin Republikaner! . . . Ihr braucht junge Geister, junge Herzen, um die Steine hinwegzuräumen, die man der Verbreitung des Guten noch in den Weg zu legen versuchen wird. . . . Ich beschwöre Euch, laßt mich in meiner Einsamkeit. Ich war Euer Prophet, sagtet Ihr mir. Gut, so laßt den Propheten in der Wüste. — Pierre L'Ermite, der die Kreuzzüge so emsig gepredigt, war doch ein schlechter Feldherr, obgleich er den tapfern Haudegen Gaultier von Habenichts, wie ihn die Reichen jener Zeit nannten, zur Seite hatte. Ist es endlich nicht wünschenswerth, daß in unserer Zeit, wo so Viele zu Allem geeignet sein wollen, Einige das Beispiel geben, daß sie sich mit Nichts begnügen? **Victor Hugo** ruft dagegen denselben Wählern zu: „. . . Ich schrieb zwei und dreißig Bände; ließ acht Theaterstücke spielen, sprach sechs Mal in der Pairskammer, vier Mal 1846 (14. Febr., 20. März, 1. April, 5. Juli; ein Mal am 1847 am 14. Juni und ein Mal am 15. Jan. 1848). Meine Reden stehen im Moniteur. Alles dies liegt am Tage, Allen zugänglich. Ich habe nichts hinzuzufügen, aber auch nichts wegzustreichen u. s. w. In diesem Augenblick schweige ich, ich warte und bewundere die großen Thaten, welche die Vorsehung verrichtet. Ich bin bereit." — Am letzten Sonntag traf aus **Sarrelouis** eine **Deputation** ein, die der provisorischen Regierung ihren Dank aussprach, daß sie dem Marschall Ney, der 1814 für seine Treue an Napoleon als Verräther erschossen wurde, auf derselben Stelle ein Denkmal setzen wolle, wo das pairsgerichtliche Urtheil vollstreckt worden ist. Ney wurde bekanntlich in Sarrelouis geboren. Bei dieser Gelegenheit überreichte die Deputation eine Bittschrift, worin um Wiederaufnahme in das französische Bürgerrecht aller derjenigen ihrer Landsleute gebeten wird, die dasselbe wünschen. Sarrelouis, heißt es darin, wurde 1680 erbaut und gehörte bis zu 1815 zu Frankreich, das es durch den unseligen Vertrag nach der Schlacht von Waterloo an Preußen abtreten mußte. Diese 33 Jahre der Fremdherrschaft hätten es unmöglich um ihr französisches Bürgerrecht bringen können u. s. w. Wenn daher auch die Bittsteller nicht **Abreißung von Preußen** verlangten, so wollten sie sich doch hiermit ihre ursprüngliche eigentliche Nationalität vorbehalten wissen ꝛc. — **Michel Chevalier**, in seinem zweiten Briefe über die **Arbeiterfrage** im Debats schlägt der Republik die **Abschaffung des Kriegsbüdgets**

von 575 Millionen Franken vor, weil die Republik im Frieden kein Heer brauche. Frankreich solle dem Beispiele der nordamerikanischen Vereinsstaaten oder der Schweiz folgen. Daß eine Aenderung im Heerwesen nöthig, begreift Jeder. Wird aber Lamartine den Anfang machen? — Das neue Pariser Journal Le salut public theilt in seiner Nummer vom 31. März folgendes Aktenstück mit, das wir in seinen wesentlichen Punkten übersetzen: Adresse der in Paris lebenden Russen an den Kaiser Nikolaus ꝛc. „… Rußland hat keineswegs ein Interesse, dem Westen Krieg zu erklären. Der Adel und das Volk Rußlands würden diesen Krieg mit Verzweiflung sehen. Durch diesen Krieg würde sich Rußland als unversöhnlicher Feind der Freiheit und Civilisation darstellen. Die Russen sind durch ihre begonnene Bildung Kinder des Occidents und gehören Europa an. Sie wollen nicht mit den asiatischen Völkern zusammengeworfen werden. Möge der Kaiser die Bedürfnisse seines Volks anhören. Es ruft überall wie das Pariser am 22. und 23. Februar: „Reform! Reform!“ Es verlangt soziale Reform und Befreiung von 35 Millionen Leibeigener, 64 Millionen Sklaven; Reform in der Verwaltung des Reichs; politische Reformen und Reformen jeder Natur. Rußland war der bewaffnete Arm der heiligen Allianz. Diese Allianz ist mit Metternich gefallen. Der Czar kann sich nicht zum Ritter der gestürzten Fürsten aufwerfen und nicht die umgestürzten Throne Europas wieder aufrichten wollen.“ Paris, 30. März 1848. (Unterschriften.) — Es kann der Ankauf aller Eisenbahnen durch den Staat als ausgemachte Sache betrachtet werden; doch soll der Kaufpreis nicht in Renten, die auf die Bahnen selbst mit etwa 3¼ hypotecirt würden, sondern in 5prozentigen Staatsschuldscheinen ausgezahlt werden, was allerdings ein großer Fehler wäre, da auf diese Weise der Staat in Verlust gerieth (die wenigsten Linien bringen 5 Prozent Benefiz) und in den Händen der Börsenwölfe (Agioteurs) bliebe. — Auch die Portugiesen haben in einer Deputation gestern der provisorischen Regierung gehuldigt und ihre baldige Verbrüderung mit Spanien versprochen. — In Rouen haben die Arbeiter sofortige Ausweisung aller ausländischen Concurrenten verlangt. Uebrigens ist die Stadt völlig ruhig. Dieser Friede ist der Energie Arago's (des Kommissärs) und dem Zwangskurse der Bankbillets zu danken. Auch in Bordeaux ist Alles zufrieden.

Pariser Börse vom 31. März. Die Unbestimmtheit, ob und unter welchen Bedingungen sich der Staat mit den Eisenbahn-Verwaltungen verständigen wird, hemmt immer noch die Geschäftsthätigkeit an unserer Börse. 3proc. 40. 4proc. 50. 5proc. 59¾. Schatzscheine 46. Bank 1150. Pariser Stadt-Oblig. 990. Hypotheken-Kasse 130. Zink-Montagne 2100. Piemont 710. Belgische 5proc. 49½, desgl. 1842ger 50 à 49½. — Der Actienmarkt aus obigem Grunde sehr flau. Versailles rechts 105, links 102½. Orleans 522½. Rouen 340. Havre 200. Avignon 212½. Straßburg-Basel 80. Vierzon 220. Bordeaux 386¼. Nord 322½. Lyon 290. Straßburg-Paris 335. — Nach 4 Uhr keine Notirung.

Paris, 1. April. (Tel. Dep.) Gestern fand hier eine fünfstündige Berathung der Regierung über die militärischen Maßregeln statt. In Metz ist eine Batterie auf den Kriegsfuß gestellt und marschfertig. — Am 29. haben sich von Lyon aus 300 deutsche Arbeiter in Marsch gesetzt; alle ausländischen Arbeiter werden dort vertrieben.

Spanien.

* **Madrid,** 26. März. Diesen Abend soll eine Demonstration der Exaltados stattfinden. (Neuesten Depeschen aus Paris zufolge, hat am Abend die Revolution wirklich begonnen).

Niederlande.

Rotterdam, 28. März. Heute Morgens ging das Dampfschiff „Batavier“ mit dem Herzoge von Montpensier und seiner Familie an Bord nach Spanien ab.

Belgien.

Brüssel, 2. April. (Tel. Dep.) Die belgische Regierung will von der französischen Regierung fordern, daß sie die Bildung revolutionärer Trupps nicht gestatte und ihnen keine Waffen gebe. (A. P. Z.)

Rußland.

* **Warschau,** 1. April. Nach einer Verordnung vom 24. März sind denjenigen Juden aus dem Königreich Polen, welche entweder im Dienste im stehenden Heere invalide geworden sind, oder eine gewisse Dienstzeit durchgemacht haben, zunächst alle diejenigen Vergünstigungen zu gestatten, welche in beiden Fällen dem christlichen Soldaten gewährt werden. Außerdem ist den Juden dieser Kategorie das freie Ansiedelungsrecht in Warschau und allen übrigen privilegirten Städten des Landes gestatlet, ferner sind diejenigen von ihnen, welche Ackerbau treiben, von der Koschersteuer befreit. Endlich ist ihnen noch die Vergünstigung zuerkannt, daß sie Ansprüche machen können auf die niederen Beamtenstellen bei den Staats- und städtischen Behörden, jedoch nur soweit diese Stellen außerhalb der Rangsklassen sind.

Großbritannien.

* Von dem polnischen Comité in England ist uns eine „Adresse der polnischen Emigranten in Großbritannien und Irland an das deutsche Volk zugesandt worden, die wir wegen des jetzt so vielfach in Anspruch genommenen Raumes unserer Zeitung leider nur im Auszuge mittheilen können. Das Comité spricht in ihr im Namen der polnischen Emigranten seinen innigsten Dank an die Deutschen für die Sympathien aus, welche sich jetzt in Deutschland allgemein für die Wiederherstellung Polens kund thun. Es äußert alsdann den Wunsch, daß das deutsche Volk mit Hülfe Gottes bald ein großes, mächtiges unzertrennliches Vaterland, gestützt auf den Grundsätzen, die es selbst verkündigt hat, aufbauen möge. An Polen wäre das Verbrechen seiner Theilung nie begangen worden, wäre Deutschland damals schon so frei gewesen, als es jetzt ist; denn der Gerechtigkeitssinn der Deutschen hätte ein solches für Deutschland selbst unheilbringendes Ereigniß nie zugelassen. Es wird alsdann hervorgehoben, daß Polen in der Entwickelung der europäischen Civilisation eine bedeutende Rolle gespielt habe. Es habe dem Andrange der östlichen Barbaren fortwährend tapferen Widerstand geleistet, und sei noch jetzt berufen, diese geschichtliche Mission zu vollbringen. Darum aber mögen die Deutschen das mächtige Wort, das sie für Polens Freiheit gesprochen, zur That werden und Polen durch ihre Hülfe auferstehen lassen. Nur ein großes, unabhängiges, starkes Polen, auf den Grundsätzen der wahren Freiheit und Gleichheit gestützt, könne den Interessen der Menschheit und der Civilisation entsprechen. Deutschlands eigene Unabhängigkeit, Freiheit und Wohlfahrt könne nur durch ein solches Polen gesichert werden. Datirt ist diese Adresse von London, den 26. März. Unterschrieben sind Christian Lach Szyrma, der Präsident des Comité's; von den übrigen Mitgliedern des Comité's dürfte J. Gielgud der bekannteste sein.

Amerika.

New York, 11. März. Der Senat hat den Frieden mit Mexiko mit 58 Stimmen gegen 16 bestätigt. Noch dürfen die Senatoren das Schweigen über die Verhandlungen nicht brechen.

Lokales und Provinzielles.

** **Breslauer Communal-Angelegenheiten.**
(Auszug.)

Breslau, 4. April. In der heutigen Stadtverordneten-Sitzung wurde darüber debattirt, auf welche Weise die Bürgerschaft ihre alte Liebe und ihr Vertrauen dem jetzigen Ober-Präsidenten bezeigen wolle. Man kam schließlich dahin überein, daß die ganze bewaffnete Einwohnerschaft am nächsten Sonntag um 11 Uhr vom Exercierplatz aus über den Ring, mit klingendem Spiel, vor's Regierungs-Gebäude marschire, der Magistrat und die Stadtverordneten, als Repräsentanten der Stadt, dem Zuge vom Rathhause aus vorangehen und diese Behörden sich in corpore zum Ober-Präsidenten begeben sollen, um dort demselben durch persönliches Erscheinen das Vertrauen der Einwohnerschaft auszusprechen und ein schriftliches Document in diesem Sinne zu übergeben.

△ **Breslau,** 4. April. Um unser Volk über politische und soziale Fragen aufzuklären, und es überhaupt an den, für die über derartige Fragen anzustellenden Debatten so nothwendigen, parlamentarischen Takt zu gewöhnen, ist die Bildung von Klubb's durchaus nothwendig. Diese Ansicht sprach vor Eröffnung der Unterhaltung Ref. in dem am Sonntag Abende in der Stadt Freiburg sich versammelnden Klubb aus, und legte es den Anwesenden dringend ans Herz, daß jeder, der sich dazu berufen fühle, in dem Kreise seiner Bekannten einen Klubb bilde, in dem außer der gegenseitigen Belehrung in politischer und sozialer Beziehung auch Fragen, deren Entscheidung einer großen Volksversammlung vorbehalten bleiben muß, zur Vorberathung kommen können. Die Anwesenden versprachen seiner Aufforderung nachzukommen. Zum Vorsitzenden wurde für jenen Abend Herr Lohse gewählt und Referent zu seinem Assistenten. Letzterer begann die Unterhaltung alsdann mit einem Vortrage über die Nothwendigkeit, daß endlich der Unterschied zwischen Bürgern und Schutzverwandten gänzlich wegfalle und stellte den Antrag, daß der Magistrat aufgefordert werde, provisorische Maßregeln zu treffen, die diesen so gefährlichen Unterschied aufhöben, und in Betreff der gleichmäßigen Vertheilung der Lasten die geeigneten Maßregeln zu treffen. Das Weitere könnte dann von der einzuberufenden Nationalversammlung berathen werden. Herr Lindner erwiderte hierauf, daß man überhaupt erst die aus den Urwahlen hervorgegangene Nationalversammlung abwarten müsse, der das Weitere in Betreff der Kommunalverhältnisse überlassen bleiben könnte. Zunächst hätten wir unser Augenmerk auf die allgemeinen Interessen des Landes zu richten, erst nach diesen dürften wir über Gegenstände von partikulärem Interesse, wie z. B. Kommunalverhältnisse wären, berathen. Herr Lohse widersprach dem, und sprach seine Ansicht dahin aus, daß es nicht nur gut, sondern sogar nothwendig wäre, Zustände schon jetzt zur Sprache zu bringen, die, wenn auch die Gesammtbevölkerung des Vaterlandes nicht betreffend, doch einer dringenden Reform bedürften. Es könnte sonst leicht über dem Allgemeineren das Besondere vergessen werden, und wir, trotz unserer Freiheit als Staatsbürger, als Einwohner in unserem Wohnorte die mittelalterlichen Beschränkungen behalten. Die Herren Meiner, Wagner, Halfpak, Brix sprachen sich für den vom Referenten gestellten Antrag aus, und es wurde entschieden, ihn in einer der nächsten Volksversammlungen zur Debatte zu bringen, in der das Weitere zu entscheiden wäre. Die Unterhaltung ging darauf auf die Konkurrenz der Zuchthäuser mit den freien Arbeitern, und auf die bestehenden Beschränkungen des Wanderns der Gesellen über. Der erste Gegenstand wurde bald erledigt, der andere aber veranlaßte mehrere Redner, ihre Ansichten für und wider das Wandern auszusprechen. Es waren dies höchst interessante Erörterungen, an denen Referent mit um so größerem Vergnügen Theil nahm, als in ihnen meist von Arbeitern viele Gebrechen und Vorzüge der Handwerke mit gründlicher Sachkenntniß besprochen wurden. Ein Redner, Lindner, hob als besondere Schattenseite des Wanderns hervor, daß dadurch mancher Geselle anfänglich durch Noth veranlaßt werde, um Almosen zu bitten. Es wäre für den Arbeiter entwürdigend, um einen Nothpfennig zu betteln, vor jedem besser gekleideten demüthige Kratzfüße zu machen; hieraus ginge ferner hervor die Scheu vor dem Bettelvoigte, der Polizei, die den Bettelnden verfolgt. Daher käme das Michelthum, das dem deutschen Arbeiter auch dann noch, wenn er Meister ist, anklebe, das ihn vor jedem guten Rock sich erniedrigen läßt, und vor jeder Uniform einen devoten Respekt, eine kriechende Unterwürfigkeit einflöße. Darum schlüge er vor, das Wandern einzuschränken. Hiergegen traten mehrere Redner ganz entschieden auf, bedeuteten dem Redner, daß die von ihm entworfene Schilderung eines sich demüthigenden Arbeiters wohl vor mehreren Jahren eine richtige gewesen wäre, jetzt aber durchaus nicht passe. Und dann werde das Betteln um Almosen keine Schande für den Bedürftigen, dagegen aber eine Schande, ein Verbrechen für die Gesellschaft, daß in ihrer Mitte viele Mitglieder keine Arbeit zur Erwerbung von Subsistenzmitteln mehr finden könnten, sondern um letztere demüthig bitten müßten. Herr Nees von Esenbeck machte hierauf der Gesellschaft den Vorschlag, daß sie derartige Fragen, nachdem sie von ihr besprochen, der, von den hiesigen städtischen Behörden ins Leben gerufenen Arbeiterkommission zur weiteren Berathung vorlegen möge, und zu diesem Zwecke eine Deputation aus ihrer Mitte ernenne, welche dies übernehme. Man wollte schon zur Wahl der Deputation schreiten, als Herr Semrau der Gesellschaft zu bedenken gab, daß diese Kommission durchaus nicht kompetent sei, über Arbeiterangelegenheiten zu entscheiden, da sie eines Theils aus Männern bestehe, die aus dem Bürgerstande wären und keine Veranlassung hätten, sich warm für die Angelegenheiten des Arbeiterstandes zu interessiren, anderntheils diejenigen Männer, wie unser allverehrter Nees v. Esenbeck, und einige andere, zwar ein inniges Interesse für den Arbeiter hätten, doch ihrer Zahl nach zu schwach wären, um mit ihren Ansichten in der Kommission durchzudringen. Er trüge darauf an, daß die Arbeiterkommission, wie sie jetzt besteht, als solche nicht anzuerkennen sei, und dies nicht eher, als bis recht viel Mitglieder aus dem Arbeiterstande selbst, und zwar so viel als nöthig sind, um jedes einzelne Gewerk genügend zu vertreten, in dasselbe aufgenommen sind. Ref. stimmte auch für den letzteren Zusatz, jedoch mit der Einschränkung, daß diese Ansicht zunächst von der zu erwählenden Deputation der Arbeiterkommission mitzutheilen sei. Die weitere Berathung über diesen Gegenstand, so wie die Wahl der Deputation wurde, da die Gesellschaft sich nicht einigen konnte, bis zur nächsten Versammlung vertagt. Es entspannen sich nun Debatten, die, wenn auch sehr lehrreich, doch unsern gegenwärtigen Bedürfnissen entfernt lagen, die Gesellschaft schien mit einer gewissen Vorliebe diesen Debatten zuzuhören, daß sie sich einem gewissen Sicherheitsgefühle, das erst nach errungenem Siege statthaft ist, hinzugeben schien. In Referenten stieg die Besorgniß auf, daß dieses Sicherheitsgefühl in dem noch nicht unentschiedenem Kampfe, in welchem unsere Gegner alles aufbieten, um uns zu verderben, nur nachtheilig für unsere Sache sein könnte. Er sah sich daher veranlaßt, der Versammlung seine Besorgniß mitzutheilen, und sie zu bitten, da wir doch außer Verheißungen bisher noch nichts errungen hätten, ja diese Errungenschaft durch die neuesten Ereignisse jetzt gar sehr in Frage gestellt würde, auf der Hut zu sein, und ihre entschiedene, feste Haltung unsern Feinden gegenüber nicht aufzugeben. Herr Semrau stimmte dem Ref. bei, und legte seine Mahnung der Gesellschaft noch dringender ans Herz, er wies ihr da drei Feinde, die wir haben: den vereinigten Landtag, die Russen, die Bourgeoisie, und daß wir nur durch Wachsamkeit ihre gegen uns entworfenen Pläne vereiteln könnten. Diese Mahnungen wirkten, es war plötzlich ein reger, lebendiger Geist in die Versammlung eingezogen. Es traten einige Landwehrmänner auf, die das Verhalten der Landwehr in dieser wichtigen Zeit besprochen wissen wollten. Ueber diese so wichtige Frage

(Fortsetzung in der zweiten Beilage.)

Zweite Beilage zu № 81 der Breslauer Zeitung.

Mittwoch den 5. April 1848.

konnte in jener Versammlung, da es schon spät war, nicht mehr debattirt werden. Man beschloß daher, eine allgemeine Arbeiterversammlung im Saale des russischen Kaisers auf den folgenden Tag (Montag) anzuberaumen, und diese Frage zu besprechen.

Die Versammlung im Saale „zum russischen Kaiser" begannen gegen etwas nach 7 Uhr. Herr Asch wurde zum Vorsitzenden gewählt. Er brachte, als den uns am nächsten liegenden Gegenstand, den gestern hier bereits bekannt gewordenen Entwurf des neuen Wahlgesetzes zuerst zur Sprache. Der § 1 wurde Gegenstand einer sehr ausführlichen Besprechung. Herr Asch gab zu bedenken, daß die Bedingung des einjährigen ordentlichen Wohnsitzes einen großen Theil der Arbeiter, welche als Gesellen auf Reisen sich befanden und hiebei selten einen mehr als einjährigen Aufenthalt an einem Orte hätten, von dem Wahlrechte ausschließe. Ferner könnte der Passus, daß derjenige, „welcher ohne eigenen Hausstand in einem dienenden Verhältnisse Lohn und Kost bezieht" ebenfalls vom Wahlrecht ausgeschlossen sei, leicht doppelt gedeutet werden, nämlich, daß hierunter bloß Dienstboten im eigentlichen Sinne des Wortes, oder auch, daß selbst Gesellen, welche häufig keinen eigenen Hausstand besitzen und bei andern auf Schlafstelle sind, ja oft bei dem Meister Schlafstelle und Kost hätten, in die Kategorie der von dem Wahlrechte Ausgeschlossenen zu rechnen sind. Ferner dürften keine mittelbaren Wahlen, wie der Entwurf sie vorschreibt, sondern unmittelbare Wahlen stattfinden. Herr Brehmer setzte auseinander, daß unter jene Kategorie der vom Wahlrechte Ausgeschlossenen wohl Gesellen zu verstehen wären, da viele von ihnen, wie z. B. Schlosser, Schmiede, Böttcher u. a. von dem Meister außer dem Lohn noch Schlafstelle und Kost empfingen, sonach in einem gewissen Abhängigkeits-Verhältnisse vom Meister sich befänden, so daß sie nach dem Entwurfe von der Ausübung des Wahlrechtes ausgeschlossen wären. Er stimmte ferner dafür, daß der Empfang von Armen-Unterstützung ebenso wenig als der mangelnde Vollbesitz der bürgerlichen Rechte das Wahlrecht jemanden entziehen dürfe. Herr Lindner erklärte dagegen, daß er mit dem Passus, welcher die Almosenempfänger von der Ausübung des Wahlrechtes ausschließe, übereinstimme; denn Almosen empfangen wäre schimpflich, und diese Bestimmung würde den Almosenempfänger nur aufmuntern, von der Regierung Arbeit zu verlangen, um zur Ausübung des Wahlrechtes wieder berechtigt zu werden. Auch billigte er, daß der Wahlmann den Stimmzettel selbst schreiben müsse, indem hierdurch für ihn ein gewisser Grad von Schulbildung nothwendig, und jeder sonach nach Erlangung einer solchen streben werde. Dem widersprachen bestimmt die Herren Gärtig und Thiel, das Almosenempfangen wäre keine Schande; denn, wer es empfängt, kann entweder wegen körperlicher Schwäche, oder wegen Alters nicht mehr arbeiten. Es dürfe also unter keiner Bedingung irgend eine schimpfliche Nebenbedeutung hiemit verknüpft werden, es wäre ungerecht, den ohnehin schon Bedrückten ihre Lage noch mehr fühlen zu lassen. Sollte aber darauf bestanden werden, daß der Almosenempfänger vom Wahlrechte auszuschließen sei, so müßten folgerecht auch die Pensionaire, bei denen die Pension doch auch nichts weiter als Almosen wären! von derselben Bestimmung betroffen werden. Aber auch die Dienstboten dürften nicht der ihnen auferlegten Beschränkung unterliegen. Herr Mai hielt hierauf einen sehr beherzigenswerthen Vortrag über den Entwurf, und hob hervor, daß die in ihm enthaltenen Bestimmungen nichts wie constitutionelle Kniffe wären, die das Wahlrecht nur einigen Bevorzugten ließen, dem größten Theile der Bevölkerung es aber entzögen. Er müßte aber ferner dafür stimmen, daß in den Entwurf außer den bereits verlangten Erweiterungen noch eine Beschränkung aufgenommen werde, nämlich die, daß Beamte von dem Wahlrechte ausgeschlossen werden müssen. Geschähe dies nicht, so liefen wir Gefahr, daß wir, wie es in Frankreich gewesen, eine Kammer bekämen, in der die Majorität aus Beamten, also aus lauter Kreaturen der Regierung bestände. Ferner machte er gewichtige Bedenken gegen die Bestimmung, daß die Abgeordneten an kein Mandat ihrer Wähler gebunden sein sollen, geltend. Wir bekämen dann eine Versammlung von so und so viel Privatpersonen, und nicht eine Nationalversammlung, die den Willen der Nation repräsentirte. Man müßte daher gegen diesen Entwurf aus allen Kräften ankämpfen, und einen neuen fordern, um so mehr, da die Bourgoisie, in ihrem blinden Fanatismus der Ruhe, sich wohl mit dem vorliegenden Entwurfe begnügen dürfte. Darum beantrage er die Erwählung einer Kommission zur Prüfung des Wahlgesetzes, die alsdann von dem verantwortlichen Ministerium die nothwendigen Aenderungen zu verlangen hätte. — Es traten alsdann noch mehrere Redner auf, die alle gegen den Entwurf sprachen. Hier nahm Herr Asch Veranlassung, der Versammlung das gestern erschienene Extrablatt der Breslauer Zeitung vorzulesen, und sie auf die von Osten uns drohende Gefahr aufmerksam zu machen. Die Versammlung erkannte hieraus, daß wir durchaus auf unserer Hut sein müßten, und vor allen Dingen gegen alle Beeinträchtigungen des Arbeiterstandes energisch zu protestiren hätten. Die von May beantragte Kommission wurde alsbald gewählt, und zwar die Herren Nees v. Esenbeck, Asch, Elsner und May. Herr Asch gab hierauf den Vorsitz an Herrn Semrau ab. Es kam die Frage wegendes Verhaltens der Landwehr zur Sprache. Herr Semrau stimmte dafür, daß die Landwehr den Befehlen ihrer Vorgesetzten, die ja doch nur nach dem Befehl des verantwortlichen Kriegsministers erlassen würden, unbedingt zu gehorchen. Würde sie zu andern Diensten verwandt, als ihr zukäme, nämlich die Wehr des Landes gegen den Feind zu sein, so würde der Kriegsminister sich hierüber vor der Nationalversammlung zu verantworten haben. Die Verantwortlichkeit des Ministers könne jedoch nur nach, nie vor seinen Anordnungen, statthaben. Es traten hiergegen einige Landwehrmänner ganz entschieden auf. Sie erklärten, die Landwehr wolle und müsse es wissen, wohin sie geschickt werden soll, denn sie mißtraue der Regierung, die, wie sie nur zu sehr besorge, Schlesien den Russen preisgeben wolle (?), um durch diese das hier neu erwachte politische Leben zu unterdrücken. Das könne und werde aber die Landwehr nie zugeben, sie wolle im Lande bleiben, um seine Errungenschaften gegen den äußeren und inneren Feind zu schützen, sie wolle die Gränzen gegen Osten schützen, die trotz der drohenden Gefahr ganz entblößt wären, während die französische Gränze gegen unsere Gesinnungsgenossen in Frankreich dagegen von einer starken Truppenmacht besetzt gehalten würde. Einer der Redner fragte die anwesenden Landwehrmänner, ob sie seine Ansicht theilten, worauf sie ein lautes „Ja" erwiederten. Es wurde ferner zur Sprache gebracht, daß man die Landwehr jetzt meist zum müßigen Festungsdienst, wie in Glogau, in Neisse, verwende, während man die Linientruppen zum Polizeidienst auf das platte Land ausschicke; man beschwerte sich über den in Schlesien stattfindenden, unnützen Wechsel der Garnisonen, indem z. B. aus Breslau das 10. Regiment, das meist aus Breslauern besteht, zum größten Theil fortgeschickt, dafür aber das Neisser 22. Regiment, dessen Soldaten den Breslauern fast durchweg fremd sind, einberufen wäre. Diese Maßregeln rechtfertigten nur zu sehr das Mißtrauen gegen die Regierung, und darum müßte man ja auf der Hut sein und sich schlagfertig halten. Die Versammlung ging hierauf auseinander.

Am Schlusse meines heutigen Berichtes bemerke ich noch, daß meine ferneren Berichte über Volksversammlungen und Klubs mehr die in den Versammlungen gewonnenen Resultate als den Gang der Debatten im Auge haben werden. Die Art und Weise der letzteren hat der Leser aus meinen bisherigen Berichten wohl zur Genüge erkannt; ohnedies mehrt sich die Zahl der Versammlungen jetzt in dem Grade, daß es außer der Macht einer Zeitung liegt, über jede einzelne ausführliche Referate zu bringen.

1.— Breslau, 4. April. Nach einem uns zugegangenen Schreiben aus Mertschütz (Kr. Liegnitz) hatte die dortige Gutsherrschaft, aus Furcht vor Excessen, die Flucht ergriffen, ist jedoch auf den Wunsch der Gemeinde bald zurückgekehrt, nachdem ihr von den angesehensten Mitgliedern derselben die Zusicherung gegeben war, sie vor jeder Unbill zu schützen, und an sie überhaupt vor der Umgestaltung der agrarischen Gesetzgebung keine Ansprüche zu erheben. — Die am 30. v. Mts. zurückgekehrte Herrschaft ward unter den lautesten Versicherungen der Liebe und Treue von den Mertschützern empfangen. — Die Gemeinde von Mertschütz wird sich zur Regulirung der Verhältnisse in Verbindung mit mehren andern Gemeinden an die National-Versammlung wenden, und folgende Punkte vorlegen: 1) die Steuer bei dem Ackerbesitz nach der Morgenzahl und bei dem Gewerbe nach dem Einkommen einzuschätzen. 2) Die Landräthe von den mündigen Kreiseinsassen wählen zu lassen. 3) Eine gleichmäßige Repräsentation auf den Kreistagen einzuführen. 4) Die Polizeigewalt auf dem Lande an frei von den Distrikten gewählte Männer zu übertragen. 6) Die Dominien in den Gemeinde-Verband aufzunehmen. 7) Die Au- und Angergerechtsame, als auch die Jagd- und Fischerei-Gerechtigkeit an die Kommunen zu übertragen. 8) Dienste und Abgaben, die nicht auf dem Grundbesitz, sondern auf der Person, oder auf dem Gewerbe ruhen, aufzuheben. 9) Den Gehalt der Geistlichen und Schullehrer zu fixiren. 10) Das Kirchen- und Schulen-Patronat an die Kommune zu übertragen und 11) die Revision der seit 1825 abgeschlossenen Recesse zu veranlassen.

1.— Breslau, 4. April. Man theilt uns mit, daß die Herren von Böhm auf Cunern, Graf Strachwitz, Stephan auf Peiskern, Hillebrand auf Qualwitz nebst den Rustikalbesitzern Richter, Krause, Schiebler, Walter eine Aufforderung zu einer Volksversammlung auf den 4 April unter „deutschen Eichen im Haine bei Winzig" haben ergehen lassen, um darüber zu berathen: ob denn den Städten Berlin und Breslau allein das Recht zusteht, ein Urtheil über das Preußen-Volk auszusprechen, ob es ferner nicht im Interesse aller Landeseinwohner sei, die so vielfach bemängelte gesetzliche Ordnung aufrecht zu erhalten und endlich, ob es nicht der allgemeine Wunsch ist, daß die konstitutionelle Monarchie nach dem Patent vom 19. März d. J. baldmöglichst in volle Kraft trete. — Der uns diese Mittheilung gegeben, macht mit Recht auf das Widersinnige in dieser Aufforderung aufmerksam. Denn wenn jene Herren die konstitutionelle Monarchie wollen, so mußten sie den Städten Berlin und Breslau eine Dankadresse votiren, anstatt deren Handlungsweise zu abhorresciren. Und wenn sie andererseits das gestürzte System zurückverlangen, so ist ihr Wunsch nach konstitutioneller Monarchie unwahr. — Wir können dem Berichterstatter nur vollständig darin beistimmen, daß jene Herren sich weit eher ein Verdienst erwerben können, wenn sie, anstatt ihrer reaktionären Versuche, in den Volksversammlungen die falschen Urtheile und Meinungen zu berichtigen sich bemühten, die jetzt leider auf dem Lande zu den gröbsten Excessen Veranlassung gegeben haben. — Bestrebungen, wie die „unter deutschen Eichen im Haine bei Winzig" sind nur geeignet, die allgemeine Sicherheit zu gefährden und zu untergraben.

---

x. **Aus der Gegend von Dyhrenfurth**, 28. März.*) „Leben wir denn in den Zeiten des Faustrechts oder des dreißigjährigen Krieges? Hat mit der Proklamation der neuen Freiheit alle Ordnung und Zucht aufgehört? Ist die gefürchtete Anarchie schon jetzt eingerissen? Sollen die, welche außer dem täglichen Verdienste noch irgend ein Eigenthum besitzen, fliehen oder mit dem Tagearbeiter ihre Habe gleich gutwillig theilen, um nur das Leben zu retten?" So mußten wir fragen, als eine zahlreiche Rotte verblendeter und durch die geistigen Getränke des „blauen Montags" fanatisirter Arbeiter aus der benachbarten großen Ziegelei tumultuirend und fluchend gestern Abend einen Verheerungs- und Plünderungszug unternahm. Auch sie hatten von der neuen Ordnung der Dinge gehört, wollten erfahren haben, daß die in dem nahen Bresa und an andern Orten verübten Exzesse ungestraft geblieben wären, und zogen nun aus, um denen, von welchen sie nach ihrer Meinung lange genug gepreßt worden wären, einen Begriff davon zu geben, was sie selbst für einen Begriff von „Preßfreiheit" haben; denn es äußerten Einzelne von ihnen, es sei die Preßfreiheit die Freiheit, Andere nach Belieben pressen, d. h. quälen und plündern zu dürfen; Andere erklärten sich dieselbe als die Freiheit von Arbeit und Abgaben. — Ihr erster Angriff galt einem benachbarten Wassermüller. Im Einwerfen der Fenster, in Demolirung der Geräthschaften, in Erpressung und Entwendung von Viktualien und Kleidungsstücken, in einer, alles sittliche Gefühl empörenden, Mißhandlung der Personen sprach ihre Wuth sich aus. — In der angrenzenden Brauerei, deren Besitzer sich alle erdenkliche Mühe gab, die Verblendeten zu belehren und zu beschwichtigen, suchten sie sich neuen Muth zur Fortsetzung ihrer Frevel einzutrinken, bewiesen auch, daß dies ihnen gelungen, in der benachbarten Försterei, deren Bewohner eine noch schrecklichere Behandlung erfuhren, denn die Unmenschen zogen den alten Förster mit einem ihm um den Hals geworfenen Stricke aus seinem Verstecke und seine todtkranke Frau aus dem Bette heraus. Lärmend und heulend zog die wüthende Rotte nun auf der Landstraße dem Dorfe Cranz zu, nahm im Kretscham — natürlich gratis — eine neue Stärkung ein und stürmen auf den Hof des Gutspächters. Mit einem fürchterlichen Steinhagel gegen die Fenster und Thür des herrschaftlichen Wohngebäudes, von entsetzlichem Gebrüll begleitet, kündigten sie ihren Besuch daselbst an und verlangten unter Fluchen und schrecklichen Drohungen, daß man sie einlasse. Es geschah; mit mächtigen Stangen und Knütteln drohend, umringten sie die aus dem Schlafe aufgeschreckten Bewohner. Freundliches Zureden, doch auf eine ruhige, vernünftige Weise ihr Begehren auszusprechen, wurde anfangs mit Faustschlägen erwidert; endlich gelang es jedoch, da Alles sorgfältig vermieden ward, was ihrer Wuth hätte neue Nahrung geben können, und nachdem ihnen die geforderte Summe von zehn Thalern nebst einem Revers, in welchem den Dorfbewohnern, die sie dadurch gewinnen wollten, Erlassung aller Abgaben zugesichert ward, eingehändigt worden war, sie zu beschwichtigen und zum Abzuge zu bewegen, zu dessen Beschleunigung wohl auch die Nachricht von dem Anrücken des, auf Veranlassung unsers Landrathes, in Dyhrenfurth auf einige Tage stationirten, Jäger-Kommandos beitrug. Diesen Jägern gelang es, Einige der Tumultuanten, als sie eben den Dorfmüller ausplünderten, gefangen zu nehmen und zur strengen Untersuchung zu ziehen. Die Arretirungen dauerten auch am folgenden Tage fort, namentlich als eine Schaar dieser Bethörten ihre gefangenen Brüder zu befreien versuchte, und so ist es, nach Habhaftwerdung der Rädelsführer, den, alle Anerkennung und den größten Dank verdienen-

*) Wir haben diesen Bericht, obwohl derselbe verspätet eingeht und für die Zeitung viel zu ausführlich ist, des Gegenstandes wegen ausnahmsweise ohne alle Kürzung aufgenommen, müssen aber bemerken, daß wir künftig nur neueste Nachrichten benutzen können und daß wir aus zu umfassenden Berichten Auszüge zu machen uns erlauben müssen. Red.

den Bemühungen jenes Jäger-Kommandos, unter Leitung des Premier-Lieutenant Grafen v. Dohna, so wie durch die außerordentliche thätige Mitwirkung der Dyhrenfurther Bürgergarde gelungen, die Besorgniß vor der Wiederholung solcher beklagenswerther Auftritte, welche der guten Sache nur schaden können, einigermaßen zu zerstreuen. Wenigstens ist den Leuten dadurch der Wahn genommen worden, die Gesetze würden nicht mehr gehandhabt und die Verbrecher nicht mehr zur Rechenschaft gezogen. — Schließlich darf wohl nicht unerwähnt bleiben, daß, neben aller Zerstörungswuth und Mißachtung der Personen und des Eigenthums, sich auch Zeichen von Humanität und schlesischer Gutmüthigkeit geltend machten. So zogen uns Einige in eine entfernte Ecke des Zimmers und sagten: Halten Sie uns nicht für so schlecht, wir sind zum Mitgehen gezwungen worden, wir würden im Weigerungsfalle todt geschlagen worden sein. Einer der Wüthendsten wollte die Hausfrau mißhandeln, aber durch die beherzten Worte derselben: „Wie, Ihr schämt Euch nicht, ein wehrloses Weib zu schlagen"? fühlte er sich getroffen, warf sich zum Beschützer auf und verhinderte weitere Demolirungen. Einen wahrhaft tragi-komischen Eindruck machte es jedoch, als die Meuterer beim Weggehen die Hand uns reichten mit den — durchaus in aller Einfalt und Unbefangenheit gesprochenen — Worten: „Na, bleiben Se hübsch gesund"!

---

† Aus dem Hirschberger Kreise, 31. März. Die gegenwärtig unter unsern Landleuten herrschende Stimmung ist eine düstere, unheimliche, ja man möchte fast sagen unheilverkündende. Als von Berlin aus der Ruf von der errungenen deutschen Freiheit in unser Gebirge drang, dachten die unter dem Drucke der Feudallasten seufzenden Einwohner der Landgemeinden bei irriger Auffassung der ihnen gewordenen Freiheit zunächst an eine Befreiung von jenen Lasten. Von einer Berichtigung der irrigen Ansichten konnte bei der Gereiztheit der Gemüther keine Rede sein. Alles was von den Verständigern und Gutgesinnten geschehen konnte, war: sich an die Spitze der Gemeinden zu stellen, um durch ihren Einfluß Erpressungen rechtlich ungiltiger Zusagen und grobe Excesse zu verhüten. Ueberall wo dies geschah, blieb es bei friedlichen Demonstrationen; die Gemeinden petirten und die Grundherrschaften gewährten mehrere derselben, darunter auch Gr. M. in Arnsdorf, mehr als die Gemeinden begehren. Nirgends sind, so weit wir von den Vorgängen m hiesigen Kreise Kenntniß erlangt haben, so grobe Excesse verübt worden, wie sie z. B. von Jeltsch und andern Orten berichtet worden. Es war daher auch die Stimmung der Landbewohner nach jenen stürmischen Tagen eine durchaus zufriedenstellende. Man freute sich der erlangten Freiheit und blickte mit neuen Hoffnungen auf die Zukunft. Da erschienen unerwartet die hohen Erlasse der königl. Regierungen oder des königl. Ober-Präsidii der Provinz Schlesien und brachten in der Gemüthsstimmung des Volkes eine so gewaltige Veränderung hervor, daß das Schlimmste befürchtet werden mußte. Zum Glück gelang es dem Landrath des hiesigen Kreises, Hrn. Graf Stolberg, durch einen, die aufgeregten Gemüther der Kreisinsassen beruhigenden Erlaß, worin eine, alle Parteien möglichst zufrieden stellende Regulirung der bäuerlichen Verhältnisse im Wege der Gesetzgebung in nahe Aussicht gestellt wird, den Sturm vor seinem Ausbruche zu beschwören. Wenn Herr Gr. St. sich überhaupt während der kurzen Zeit seiner Amtsverwaltung unsterbliche Verdienste um die Wohlfahrt des Kreises erworben, so hat er sich namentlich in den letztverflossenen schwierigen Tagen die Achtung und Liebe aller Kreisinsassen in einem seltenen Grade zu eigen zu machen gewußt. Wenn wir daher hier den Wunsch aussprechen, daß Herr Gr. St. noch recht lange in seinem gegenwärtigen Wirkungskreise verharren, und das in diesen Tagen aufgetauchte Gerücht von seinem bevorstehenden Amtsaustritte ein leeres sein möge, so glauben wir damit allen Kreisbewohnern aus der Seele gesprochen zu haben.

✱ Maltsch a./O., 31. März. In unserer Nachbarschaft haben sich Gerüchte verbreitet, als hätte die Umgegend von Maltsch aus etwas zu fürchten, es sollen sogar in einem Nachbarorte Piquets gegen eine Ueberrumpelung von uns aus bei Tage und bei Nacht ausgestellt worden sein. Theils hat dies Unwillen erregt, theils hat man darüber gelacht. Da wir aber gestern gegen Mittag und zwar ganz unangemeldet einen Besuch von 201 Mann Infanterie und 24 Kürassieren erhielten, welche schleunigst und zwar ohne Verpflegung einquartiert werden mußten, sehen wir uns doch veranlaßt, folgende Erklärung zu veröffentlichen: Die Bewegung der Gemüther hat auch hier alle ergriffen, hat aber hier die wohlthätige Richtung auf eine feste Anschließung der verschiedenen Stände unter sich selbst und das Bewußtsein hervoegerufen, daß uns zunächst Ruhe und Ordnung Noth thut. Selbst eine Privatsache, welche in gewöhnlichen Zeitläuften durch Selbsthilfe leicht einen Krawall hätte verursachen können, ist auf erbetenes Einschreiten der Behörde auf gesetzlichem Wege friedlich erledigt worden. — Daß ein anderer Ort von hier aus etwas zu fürchten habe, ist eine böswillige Verläumdung. Am Orte selbst ist, und wir können es mit Zuversicht hoffen, wird Ruhe und Ordnung bleiben, eben so glauben wir gegen ein Eindringen von Ruhestörern von Außen her durch uns selbst geschützt zu sein. — Unsern zahlreichen, durch den Stillstand der Geschäfte fast ganz unbeschäftigen Arbeitern ist, Dank den Behörden, die Aussicht gestellt, daß für Beschäftigung gesorgt werden soll. Möchte dies doch so bald als möglich geschehen! Gs.

— h **Glatz,** 3. April. Am 29. v. M. wurde Seitens des Reinerzer Magistrats über Bürgerbewaffnung verhandelt, wobei man die (namentlich von dem Faktor des Eisenhüttenwerkes bekräftigte) Bemerkung fallen ließ, daß der nächste Grund eines Straßenskandals in dem Mangel an Kontrole der Bäcker zu suchen sei. Es wurden hierauf polizeilicher Seits sofort Revisionen veranlaßt, welche denn auch mehr als genügend das Verderbliche jenes Mangels erwiesen und wobei den Bäckern als Ursache dieser Maßregeln besonders jener Faktor genannt wurde. Am andern Tage, als, wie gewöhnlich, die Hüttenarbeiter nach Brodt in die Stadt schickten, wurde ihnen der Verkauf desselben verweigert. Sie machten hiervon ihrem Faktor Anzeige, worauf dieser ihnen rieth, nach Schluß der Arbeit nach der Stadt zu gehen und dem Magistrats-Dirigenten diese Angelegenheit vorzutragen. Es geschah dies denn auch in der besten Ordnung und es wurde dem Verlangen, die Brodte bis vor das Rathhaus zu schaffen, genügt, so daß die Arbeiter zufrieden und ohne die Ruhe im Entferntesten zu stören, wieder abzogen. — Es kommt jetzt nicht selten die Frage zur Sprache, warum der evangelischen Kirchengemeinde nicht auch, wie dies bei allen andern Verwaltungen der Fall, ein jährlicher Rechnungsabschluß gelegt werde. Schon einmal führte diese Angelegenheit zu einer heftigen Debatte, die leicht sehr unfreundliche Folgen nach sich ziehen konnte, indem auf den desfallsigen Antrag eines Gemeindemitgliedes die Antwort erfolgte, daß die Gemeinde keine Rechnung zu fordern habe. Es dürfte eine solche Antwort jetzt nicht mehr zu erwarten stehen.

✱ Glatz, 2. April. Einer, vor mehren Wochen ausgegebenen Kabinets-Ordre zufolge, werden alle Festungen des preußischen Staates retablirt, somit auch die unsrige. Das Brückthor ist sogar gesperrt und jegliche Passage gehemmt. — Für dieses Jahr sollen alle königliche Baue unterbleiben. (?) — Die Umgegend von Glatz wird nach allen Richtungen hin von sogenannten Streifkolonnen ungewöhnlich belebt. Diese Militair-Abtheilungen verlassen bisweilen mehre Tage die Garnison, und haben den Zweck, die Ordnung, Ruhe und Sicherheit des Landes aufrecht zu erhalten, so wie auch Bericht über die Stimmung des Volkes zu liefern. Der Soldat ist bei diesen Beschwerlichkeiten allein auf seinen geringen Sold angewiesen, und darf einen Verpflegungszuschuß nicht beanspruchen. — Man sieht nicht selten auf den Landstraßen Männer fast schaarenweise, mit dicken Knotenstöcken bewaffnet, dahinziehen. Ihr Wesen bekundet eine sichtbare Bewegung. — Vor einigen Tagen erhielt das in Neurode von Bürgern gebildete Sicherheits-Comité 100 Musketen aus unserm Festungs-Depot. — Die in Frankenstein garnisonirende reitende Kompagnie der 6. Artillerie-Brigade ist mobil gemacht worden. — In vergangener Woche fand in dem nahen Kamenz ein ärgerlicher Auftritt statt. Es hatten sich gegen 400 Landleute, welche von der dortigen Herrschaft eine gänzliche Freilassung und Auflösung aller auferlegten Lasten im äußerst drohenden Tone verlangten, zusammengerottet. Der Generalbevollmächtigte der herrschaftlichen Güter sah sich genöthigt, in Abwesenheit der erlauchten Prinzessin alle, selbst die unbilligsten Anforderungen zu genehmigen, und seine Genehmigung sogar schriftlich, wenngleich mit der Bemerkung „erzwungen", auszusprechen. — Die Weissagung eines vor einigen Jahrhunderten im ehemaligen Kloster zu Kamenz lebenden, nach Angabe mit prophetischem Geiste begabten Mönches: „Man wird einst an dieser Stätte ein prächtiges, großartiges Schloß aufführen, aber ein grauenvoller Krieg wird diesen Wunderbau zerstören", verbreitet sich von Mund zu Mund mit nicht geringer Besorgniß.

(Breslau.) Der Intendanturrath Gardt tritt mit dem 1. Juli d. J. auf sein Ansuchen in den Ruhestand und ist ihm von des Königs Majestät als eine Anerkenntniß seiner langjährigen pflichttreuen Dienste der Charakter als geheimer Kriegsrath allergnädigst verliehen; der Intendantur-Assessor Wahnschaffe von der Intendantur des vierten Armee-Corps ist hierher versetzt; der Intendantur-Sekretär Rieck ist zur Intendantur des vierten Armee-Corps; der Sekretariats-Assistent Feldt von der Intendantur des Garde-Corps hierher versetzt worden; der Proviantmeister, Kriegs-Rath Meyer vom Proviantamte zu Breslau, ist auf sein Ansuchen in den Ruhestand getreten; der Proviantmeister, Kriegsrath Körte zu Glogau, wurde zum hiesigen Proviantamte versetzt; der hiesige Lazareth-Unter-Inspektor Schneider ist als Lazareth-Inspektor zweiter Klasse nach Kolberg versetzt, und der Lieutenant a. D. Sand als Unter-Inspektor bei dem hiesigen Garnison-Lazareth interimistisch angestellt worden.

Mannigfaltiges.

— (Berlin.) Zu Arbeitern, welche am Haakschen Markt mit Ausbesserung des Steinpflasters beschäftigt waren, gesellte sich kürzlich ein junger, anständig gekleideter Mann, der den Arbeitern begreiflich zu machen suchte, wie es unbillig sei, daß sie hier so schwere Arbeit verrichten müßten, während Andere spazieren gingen. Von nun an müsse alle Bevorzugung aufhören, und die Müßiggänger müßten gezwungen werden, zu arbeiten. „Sie haben ganz Recht", erwiederte einer der Arbeiter, „und ich denke, wir wollen mit Ihnen gleich den Anfang machen." Zwei Stunden hindurch mußte nun der Fremde im Schweiße seines Angesichts die schwere Ramme führen, bis man ihn zuletzt unter schallendem Gelächter entließ. (Spen. Z.)

Liszt ist von Weimar plötzlich in eigenen dringenden Angelegenheiten (?) nach Petersburg gereist. Uns scheint ein höherer Auftrag dabei im Spiele; soll er vielleicht dem Kaiser von Rußland die Marseillaise mit Variationen à l'Allemagne vorspielen? (D. Z.)

Niederschlesisch-Märkische Eisenbahn.

Bei der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn betrug die Einnahme im Monat Februar 1848 für: 30,768 Personen incl. Passagiergepäck-Uebergewicht, 36,103 Rtlr. 29 Sgr. 5 Pf., aus dem Gütertransport für 1372 Ctr. 16 Pfd. Eilfracht und 139,350 Ctr. 4 Pfd. ordinäre Fracht, so wie aus diversen andern Titeln 57,008 Rtlr. 24 Sgr. 10 Pf., zusammen 93,112 Rtl. 24 Sgr. 4 Pf.

Berichtigung. Nr. 79 Seite 800 der Breslauer Zeitung kommen zwei völlig Sinn entstellende Druckfehler vor: Zeile 19 des Aufsatzes „Wer hat recht" l. st. erwählt, vernichtet. Zeile 23, l. st. Verrichtung, Vernichtung, worauf aufmerksam zu machen ich mich beehre.

Stabelwitz, 3. April 1848. **Gebel.**

Bekanntmachung.

Statt des sonst alle Jahre stattgefundenen Lätare-Umganges der Waisenkinder des Knabenhospitals in der Neustadt und des Kinderhospitals zum heiligen Grabe, sollen auch in diesem Jahre für jedes der Hospitäler die Gaben der Liebe in 2 Büchsen gesammelt werden, wovon eine für die Kinder, die andere zur Unterhaltung des betreffenden Hospitals bestimmt ist.

Wir bringen dies hierdurch zur öffentlichen Kenntniß und richten an alle Einwohner hiesiger Stadt die Bitte:

durch reichliche Spenden auch in diesem Jahre die Theilnahme für beide Waisenhäuser freundlichst zu bethätigen.

Breslau, 31. März 1848.

Der Magistrat hiesiger Haupt- und Residenzstadt.

Inserate.*)

Motto: Tua Pecunia in perditionem tecum!
Daß Du verdammt sei'st mit Deinem Gelde!

Meine lieben Einsassen!

Ihr habt gehört, daß Se. Majestät der König, unser gnädigster Landesherr, die Verminderung des stehenden Heeres und deutsche allgemeine Haut-, Haus-, Hof- und Landwehr, so wie Bürger- und Volksbewaffnung befohlen haben. Es ist unsere heiligste Bürgerpflicht, unserm gnädigsten Herrn und Könige behülflich zu sein, wie und wo wir nur irgend wissen und können! § 1 Land-Recht Th. II. Tit. 9.
§ 13 a. a. Ort. = = Tit. 8.
§ 147 a. a. Ort. = = Tit. 7.

Dieser Pflicht eingedenk, habe ich beschlossen, Euch, zu Eurem Vergnügen und zur Verbesserung Eurer Hausmannskost, die herrschaftliche hohe und niedere Jagd auf Euren Besitzungen, Freibauergütern, Freigärtnerstellen, Frei-, Kutscher- und Käthner-Nahrungen aus eigenem Antriebe gegen eine recht billige jährliche Rente abzutreten und zu überlassen.

Da über die Ablösung des grundherrlichen Jagdregals noch keine Ablösungs-Ordnung bei Uns existirt, so habe ich eine solche für mich zu meinem Privatgebrauch einstweilen entworfen und lade ich Euch ein,

---

*) Die unter der Rubrik „Inserate" befindlichen Aufsätze haben zu mehrfachen Mißverständnissen Veranlassung gegeben. Um diese ein für alle Mal zu beheben, bringen wir in Erinnerung, daß für alle diejenigen Aufsätze und Anzeigen, welche unter dieser Rubrik stehen, die Redaktion keinerlei Verantwortlichkeit übernimmt. Wir halten uns aber schon im Interesse der freien Meinungsäußerung für verpflichtet, auch Aufsätze politischen Inhaltes, welche aus einem von dem unsrigen abweichenden Standpunkte hervorgegangen sind, gegen Bezahlung der Insertionskosten wenigstens auf so lange in unsere Zeitung aufzunehmen, bis die gegentheiligen Ansichten durch ein eigenes Organ vertreten sind, wogegen in der eigentlichen, von der Redaktion vertretenen Zeitung in Zukunft nur solche Artikel Aufnahme finden können, welche mit unserer offen ausgesprochenen Tendenz nicht im Widerspruche stehen. Red.

den 7. Mai — Miser. Dom. — Nachmittags 3 Uhr in meinem Geschäftszimmer hierselbst zu erscheinen, um das Weitere und Nähere mündlich mit Euch in aller Güte zu verhandeln.

Meine patriotisch gesinnten, sehr geehrten Herren Provinzial- und Kreismitstände bitte ich ergebenst, ein Gleiches zu thun!

Die etwaigen Dissentienten wollen gütigst ihre Adressen in der Expedition des Blattes abgeben lassen. Qui, diebus quatuordecim frustra elapsis, tacet, mihi consentire videtur!

Schloß Siegersdorf bei Sagan (— 9 Stunden von resp. Breslau, Berlin, Dresden), den 2. April — Lätare 1848.

Der Bürger, Armen-Kommissar
Alfred Kalkreuth, Graf von Siegersdorf und Döring.

Es nehmen seit einiger Zeit die Breslauer Kommunal-Behörden einen Ton der Bevormundung über alle Angelegenheiten der Provinz an, der ganz eigenthümliche Herrschafts-Gelüste zu verrathen scheint. So haben in der Sitzung der Stadtverordneten vom 31. März Beschlüsse über Anträge in Betreff der Reorganisation der Kreisbehörden 2c. stattgefunden. — Glaubt vielleicht die Stadtverordneten-Versammlung von Breslau, daß die Bewohner des flachen Landes und der Provinzialstädte der neuen politischen Freiheit noch so unkundig sind, um eine neue Art Bevormundung durch die Stadtverordneten in Breslau zu erdulden, nachdem die lästige Bevormundung durch die Büreaukratie aufgehört hat? Oder halten sich die Breslauer Stadtverordneten für berufen zur Vertretung der Interessen der Provinz?

Kiesewetter, Gerichtsscholz. Materne auf Hennigsdorf. v. Lattorff zu Haasenau. Hoffmann, Erb- und Gerichtsscholz zu Kottwitz. Robert Dröscher. Gottfried Hantke. Julius Hübner. Dittmann, Gerichtsscholz zu Hennigsdorf. Klotz, Gerichtsscholz zu Kunzendorf. Kalotschke, Gerichtsscholz zu Liebenau. Heinke. Majunke. Kippke. Schencke. Helm. Lachmann auf Sponsberg. Hänel, Gerichtsscholz. Joachim, desgl. Kühn, desgl. Hippe, desgl. Kipke, desgleichen. Werner. Willert auf Rux. von Schuckmann.

Eine Stimme der Landbewohner aus der Umgegend von Oels.

Es beliebt jetzt sehr Vielen sich öfters der beinahe stereotypen Redensart: „das Volk wünscht es — das Volk will es 2c.“ — zu bedienen, wenn sie irgend einen politischen Zeitungsartikel der Feder entfließen, oder eine Adresse an Se. Majestät vom Stapel laufen lassen. Daß man hierbei einseitig verfahre, davon bin ich fest überzeugt; denn man müßte, um den Willen des Volkes kennen zu lernen, aus den verschiedenen Kreisen Schlesiens verbürgte Meinungen einholen, sie zusammenstellen, summiren und dann erst urtheilen. Erschallen Stimmen für oder gegen eine Idee aus allen Gegenden Schlesiens und zwar vom Dörfler wie vom Städter, dann lege man Volkswünsche in den Zeitungsspalten oder an den Stufen des Thrones nieder. Oder haben die zwei Millionen Landbewohner keine Stimme im Rathe der Städte? Sind sie noch nicht emancipirt? Da Landleute bis jetzt fast noch gar nicht in den so vielfach bewegten Zeiten ihren Willen kund gegeben haben, so muntere man sie doch dazu auf, wenn man ihre Meinung zu erfahren für nöthig hält.

Da ich die politische Richtung der Landbewohner meiner Gegend sorgfältig erforscht habe, so erlaube ich mir noch folgende Bemerkungen. Zuvörderst bin ich ganz und gar einverstanden mit den Ansichten des Schulzen Siebeneicher aus Lilienthal bei Breslau (Bresl. Zeitung Nr. 76 S. 774). Dann halte ich nach meinen Beobachtungen eine deutsche Republik und Verbrüderung mit den Polen für Illusionen. Ferner, würde uns eine Volksbewaffnung wenig Schutz gewähren, denn der besitzende Landmann äußert unverholen, daß, wenn ein innerer oder äußerer Feind ein Nachbardorf, oder wohl gar sein eigenes bedrohe, er Haus und Hof nicht verlassen könne und wolle. Nur der Besitzlose schlägt sein Leben in die Schanze ohne lange zu überlegen, den Besitzenden fesseln heilige Pflichten an seinen heimischen Heerd. Die meisten der in Berlin Gefallenen waren Besitzlose. Ehe ich schließe will ich ich nur noch erwähnen, wie sich hier viele Leute das Wort Preßfreiheit deuten. Sie meinen: Unser König hat uns durch Preßfreiheit von Allem frei gemacht, was uns preßt, z. B. von Feudallasten. — Nun noch ein Wort an euch ihr tausende von Schlesiens Landgemeinden! — Haltet ihr noch mit großer Liebe und Treue an eurem angestammten Landesvater fest, stimmt ihr noch mit kräftiger Brust unser: „Heil Dir im Siegerkranz“ statt der Marseillaise an: — so legt eure Gesinnung nieder in diesen Blättern, damit man weiß, was Schlesiens Volk will, damit unser geliebter König weiß, auf wen er rechnen kann!

Zur Arbeiter-Angelegenheit.

Wir lesen jetzt täglich in öffentlichen Blättern von Berathungen zur Verbesserung der Lage der arbeitenden Klasse, wir sehen hierzu Männer an die Spitze treten, welche in Folge ihrer Gelehrsamkeit wohl im Stande sein mögen uns zu erklären, warum der Hallei'sche Komet seinen Schweif hinten statt vorne hat, sie mögen uns erklären, warum die Maikäfer Baumblüthe statt eingemachter Kirschen lieben, sie mögen im Stande sein in der arabischen, chinesischen und chaldäischen Sprache, Berathungen zur Verbesserung der Verhältnisse dieser Klasse zu halten, ob aber diese gelehrten Herren etwas Abhelfendes zu Tage fördern werden, glauben wir um so mehr bezweifeln zu dürfen, als wir gesehen, daß sie seit drei Jahren sich vergeblich mit dieser Frage abgemüht haben. Männer vom Fach, Arbeitsgeber müssen nach unserer Ansicht zusammentreten und euch ihr gelehrten Herren zu den Berathungen als Zuhörer einladen, ihr würdet dann hören, daß es eure Sorge sein müsse, zuerst die Lage der Arbeitgeber zuverbessern, als da sind alle kleinen Fabrikanten und Meister, welche trotz ihren drückenden Verhältnissen gezwungen sind, Arbeiter zu halten, und für schwere Arbeit zu lohnen. Befreit diese von dem alles verschlingenden Konkurrenten in Berlin, dessen Etablissements in Breslau, Erdmannsdorf, Oranienburg und vielen anderen Orten, welche dieselben schon jetzt ihrem Ruin nahe gebracht haben; erklärt seine Kapitale zum Nationaleigenthume, gründet daraus Kredit-Institute und Pensions-Fonds, letztere nicht für Offiziere und hochbesoldete Beamte, sondern für ausgediente invalid gewordene Arbeiter. Bei solchen Hülfsmitteln und Aussichten wird der kleine Fabrikant und Meister seine Verhältnisse verbessern, seinen Arbeitern höhere Löhne gebe können und diese werden eine ruhige Aussicht für die Zukunft haben; sorgt aber auch, daß Seelsorger und Schulmänner aus Staatsmitteln besoldet werden, gebt die Kirche und den Volksunterricht frei, und habt ihr dies alles erwirkt, so wird nach unserer Ansicht die Lage der arbeitenden Klasse sich schon von selbst verbessern.

C.............n, im April 1848. **P.**

Ruf an Deutschland.

Die Fesseln sind gesprengt, erhebe Deine Schwingen,
Du weißer Aar, Polonia's Schirm und Schild;
Ein Leitstern zieh' voran, hilf Deinem Volk erringen,
Wonach es lang sich sehnt, was ihm das Höchste gilt:
Die Freiheit, die der Westen kühn erstrebet
Und die den Osten nun auch neu belebet.

So vieler Jahre Druck, des Elends und der Leiden,
Was haben sie aus diesem Volk gemacht,
Aus einem Volk, das zu Sobieski's Zeiten
Wien, Deutschland selbst den Frieden hat gebracht?
Durch Rußlands Tyrannei beschimpft und ausgesogen
Ist dieser edle Stamm, und um sein Glück betrogen.

Und Du, Germania, Du solltest dazu schweigen,
Und dulden fürder noch, daß Polen man entehrt?
Die Bruderhand wirst Du dem Nachbar reichen,
Und kämpfen für Erstehung seiner Väter Heerd.
Die Sympathie der Welt, sie heißt Dich streiten
Und wird, kein Zweifel, Dich zum Sieg geleiten.

Drum auf und zögre nicht, verkünd' es Deinen Gauen,
Dein Wille sei's, daß Polen neu erwach',
Sag' diesem Heldenvolk, es könne auf Dich bauen,
Du sei'st bereit zu sühnen seine Schmach.
Freiheit, Gerechtigkeit, sollt herrschen Ihr auf Erden,
So müßt Ihr auch dem Stamm der Polen werden!

Breslau. **J. N. Fritz**, aus Frankfurt am Main.

Theater-Repertoire.

Mittwoch: **Kunstproduktion des Herrn Amodio Neupert vom Astley-Royal-Theatre in London.** — Den Anfang macht: **„Die Liebe im Eckhause.“** Lustspiel in 2 Akten von A. Cosmar. Dann: **Die japanischen Spiele** auf Pyramiden von Krystall-Karaffen auf einer Höhe von 12 Fuß, ausgeführt von Herrn Amodio Neupert. Zum Schluß, zum 12ten Male: **„Ein Stündchen in der Schule.“** Vaudeville-Posse in einem Aufzuge, nach Lockroy von W. Friedrich. Musik arrangirt von E. Stiegmann.

Donnerstag: **„Vicomte Letorieres“**, oder **„Die Kunst zu gefallen.“** Lustspiel in 3 Aufzügen, frei nach Bayard von Karl Blum.

Verlobungs-Anzeige.
(Statt besonderen Meldung.)

Die Verlobung unserer ältesten Tochter Marie mit dem Lieutenant von Splawa Neumann in der 5ten Artillerie-Brigade, beehren wir uns unseren Freunden und Bekannten ergebenst anzuzeigen.

Schweidnitz, den 4. April 1848.

Jungmann,
Hauptmann der 5ten Artillerie-Brigade,
nebst Frau.

Entbindungs-Anzeige.

Die am 3ten d. M. erfolgte Entbindung meiner Frau von einem Knaben, zeige ich statt besonderer Meldung hiermit ergebenst an.

Breslau, 4. April 1848.

Fränkel, Justiz-Rath.

Entbindungs-Anzeige.
(Statt besonderer Meldung.)

Die heute Mittag erfolgte glückliche Entbindung meiner lieben Frau Amalie, gebornen Sauer, von einem muntern Mädchen, beehre ich mich ergebenst anzuzeigen.

Breslau, 4. April 1848.

F. A. Voigt.

Entbindungs-Anzeige.

Heute früh $\frac{1}{4}$ 6 Uhr wurde meine liebe Frau Minna, geb. Sack, von einem gesunden Knaben glücklich entbunden.

Glatz, 2. April 1848.

v. Frankenberg I.,
Lieut. 23. Infanterie-Regts.

Todes-Anzeige.

Heute früh 5 Uhr starb mein Sohn, der Kaufmann August Jakob in dem Alter von 29 Jahren, an den Folgen des Nervenfiebers und hinzugetretener Gehirnentzündung. Tief betrübt zeige ich dieses Verwandten und Freunden, um stille Theilnahme bittend, ergebenst an.

Breslau, den 3. April 1848.

S. W. Jakob.

Todes-Anzeige.
(Statt besonderer Meldung.)

Gestern Abend $10\frac{1}{2}$ Uhr entschlief sanft am Schlagfluß unser heißgeliebter Gatte, Vater, Schwiegervater und Großvater Herr Johann Karl Ossig im vollendeten 60sten Lebensjahre. Um stille Theilnahme bittend zeigen dies allen Verwandten und Freunden ergebenst an: die Hinterbliebenen.

Breslau, den 4. April 1848.

Todes-Anzeige.

Am 1sten d. Mts., Nachts 1 Uhr, starb unser theurer Gatte und Vater, der O.-L.-G.-Calculator Hoben, am Lungenschlage, im 74. Jahre seines Lebens. Tief betrübt widmen Freunden und Bekannten diese Anzeige:

die Hinterbliebenen.

Breslau, den 4. April 1848.

Warnung.

Der Unterzeichnete sieht sich veranlaßt, hierdurch bekannt zu machen, daß er Schulden, welche auf seinen Namen, ohne spezielle von ihm eingeholte Genehmigung gemacht werden sollten, niemals anerkennen wird.

Breslau, den 4. April 1848.

Ernst Grosser.

Mein Comptoir ist jetzt Junkernstraße 17.

J. F. Köhlisch.

Mehrere erfahrene Brennerei-Inspektoren, welche sich nachträglich mit den neuesten Fortschritten in der Brennerei und Kartoffel-Bierbrauerei in dem von mir zu Berlin vorgestandenen landwirthschaftlich-technischen Institute vertraut gemacht haben, kann ich den Herren Gutsbesitzern zur Leitung von Brennereien bestens empfehlen.

Dr. W. Keller in Berlin,
Holzgartenstraße 5.

Eine Hypotheke von 1000 Rtlr. ist zu verkaufen mit Verlust bei J. Reinholz in der goldenen Krone Nr. 29, ohne Einmischung eiues Dritten.

Landwirthschaftliches Institut in Jena.

Die Vorlesungen des nächsten Sommerhalbjahres werden in diesem Institute am 8. Mai beginnen. Nähere Nachricht über die gegenwärtige Einrichtung dieser Anstalt findet man in der vor kurzem erschienenen Schrift **„Nachricht von dem landwirthschaftlichen Institut zu Jena“ u. s. f.** Jena, 1848. Fr. Frommann. 2 Sgr. — Wer dieses Institut besuchen will, hat sich bei dem unterzeichneten Direktor zu melden.

Jena, am 30. März 1848. **Friedrich Schulze.**

Brücke in der Taschenstraße.

Der mit dem Kaufmann Reinhold Reimann über die **Erhebung des Zolles** geschlossene Pachtvertrag läuft am 23. Juli d. J. ab. Die fernere **Verpachtung** soll auf Licitation erfolgen. Zu dieser steht Termin

am 28. April d. J. 5 Uhr

auf dem Fürstensaale an. Die Bedingungen sind bei dem Rathhaus-Inspektor Klug einzusehen.

Zugleich werden die **Aktionäre** nach § 21 der Statuten zu diesem Termine zur Wahl des Pächters eingeladen.

Breslau, den 1. April 1848.

Der Vorstand des Aktien-Vereins.

Schulze, bezauberte Rose, m. 7 K. Hfrz. $1\frac{1}{3}$ Rtl. Grün, Gedichte, Hfrz. 1 Rtl. Rotteck, Weltgesch. in 9 B. Hfrz. 1842. 4 Rtl. Dies. in 2 B. m. 4 K. 1846. $1\frac{5}{6}$ Rtl. Schmalz, Haussekretär 1846. Hfrz. $1\frac{1}{6}$ Rtl. Thiers, Hist. de la Révolution française. 2 Vol. 1844. 5 Rtl. Payne's Universum, 5r Jahrg. 1846. $1\frac{2}{3}$ Rtl. Brand, Amtsblatt-Extrakt m. Repertorium, Ldp. $7\frac{1}{2}$ f. $3\frac{1}{4}$ Rtl. Gesetzs. 1810—46 incl. nebst Reg. geb. 18 Rtl. Köhler, Chemie in technischer Beziehung, 1846. $1\frac{1}{3}$ Rtl. H. Joseph, kaufmännisches Rechenbuch, 1846. $1\frac{1}{4}$ Rtl. Brand, das Dorf-Buch, 1840. Ldp. $2\frac{1}{6}$ f. $1\frac{1}{6}$ Rtl. Allioli, heilige Schrift in 1 B. eleg. Hfrz. 1842. Ldp. 6 f. 4 Rtl. Bei Friedländer, Kupferschmiedestraße Nr. 40.

Handlungs-Bücher

sauber liniirt und in engl. Federrücken eingebunden, empfehlen in großer Auswahl zu billigen Preisen: **Klausa und Hoferdt,** Ring Nr. 43.

Eine zeitgemäße Erscheinung.

Bei **P. Th. Scholz** (Kupferschmiedestraße Nr. 17, in den vier goldenen Löwen) ist erschienen, in Steinau bei Ottomar Gösgen:

Ueber die Ablösung der Handdienste und Servituten der Robothgärtner in Schlesien.

8. geh. Preis 2 Sgr.

Der Ausverkauf

von zurückgelegten Schnürmiedern à 1 Rthl. bis 1 Rthl. 15 Sgr. ist bei

Bamberger, Schweidnitzer Straße in der Pechhütte.

Conservationsmieder mit Luft gefüllt, für schiefgewachsene Personen, à 2 Rthl. 15 Sgr. bis 3 Rthl.; so wie auch Mieder für Knaben und Mädchen, wo der Körper sich sehr conservirt, sind vorräthig und werden auch Bestellungen angenommen. Zum Maaß bedarf ich ein passendes Kleid nebst Bemerkung des Wuchses.

Buchhandlung Ferd. Hirt in Breslau u. Ratibor.

Bei Otto Wiegand in Leipzig ist eben erschienen und in **Breslau** und **Ratibor** bei **Ferdinand Hirt**, in Krotoschin bei Stock vorräthig:

Die neue Zeit.

Supplemente zu

Wigand's Conversations-Lexikon.

Herausgegeben von den

ausgezeichnetsten Gelehrten und Publicisten Deutschlands.

Erstes Heft. Preis 5 Sgr.

Inhalt: Der deutsche Bund im Jahre 1848 und das deutsche Parlament. Von J. Weiske. — Die französische Republik. Geschichte der denkwürdigen Tage des Februar 1848. Von R. Solger. — Deutschland im Jahre 1848. Von L. Meyer. Der Sonderbund der ultramontanen Schweizerkantone, seine Veranlassung, seine Tendenzen und seine Auflösung. Von J. Fröbel. — Die Städtefrage in Ungarn. Von Sz. — Chloroform. Von A. Göschen. — Das Erscheinen der Cholera im Jahre 1848. Von A. Göschen.

In der Arnoldischen Buchhandlung in Dresden und Leipzig ist erschienen und in allen Buchhandlungen zu erhalten, in **Breslau** und **Ratibor** bei **Ferdinand Hirt**, in Krotoschin bei Stock:

Die verschiedenen Brennstoffe und zweckmäßigsten Feuerungsapparate,

oder Vorschläge, wodurch unsere Forsten auch ferner im Stande sein werden, der gesteigerten Holzconsumtion immer Genüge zu leisten und mit der geringsten Menge Brennmaterial die höchstmögliche Hitze in unseren Feuerungsstätten hervorzubringen.

Von **C. G. Quarizius**. Gr. 8. Broch. 15 Sgr.

In der Buchhandlung von **Ferdinand Hirt** in **Breslau** und **Ratibor**, so wie bei Stock in Krotoschin, Kuhlmey in Liegnitz, C. Flemming in Glogau, Heege in Schweidnitz und in allen übrigen Buchhandlungen ist zu haben:

Liersch, A., Anweisung, äußerst einfache und faßliche, wie Jedermann sich den Bedarf des Zuckers aus Runkelrüben für den Preis von höchstens 2½ Silbergroschen das Pfund selbst bereiten kann; besonders für Destillateure, Conditoren und Restaurateure. 6 Sgr.

(Für jeden Geschäftsmann nützlich.)

Montag, J. B., die Lehre der Wechsel, Anweisungen, Schuldscheine und der Wechselrechnung, als Wechselreduktions- und Wechselgewinn und Verlust, Rechnung mit 12 Schemata's zu Wechseln, Anweisungen und Schuldscheinen. 2te Aufl. 20 Sgr.

(Ein Buch für Gesunde und Kranke.)

Rötel, Dr., das Ganze der Wasserheilkunde. Eine auf mehrjährige Erfahrung gegründete Anleitung, wie das kalte Wasser von Kranken und Gesunden vernünftig zu gebrauchen. Nebst einem Anhange, die Selbstbefleckung, den weißen Fluß und die geschwächte Mannskraft durch den Gebrauch des Wassers zu heilen. 4te Aufl. 15 Sgr.

(Für Branntweinbrenner und Destillateure.)

Rudolphi, A., die Destillation auf kaltem Wege, oder vollständige Anweisung, alle Sorten doppelter und einfacher Branntweine und Liqueure auf kaltem Wege eben so gut, und 20% billiger, als auf der Blase zu bereiten. Ingleichen alle Sorten Rum um 25% billiger, als auf gewöhnliche Weise herzustellen. Dritte Auflage 15 Sgr.

Ernst'sche Buchhandlung in Quedlinburg.

Auch in Brieg bei Ziegler, — Glogau bei Hirschberg, Bunzlau bei Appun und Julien, Grünberg bei Weiß vorräthig.

Unterkommen-Gesuch.

Ein theoretisch und praktisch gebildeter **Forstmann**, in den Vierziger Jahren, militärfrei, verheirathet, jedoch kinderlos, welcher seit 24 Jahren an verschiedenen Orten, kleinere Forsten als Förster und größere als Oberförster, selbstständig verwaltet hat, auch gründliche geometrische und andere kameralistische Kenntnisse besitzt, wünscht Johannis d. J. eine dergleichen Stellung anzutreten, da derselbe die bis jetzt innehabende freiwillig aufgiebt. Herr Kaufmann **C. J. Bourgarde** in Breslau, Schuhbrücke Nr. 8, wird so gütig sein, auf geneigte Anfragen die erforderliche Auskunft zu ertheilen.

Runkelrüben-Saamen,

weiße kurze dicke Magdeburger, 47er Ernte, desgl. rothe Wiener Tellerrüben. Ferner Erdrüben, Stoppelrüben, Futtermöhren, Pastinaken, türkischen Weizen, Weißkraut, sowie alle übrigen Gemüse- und Blumen-Samen empfiehlt in bester Güte zu den billigsten Preisen zur geneigten Beachtung:

Eduard Monhaupt,
Schweidn. Vorstadt, Gartenstr. 6, Breslau.

Zu verkaufen ist ein starker Bretterwagen und eine Chaise, beide fast neu und mit eisernen Achsen versehen, nebst 2 Arbeitsgeschirren. Das Nähere Schweidnitzer Stadtgraben Nr. 23, par terre rechts.

Von jetzt ab wohne ich Ring No 37, Grüne-Röhrseite, schräge-über der Röhre.

C. A. Ludwig
Wappen-Stempel & Schrift-Graveur

Anzeige.

Es haben sich Personen erdreistet, mit einer Büchse herum zu gehen, mit einem Schreiben des Zimmergewerks, und Gelder für die Gesellen erbettelt und eingeholt; dies zeigen wir einem hiesigen Publikum an, daß es keiner von unseren Gewerks-Altgesellen gethan hat, sammeln zu schicken. Wir bitten vielmehr, solche Personen anzuhalten und dem Gericht zu überliefern.

Vogt, Zimmer-Altgesell.

Pöpelwitz in der Erholung.

Heute Mittwoch den 5. April: Trompeten-Concert. **Schröter.**

Stroh- und Bordüren-Hüte werden schön und billig gewaschen und modernisirt, Ohlauer Straße Nr. 84, erste Etage.

Ida Kölling.

Stroh- und Bortenhüte

werden mit Krepp gefuttert und garnirt für 5 Sgr., bei **Elise Wespe,**
Ohlauerstraße im rothen Hirsch.

Starke tragbare Aepfelbäume empfiehlt billigst: **E. Breiter**, Handelsgärtner,
Roßgasse neben dem Schießwerder.

על פסח

Zu dem bevorstehenden Osterfeste empfehle ich feinen Hutzucker zu 5½ Sgr. pr. Pfd., weißen Farin zu 5 Sgr., Klimpchen zu 6 Sgr., schönste gebackene Pflaumen zu 2 Sgr., große Birnen zu 2⅓ Sgr., Chokolade eigener Fabrik zu 7½ Sgr., echten Wein-Essig, und mache ich besonders auf meinen ausgezeichnet guten Wein in allen Sorten aufmerksam. **Gotthold Eliason,**
Reuschestr. Nr. 12.

Lehrer **Hübner** ist bereit, außer seinen Schulstunden im Französischen, Flügelspiel, Geometrie, Rechnen, Lesen, Schreiben, Zeichnen 2c. privatim zu unterrichten.

Ohlauer Straße Nr. 1, zur Korn-Ecke, dritte Etage.

Hühneraugen heilt in wenigen Minuten schmerzlos, unfehlbar und radikal:

Auguste Dreiling,
Schweidnitzerstr Nr. 5. erste Etage Nr. 7.

Einen hohen Adel und ein geehrtes Publikum ersuche ich dringend, mich mit **Stickereien** jeder Art, die ich geschmackvoll und so billig wie möglich liefern werde, zu beschäftigen. Das Dutzend Wäsche in gothischer Schrift bin ich erbötig für 6 Sgr. zu zeichnen.

Franziska Lüdecke,
Oderstraße 21, im Hinterhause.

Ein geprüfter, tüchtiger jüdischer Religions-Lehrer ohne Familie, wünscht bei einer Gemeinde oder als Hauslehrer in einer Familie baldigst anzukommen. Empfohlen durch den Herrn Rabbiner Gedalie Tiktin in Breslau.

Pistolen

so wie Zündhütchen auf Infanterie-Gewehre empfiehlt die Waffen-Handlung

Theod. Rob. Wolff, Blücherplatz.

Ediktal-Vorladung.

Auf den Antrag der königl. Intendantur des 6. Armeekorps ist das Aufgebot aller derjenigen unbekannten Gläubiger verfügt worden, welche aus dem Jahre 1847 an nachstehende Truppentheile und Militär-Institute, als:

1) 2. Bataillon (Breslau) 3. Garde-Landwehr-Regiments zu Breslau,
2) Regiments-Oekonomie-Kommission des 10. Infanterie-Reg. zu Breslau;
3) 1. Bataillon 10. Infanterie-Reg. u. der seit dem 25. Januar d. J. damit vereinigten Regiments-Oekonomie-Kasse zu Breslau;
4) 2. Bataillon 10. Infanterie-Regiments und dessen Oekonomie-Kommission zu Schweidnitz;
5) Füsilier-Bataillon 10. Infanterie-Regim. und dessen Oekonomie-Kommission zu Schweidnitz;
6) Die letzterem attachirte Straf-Abthl. zu Schweidnitz;
7) Regiments-Oekonomie-Kommission 11. Infanterie-Regim. zu Breslau;
8) 1. und 2. Bataillon 11. Infanterie-Reg. zu Breslau und deren Oekonomie-Kommissionen zu Brieg;
9) Füsilier-Bataillon 11. Infanterie-Regim. zu Breslau und dessen Oekonomie-Kommission zu Brieg;
10) 1. Kürassier-Regim. und dessen Oekonomie-Kommission zu Breslau;
11) 4. Husaren-Regim., dessen Oekonomie-Kommission und dessen Lazarethe zu Ohlau und Strehlen;
12) 6. Jäger-Abtheilung und deren Oekonomie-Kommission zu Breslau;
13) 6. Artillerie-Brigade, so wie deren Haupt- und Spezial-Oekonomie-Kommissionen zu Breslau, Glatz, Frankenstein und Silberberg;
14) Füsilier-Bataillon 22. Infanterie-Regim. und dessen Oekonomie-Kommission zu Glatz;
15) Füsilier-Bataillon 23. Infanterie-Regim. und dessen Oekonomie-Kommission zu Glatz;
16) Die letzterem bis zum 9. Oktober d. J. von da ab dem Füsilier-Bataillon 22. Infanterie-Reg. attachirte Straf-Abtheilung zu Glatz;
17) 2. Bataillon 7. Infanterie-Regim. und dessen Oekonomie-Komm. zu Schweidnitz;
18) 6. Husaren-Regim. (1. Eskadron) und deren Lazareth zu Münsterberg;
19) 1. Ulanen-Regim., dessen Oekonomie-Kommission und Lazareth zu Militsch;
20) Die selbstständige Straf-Abtheilung zu Silberberg;
21) 11. Invaliden-Kompagnie und deren Kranken-Verpflegungs-Kommission zu Habelschwerdt;
22) Detachement der 12. Invaliden-Kompagnie und dessen Kranken-Verpflegungs-Kommission zu Reichenstein;
23) 1., 2. und 3. Bataillon 10. Landwehr-Regim. incl. Eskadrons und attachirte Veteranen-Sektionen zu Breslau, Oels, Schweidnitz;
24) 1., 2. und 3. Bataillon 11. Landwehr-Regim. incl. Eskadrons und attachirte Veteranen-Sektionen zu Glatz, Brieg und Frankenstein;
25) 2. Bataillon 7. Landwehr-Regim. incl. Eskadron und Veteranen-Sektion zu Hirschberg;
26) Landwehr-Bataillon 38. Infanterie-Reg. incl. Eskadron- und Veteranen-Sektion zu Wohlau;
27) Die Halb-Invaliden-Sektion des 1. Kürassier-, 4. Husaren-, 1. Ulanen-Regim. und der 6. Artillerie-Brigade zu Breslau, Ohlau, Militsch;
28) 6. Gendarmerie-Brigade zu Breslau;
29) 11. Divisionsschule zu Breslau;
30) Garnisonschule zu Silberberg;
31) Garnisonschule zu Schweidnitz;
32) Garnison-Kirchen- und Begräbniß-Kassen zu Breslau, Glatz und Schweidnitz;
33) Die Artillerie-Depots zu Breslau, Glatz, Silberberg und Schweidnitz;
34) Die Garnison-Lazarethe zu Breslau;
35) Die Garnison-Lazarethe zu Glatz, Frankenstein, Militsch, Winzig, Wohlau, Schweidnitz, Silberberg;
36) Die Belagerungs-Lazarethe zu Glatz, Schweidnitz und Silberberg;
37) Das Montirungs-Depot zu Breslau;
38) Das Train-Depot zu Breslau;
39) Das Proviant-Amt zu Breslau;
40) Die Festungs-Magazin-Verwaltungen zu Glatz, Schweidnitz und Silberberg;
41) Die Reserve-Magazin-Verwaltung zu Brieg;
42) Die Festungs-Dotirungs-, extraordinären Festungs-Bau- und eisernen Bestands-Kassen, die extraordinären Artillerie-Bau-Kassen und die Festungs-Revenüen-Kassen in den Festungen Glatz, Schweidnitz und Silberberg;
43) Die Garnison-Verwaltungen zu Breslau, Brieg, Glatz, Schweidnitz u. Silberberg;
44) Die magistratualischen Garnison-Verwaltungen zu Frankenstein, Reichenstein, Habelschwerdt, Münsterberg, Neumarkt, Ohlau, Oels, Strehlen, Hirschberg, Militsch, Winzig, Wohlau und Jauer;
45) die Bureau- und Bibliothek-Kasse der königl. Intendantur,

aus irgend einem rechtlichen Grunde Ansprüche zu haben vermeinen. Der Termin zur Anmeldung derselben steht am

9. Mai d. J., Vorm. 11 Uhr,

im hiesigen Oberlandesgerichtshause vor dem königl. Oberlandesgerichts-Referendarius von Windheim an.

Wer sich in diesem Termin nicht meldet, wird aller seiner Ansprüche an die gedachten Kassen verlustig erklärt und mit seinen Forderungen nur an die Person desjenigen, mit dem er kontrahirt hat, verwiesen werden.

Breslau, den 14. Januar 1848.
Königl. Oberlandesgericht. Erster Senat.
Hundrich.

Subhastations-Bekanntmachung.

Zum nothwendigen Verkaufe des hier Friedrich-Wilhelmsstraße Nr. 7 belegenen, dem Kaufmann Jakob Joseph Schweitzer gehörigen, auf 26,309 Rthl. 10 Sgr. 5 Pf. geschätzten Hauses haben wir einen Termin auf den 5. Juli 1848 Vormittags 11¾ Uhr vor dem Herrn Stadtgerichts-Rath Freiherrn v. Vogten in unserem Parteien-Zimmer anberaumt. Taxe und Hypothekenschein können in der Subhastations-Registratur eingesehen werden. Zu diesem Termine wird der dem Aufenthalt nach unbekannte Johann Heinrich August Breiter hierdurch vorgeladen.

Breslau, den 1. Dezember 1847.
Königliches Stadt-Gericht. II. Abtheilung.

Subhastations-Bekanntmachung.

Zum nothwendigen Verkaufe des hierselbst Nr. 18 der neuen Weltgasse belegenen, den Großbinder Carl Gottlob Simonschen Erben gehörigen, auf 1216 Rthlr. 19 Sgr. 9 Pf. geschätzten Hauses haben wir einen Termin auf den

3. Mai 1848 Vorm. 11 Uhr

vor dem Herrn Ober-Landes-Gerichts-Assessor Wendt in unserm Parteien-Zimmer anberaumt.

Taxe und Hypotheken-Schein können in der Subhastations-Registratur eingesehen werden.

Zu diesem Termine werden die unbekannten Realprätendenten zur Vermeidung der Ausschließung mit ihren Ansprüchen hierdurch vorgeladen.

Breslau, den 6. Januar 1848.
Königl. Stadtgericht. II. Abtheilung.

Proklama.

Da über den Nachlaß des am 26. April 1845 verstorbenen Schiffseigenthümers Ernst Schwarz in Neusalz der erbschaftliche Liquidations-Prozeß eröffnet worden, so werden dessen sämmtliche Gläubiger hierdurch vorgeladen, sich in dem auf den

7. Juni d. J. Vormittags 10 Uhr,

in unserm Gerichts-Lokale angesetzten Liquidations-Termine zu gestellen, den Betrag und die Art ihrer Forderungen anzugeben, die vorhandenen Dokumente urschriftlich vorzulegen und demnächst die weitere rechtliche Verhandlung zu erwarten.

Denjenigen, welche am persönlichen Erscheinen verhindert sind, und denen es hier an Bekanntschaft fehlt, wird der Justiz-Kommissarius Zingel in Freistadt als Bevollmächtigter vorgeschlagen.

Die Ausbleibenden haben zu gewärtigen, daß sie aller ihrer etwanigen Vorrechte für verlustig erklärt und mit ihren Forderungen nur an Dasjenige, was nach Befriedigung der sich meldenden Gläubiger von der Masse etwa übrig bleiben möchte, werden verwiesen werden.

Neusalz, den 23. Januar 1848.
Königliches Land- und Stadt-Gericht.
Schubert.

Nothwendiger Verkauf.

Die zu dem Nachlasse des zu Bögendorf verstorbenen Lehngutsbesitzers Johann Ehrenfried Scholz gehörigen Realitäten:

a) das Lehngut sub Nr. 4 zu Bögendorf auf 13,169 Rthlr. 20 Sgr.,
b) das städtische Freiackerstück sub Nr. 155 auf 2000 Rthlr.,
c) das städtische Freiackerstück sub Nr. 174 auf 880 Rthlr.

gerichtlich abgeschätzt, sollen

den 23. Juni 1848, Vormittags 10 Uhr,

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden. Taxe, Hypothekenschein und Bedingungen sind in der Registratur einzusehen.

Schweidnitz, den 12. Nov. 1847.
Königl. Land- und Stadt-Gericht.
Schmidt.

Subhastations-Patent.

Das im Fürstenthume Oels und dessen Oels-Bernstädtschen Kreise gelegene, dem Landesältesten Baron von Gilgenheimb gehörige, landschaftlich auf 23,102 Rthlr. 13 Sgr. 7 Pf. abgeschätzte Rittergut Schwierse soll im Wege der nothwendigen Subhastation in termino den

15. Mai 1848 Vorm. um 10 Uhr

in den Zimmern des Fürstenthums-Gerichts an den Meistbietenden verkauft werden.

Die Taxe und der neueste Hypothekenschein können in der Registratur des Fürstenthums-Gerichts nachgesehen werden.

Oels, den 24. September 1847.
Herzogl. Braunschweig-Oelssches Fürstenthums-Gericht. 1. Abtheilung.

Messiner Aepfelsinen

empfing ich in schönster rother süßer Frucht, und offerire davon 20—24 Stück für 1 Rtlr.

Gotthold Eliason,
Reuschestraße Nr. 12.

Dritte Beilage zu № 81 der Breslauer Zeitung.

Mittwoch den 5. April 1848.

Bekanntmachung.

Auf Antrag unten benannter Eigenthümer werden die denselben **abhanden gekommenen Zins-Rekognitionen** über nachbenannte schlesische Pfandbriefe nach Vorschrift der Verordnung vom 16. Januar 1810 hiermit aufgeboten, und etwanige unbekannte Inhaber aufgefordert, dieselben einzuliefern und ihre Ansprüche anzumelden. Sollten gedachte Zinsrekognitionen auch bis zu oder in dem

auf den 31. Mai 1848

anberaumten Präklusivtermine nicht zum Vorschein kommen, so werden dieselben für erloschen geachtet, die unerhobenen Zinsen der Extrahenten des Aufgebots verabfolgt, denselben auch neue Zinsrekognitionen, anstatt der erloschenen ausgefertigt werden.

Die aufgebotenen Zinsrekognitio nen laute über die Pfandbriefe:

a) Mittel-Rostersdorf, LW. Nr. 21 à 100 Rtl. und Stephanshayn, SJ. Nr. 113 à 100 Rtlr. — Extrahent: vormaliger Wirthschafts-Inspektor, jetzt Freigutsbesitzer Müller zu Petschkendorf;

b) Deutsch-Neukirch, OS. Nr. 95 à 600 Rtlr. Grabowka, OS. Nr. 31 à 1000 Rtlr. und Schonowitz, OS. Nr. 3 à 600 Rtlr.;

c) Mittel- und Antheil Nieder-Steine, MGl. Nr. 24 à 1000 Rtlr.;

d) Kieslingswalde, MGl. Nr. 39 à 1000 Rtlr. Extrahent bei b, c, d der Magistrat zu Reichenbach in Schlesien, in Vertretung der Göhlichschen milden Stiftungen.

Breslau, den 11. August 1847.

Schlesische General-Landschafts-Direktion.

F. Graf Burghauß. v. Nimptsch.

Freiwilliger Verkauf.

Die zu Ober-Pritschen sub Nr. 10 belegene Bauerwirthschaft der Wittwe und Erben des Christian Linke, abgeschätzt auf 6858 Rtlr. 17 Sgr., zufolge der, nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Taxe, soll am 7. Juni 1848 Vormittags 10 Uhr an ordentlicher Gerichtsstelle theilungshalber subhastirt werden.

Fraustadt, 19. Oktober 1847.

Königl. Land- und Stadt-Gericht.

Subhastation.

Der zu Klein-Tschansch, Breslau'schen Kreises, belegene, sub Nr. 1 im Hypothekenbuch verzeichnete sogenannte Rothkretscham cum attinentiis abgeschätzt auf 7876 Rthlr. 16 Sgr. 8 Pf., zufolge der nebst Hypotheken-Schein in der Registratur einzusehenden gerichtlichen Taxe, soll

den 7. Septbr. 1848, Vorm. 10 Uhr,

in dem herrschaftlichen Wohnhause zu Klein-Tschansch subhastirt werden.

Breslau, den 19. Februar 1848.

Das Gerichts-Amt Klein-Tschansch.

Bau- und Nutzholz-Verkauf zu Groß Glogau.

Ungefähr 330 der schönsten und stärksten Kiefern Bau- und Nutzholzstücke aus diesjährigem Einschlage, die bei einer Länge von 15 bis 60 Fuß, 14 bis 33 Zoll im mittleren Durchmesser und zusammen einen Inhalt von circa 20,000 Kubikfuß haben, beabsichtigen wir im Wege der Submission an den Bestbietenden zu verkaufen und fordern daher Kauflustige hierdurch auf, ihre diesfallsigen Offerten spätestens bis zum 15. April portofrei bei uns einzureichen. Zugleich bemerken wir noch, daß diese Hölzer zum Theil auf der Verkaufs-Ablage in Glogau unweit der Oder, zum Theil aber in dem 1¼ Meile von der Stadt entfernten Forste lagern und für letztere die Anfuhr nach Glogau nicht höher als 7 Pfg. pro Kubikfuß zu stehen kommen dürfte.

Die Besichtigung kann vom 1. April ab täglich erfolgen und von diesem Tage an auch das betreffende Aufmaaß-Register, von welchem wir auf Verlangen und gegen Entrichtung Kopialien auch Abschriften zu übersenden bereit sind, in unserer Raths-Registratur eingesehen werden.

Groß Glogau, den 17. März 1848.

Der Magistrat.

Subhastations-Patent.

Das zur Bauer Johann Gottlieb Zahnschen erbschaftlichen Liquidations-Masse gehörige Bauergut Nr. 7 des Hypothekenbuches von Tillendorf, abgeschätzt auf 5154 Rthlr. 26 Sgr. zufolge der nebst Hypothekenschein in der Registratur einzusehenden Taxe soll

am 12. Juli 1848 Vorm. 10 Uhr

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden. Bunzlau, den 8. Dezember 1847.

Königliches Stadt-Gericht.

Lachmund.

Bekanntmachung.

In dem hiesigen königl. Anatomiegebäude sollen Montag den 10ten d. M., Vormittags 10 Uhr, 26 Stück noch brauchbare Dachfenster aus Eisenblech an den Meistbietenden gegen sofort baare Bezahlung versteigert werden.

Breslau, den 1. April 1848.

Der k. Bau-Inspektor **v. Roux.**

Nothwendiger Verkauf.

Das Haus Nr. 264 zu Freiburg, dem Eisenbahnhofe gegenüber an der Striegau-Maltscher Kohlenstraße belegen, nach der in unserer Registratur einzusehenden Taxe auf 6600 Rtl. geschätzt, wird den 5. Juli 1848 Vormittags 10 Uhr subhastirt.

Königl. Gerichts-Kommission zu Freiburg.

Auktion von Pferden.

Im Auftrage des hiesigen königl. Pupillen-Kollegii sollen die zum Nachlasse des 2c. Grafen v. Wylich u. Lottum auf Lissa gehörigen Luxus-Pferde (Wagenpferde, Reitpferde, Fohlen und Pony's) **Freitag den 7. April d. J. Vormittags um 11 Uhr** hier vor dem Gasthause zum Schwerdt auf der Friedrich-Wilhelms-Straße an den Meistbietenden gegen sofortige baare Zahlung öffentlich versteigert werden. Kauflustige werden hierzu eingeladen. Vom 5. April d. J. ab stehen die Pferde im Gasthofe zum Schwerdt zur Besichtigung bereit.

Breslau, den 31. März 1848.

Hertel, Kommissionsrath.

Auktion. Am 10. d. M. Nachm. 2 Uhr werde ich auf dem Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahnhofe

eine Partie Guß- und Schmiede-Eisen versteigern. **Mannig,** Auktions-Kommiss.

Wintergarten.

Heute Mittwoch **Abonnements-Concert.** Anfang 3 Uhr. Entree für Nicht-Abonnenten à Person 5 Sgr. **Schindler.**

Maitrankessenz,

wovon wenige Tropfen hinreichen, eine Flasche schönen frischen Maitrank zu liefern, empfehle ich von heute ab gütiger Beachtnng.

Jauer, den 1. April 1848.

Friedr. Seidel.

Weizenstärke.

Einem geehrten geschäftstreibenden Publikum erlaube ich mir hiermit die ergebene Anzeige zu machen, wie nunmehr meine **Weizenstärke-Fabrik** vollständig im Gange ist, und offerire **feine** und **mittle Stärke,** in Gebinden von 100 Pfd. und 50 Pfd. gepackt, zur geneigten Abnahme.

Neisse, den 1. März 1848.

A. Berliner.

Büchsen und Doppelflinten,

Pistolen, Terzerole, Hirschfänger, Patrontaschen haben vorräthig; von

Büchsen mit Hirschfänger

zum Aufstecken ist ein Stück zu 11 Thlr. vorhanden, wonach Bestellungen zur **schleunigsten** und **besten** Ausführung angenommen werden.

Hübner u. Sohn, Ring 35, 1 Treppe.

Nicht zu übersehen!

Ein anständiges junges Mädchen, von angenehmem Aeußern, welches in mehreren Branchen gewandt, sucht ein recht baldiges Unterkommen. Näheres hierüber wird Herr Bibliothekar Jüngling, Kupferschmiedestr. Nr. 37, die Güte haben zu ertheilen.

Ausverkauf

von **Posamentirwaaren,** Garne, Baumwolle und dergleichen findet Blücherplatz Nr. 19, wegen Aufgabe des Geschäfts zu **herabgesetzten** Preisen noch statt.

F. R. B. Finck.

Auch sind die zum Betriebe des Posamentirwaaren-Geschäfts nöthigen Maschinen und Utensilien zu verkaufen.

Mode-Bänder.

Die für jetzige Saison neu erschienenen

Hut-Bänder

habe ich so eben empfangen, welches ich meinen geehrten Kunden und einem hochgeehrten Publikum hiermit unter Zusicherung der möglichst billigen Preise ergebenst anzeige.

Gleichzeitig erlaube ich mir mein wohlassortirtes Weiß-Waaren-, Stickereien- und Spitzen-Lager einer gütigen Beachtung bestens zu empfehlen.

H. Köbner,

Riemerzeile 19.

Lokal-Veränderung.

Meinen geehrten Kunden hiermit die ergebene Anzeige, daß ich jetzt Antonienstraße Nr. 4 im goldenen Ringe, par terre, wohne.

S. Crzellitzer,

früher Neue Weltgasse Nr. 36.

Ausverkauf.

Ein ganzes Strohhut-Lager der neuesten und schönsten Damen-, Mädchen- und Knaben-Hüte soll in dem Hause Grünerõhrseite **32,** in dem früheren Verkaufs-Lokal des Herrn Platzman, bis Freitag geräumt werden, und werden dgl. daher zu den niedrigsten offerirt.

Im Verlage von **Graß, Barth** und **Comp.** in **Breslau** und **Oppeln** ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen, in **Brieg** durch **J. F. Ziegler:**

Der Ritter von Gwynne.

Eine Erzählung aus den Zeiten der engländischen Union,

von **Charles Lever,**

Verfasser von „Harry Lorrequer's Bekenntnisse," „Jack Hinton von der Garde," „Tom Burke," „O'Malley, der irische Dragoner," „O'Donoghue," „Arthur O'Leary," „Die Nevelles von Garretstown" 2c.

Auf Veranstaltung des Verfassers aus dem Englischen übersetzt

von Dr. **G. N. Bärmann.**

3 Bände in 6 Heften. 8. broch. 1 Thlr. 15 Sgr.

Eisenbahn-Geschichten

oder einige Kapitel aus der Romantik der Eisenbahnen,

von **Charles Lever,**

Auf Veranstaltung des Verfassers aus dem Englischen übersetzt

von Dr. Walther. 8. broch. 12 Sgr.

Im Verlage von **Graß, Barth u. Comp.** in **Breslau** und **Oppeln** ist erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben, in **Brieg** bei **Ziegler:**

Kurze Anleitung
zum künstlichen Holz-Anbau

von **Julius v. Pannewitz,** königl. preuß. Oberforstmeister.

Zweite vermehrte Auflage, nebst Anhang, enthaltend die Vergleichung der verschiedenen Maße, Gewichte und Münzen mit den preußischen.

8. Geh. 12 Sgr.

Im Verlage von **Graß, Barth** und **Comp.** in **Breslau** und **Oppeln** ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen, in **Brieg** durch **J. F. Ziegler:**

Die Dichtkunst und ihre Gattungen.

Ihrem Wesen nach dargestellt, und durch eine nach den Dichtungsarten geordnete Mustersammlung erläutert

von

August Knüttell,

Prediger an St. Barbara zu Breslau.

Mit Rücksicht auf den Gebrauch in Schulen.

Zweite, verbesserte und vermehrte Ausgabe. gr. 8. broch. 1⅓ Thlr.

J. F. Zieglers Buchhandlung in Brieg,

Zollstraße Nr. 13,

empfiehlt die mit derselben verbundene,

7000 Bände starke Lesebibliothek

allseitiger Beachtung und Theilnahme. Dieselbe wird fortwährend mit dem **Neuesten** und **Beliebtesten** vermehrt. Separat besteht noch ein

Lesezirkel

belletristischer und **publicistischer Zeitschriften,** so wie **medizinischer Journale;** desgleichen in jedem Winter-Semester

ein Taschenbücher-Lesezirkel.

Katalog und Bedingungen werden bereitwilligst mitgetheilt.

Bekanntmachung,

Wegen Renovirung meines Lokals können Volks-Versammlungen im russischen Kaiser **nicht mehr** stattfinden.

Virtel, Gastwirth.

Ein, in einer belebten, am Fuß des Gebirges liegenden Stadt befindlicher Gasthof, mit 15 bewohnbaren Stuben und Stallung für 80 Pferde; durchweg neu und massiv erbaut, auf 10,000 Rthl. sich verzinsend, ist bei einer Anzahlung von 2500 Rthl. sofort zu verkaufen. Kaufliebhaber erfahren das Nähere auf portofreie Anfragen in der Buchhandlung von **Ludwig Heege** in Schweidnitz.

Zur Oberaufsicht des Personals eines sehr bedeutenden Instituts hiesiger Residenz wird ein zuverlässiger Mann verlangt. Die Stellung ist dauernd, und bei freier Wohnung mit einem jährlichen Gehalt von 600 Thlrn. verbunden. Näheres in der Agentur des Apothekers Schultz in Berlin, neue Friedrichsstr. Nr. 78a.

Alle diejenigen Herren Handlungsgehilfen, welche noch beabsichtigen, bei dem Schützen-Corps der jungen Kaufmannschaft hier, sich zu betheiligen, ersuchen wir hiermit um Abgabe ihrer Beitritts-Erklärungen bis künftigen Sonnabend den 8. April, da wir an diesem Tage die im Institutslokal, Schuhbrücke Nr. 50, ausliegende Subskriptionsliste zu schließen wünschen. Zugleich laden wir sämmtliche Unterzeichner ein, am 8. April Abends 7 Uhr sich im Institute versammeln zu wollen.

Breslau, 4. April 1848. Das Comité.

Die Oel-Raffinerie von **J. Cuhnow** befindet sich von heut ab **Nikolai-Straße Nr. 8,** in den 3 Eichen, nahe der Herren-Straße.

Größte Brodt- und **Semmel-Waare,** den jetzigen billigen Getreidepreisen angemessen, zu haben in der heut neu eröffneten Mehl-Niederlage, Schuhbrücke und Albrechtsstraßen-Ecke, neben der Gipsfabrik.

Ich wohne jetzt Messergasse Nr. 39.

Tralles, Commissionär.

Weiß-Garten.

Heute Mittwoch den 5. April

26stes Abonnement-Konzert

Anfang 6 Uhr. Entree 2½ Sgr.

Im Glashause.

Heute Mittwoch den 5. April Konzert.

Ein untrügliches Mittel die **Wanzenbrut u. Schwaben** gänzlich zu vertilgen, das Fläschchen 10 und 6 Sgr. ist zu haben bis zum 10. April bei

Auguste Dreiling,

Schweidnitzerstr. 5, 1. Etage Nr. 7.

Soda-Wasch-Seife,

die 11 Pfd. für Einen Thaler, der Ctr. 9 Rthlr., und feinste

Apollo-Kerzen, 10⅓ Sgr. d. Pack, empfiehlt: **Gotthold Eliason,**

Reuschestraße 12.

Wohnungs-Veränderung.

Unser Commissions- und Agentur-Comtoir befindet sich von jetzt ab Oderstraße Nr. 10, erste Etage. **Alexander u. Comp.**

Große Sendung **Waldenburger Porzellan-Waaren** ist wieder eingetroffen und wird billigst verkauft im Hausflur Schuhbrücke Nr. 81, 2 goldene Rössel.

Ein tüchtiger, aber militairfreier und unverheiratheter Krankenwärter, der lesen und schreiben kann und gute Zeugnisse aufzuweisen hat, findet baldige Anstellung. Hierauf Reflektirende melden sich Burgfeld Nr. 7 beim Inspektor Heyer.

Zu vermiethen

sind Salvatorplatz Nr. 6 zwei Wohnungen, bestehend aus 3 und 4 Stuben, Küche und Beigelaß nebst Gartenpromenade und Johannis zu beziehen.

Reusche Straße Nr. 7 im ersten Stock ist für einen einzelnen Herrn ein möblirtes Zimmer sofort oder zu Johannis zu vermiethen und das Nähere in der Uhren-Handlung der Gebrüder **Bernhard**, Reusche Straße Nr. 3, zu erfragen.

Ein Gewölbe nebst Wohnung ist zu vermiethen und gleich zu beziehen Altbüsserstr. 53.

Heiligegeiststraße Nr. 15 ist der erste Stock (2 Stuben, Alkove und Entree) mit nöthigem Beigelaß zu vermiethen und zu Joh. d. J. zu beziehen. Die nach der Promenade gelegene Stube kann gleich bezogen werden.

Klosterstraße Nr. 1a 2 ist ein sehr freundliches Quartier, bestehend aus 3 Stuben, Küche, Entree nebst Zubehör, im 3ten Stock zu vermiethen und bald zu beziehen.

Oderstraße Nr. 21 der zweite Stock zu vermiethen und Johannis zu beziehen.

Nr. 4 b. Neue Schweidnitzer Straße ist ein Quartier von 4 Piecen nebst Küche und Beigelaß, im 3ten Stock, für Johannis zu vermiethen. Nöthigenfalls könnte auch der 3te Stock mit 9 Piecen im Ganzen vermiethet werden. Hr. Kaufm. **Bönke** in demselben Hause wird gütige Auskunft ertheilen.

Zu vermiethen und sogleich zu beziehen ist Schweidnitzer Straße 51 in Stadt Berlin die zweite Etage, bestehend aus 6 großen Zimmern, 2 Küchen, Entree und Zubehör. Dieselbe kann auch getheilt vermiethet werden und ist Näheres zu erfragen daselbst zwei Stiegen.

Eine Stube,
im Parterre, Tauenzienstraße 66, ist mit oder ohne Möbel zu vermiethen und sofort zu beziehen. Näheres daselbst.

Tauenzienstraße Nr. 66, zum Neptun, ist eine Wohnung im 1. Stock, bestehend in 5 Stuben und Beigelaß, zu vermiethen, und jetzt oder Johannis zu beziehen. Desgleichen eine Wohnung im 3. Stock, bestehend in 4. Stuben und Beigelaß, und sofort zu beziehen.

Zu vermiethen.
Eine herrschaftliche Wohnung von fünf hellen und geräumigen Zimmern, ein Saal und Beigelaß nebst Stallung und Wagenplatz ist sowohl im Ganzen als getheilt zu vermiethen und sogleich zu beziehen. General-Geschäfts-Büreau von **Gustav Döring**, Altbüßerstraße Nr. 60.

Zu vermiethen
ist an eine stille Familie um mäßigen Preis, Ring Nr. 45, der dritte Stock nebst Zubehör; das Nähere zu erfahren im 2ten Stock.

Zu vermiethen
ist Salvator-Platz Nr. 2 eine Wohnung im zweiten Stock von vier Stuben, Küche und Beigelaß.

Zu vermiethen
ist Schweidnitzer Stadtgraben Nr. 14 die Bel-Etage, bestehend aus 11 Stuben nebst Balkon, Kabinet, Küche und Beigelaß, desgl. eine Wohnung im Parterre von 3 Stuben, Kabinet und Küche.

Zu vermiethen
ist eine Wohnung mit Gartengenuß für den jährlichen Miethszins von 76 Rthl. und Johannis zu beziehen: Mauritiusplatz Nr. 7.

Weidenstraße Nr. 27 ist der zweite Stock zu Johannis zu vermiethen.

Zu Johannis ist Tauenzienstraße Nr. 24 (vormals Nr, 10) eine Wohnung im zweiten Stock von 4 Stuben, Kabinet, Speisekammer 2c. — mit oder ohne Stallung — zu vermiethen.

Tauenzienstraße Nr. 25 (vormals Nr. 11) ist im dritten Stock eine Wohnung von drei Stuben, Kabinet, Speisekammer 2c., bald oder zu Johannis — mit oder ohne Stallung — zu vermiethen. Näheres Nr. 24.

Herrenstraße Nr. 15 sind zwei freundliche Wohnungen nebst Zubehör zu vermiethen, die eine bald zu beziehen.

Ein angenehmes, aus 2 Stuben, Küche und Gartenlaube bestehendes Sommerlogis ist zu vermiethen. Das Nähere am Schweidnitzer Stadtgraben Nr. 19 u. 20.

Matthiasstraße Nr. 8 ist der erste Stock zu vermiethen; Näheres in der Clarenmühle.

Zwei gut möblirte Zimmer sind bald und billig zu beziehen: Oderstraße Nr. 14, eine Stiege.

Das ehemals von Hr. Kfm. Krunz innegehabte Gewölbe, Ohlauerstr. 80, ist von Michaelis ab zu vermiethen. Näheres Heiligegeiststr. 11, 2 Treppen links.

Während der Jahrmärkte
ist Schmiedebrücke Nr. 61, nahe am Ringe, ein schönes Vorder-Zimmer in der ersten Etage, gut möblirt, billig zu vermiethen.

Tauenzien-Platz 10 (Lessing) 1ste Etage sind sofort 2 Zimmer zu vermiethen; desgl. ein Pferdestall.

Wohnungen.
Christophori-Platz Nr. 28 sind einige trokkene und gesunde Wohnungen zu vermiethen und Johannis d. J. zu beziehen.

Blücherplatz Nr. 4
neben der Mohren-Apotheke
ist sogleich oder von Ostern d. J. ab ein schönes geräumiges Gewölbe nebst Comptoir zu vermiethen.
Das Nähere im Tuchgewölbe daselbst.

Zu vermiethen und Johanni zu beziehen ist eine Schlosserwerkstätte nebst Wohnung: goldne Radegasse Nr. 14.

Schweidnitzer Stadtgraben Nr. 23 sind Wohnungen zu vermiethen. 1) Zu Johanni im Parterre von 3 Stuben, Entree nebst Zubehör, und 2) zu Michaeli in der 2ten Etage von 5 bis 7 Stuben, 2 Kabinets, Entree nebst Zubehör, Gartenbenutzung, Stallung und Wagenplatz. Das Nähere beim Wirth.

Zu vermiethen ist Termin Johannis eine Wohnung von drei Stuben, lichter Küche, Entree nebst Zubehör im ersten Stock des Hauses Kupferschmiedestr., in der Weintraube.

Ein sehr gut möblirtes Zimmer, wobei Kost und Bedienung, ist sogleich zu beziehen Oder-Straße Nr. 14, dritte Etage.

Die Hälfte des 3. Stockes, bestehend aus 3 Stuben, 1 Kabinet, großer Küche u. s. w. ist zu vermiethen und sogleich zu beziehen: Oder-Vorstadt Rosenthalerstraße Nr. 4.

Blücherplatz Nr. 5 ist der 1ste, 2te und 3te Stock sofort zu vermiethen.

Eine größere Wohnung nebst Pferdestall und Wagenplatz ist Termin Michaelis, und zwei kleinere freundliche Wohnungen von 5 Stuben, Kabinet und Zubehör, und 3 Stuben nebst Zubehör, sind Johanni zu beziehen. Näheres beim Wirthe Tauenzienstraße 79.

Sommer-Wohnung,
Paradies-Gasse Nr. 3, bestehend in 3 Stuben, bald zu vermiethen.

Eine Bude ohnweit des Schweidnitzer Kellers ist von Johannis an zu vermiethen, und das Nähere bei dem Saamenhändler **Reichelt**, vom grünen Kürbis geradeüber, zu erfahren.

Zu vermiethen
Nikolaistraße in der gelben Marie, drei, und eine Stube nebst Zubehör.

Ritterplatz Nr. 10 ist der erste Stock nebst Zubehör auf Johannis zu vermiethen. Näheres darüber beim Wirth zu erfragen.

Breitestraße Nr. 41 ist zu vermiethen zum 1. Mai d. J. eine gut möblirte Stube nebst Kabinet. Zu Johauni d. J. das Parterre im Hinterhause: 1 Stube, Alkove, Kabinet und Küche.

Schweidnitzer-Straße Nr. 5,
im goldenen Löwen,
ist in der zweiten Etage vorn heraus ein freundlich möblirtes Zimmer mit Bedienung zu vermiethen.
Das Nähere par terre im Tabak-Laden zu erfragen.

Matthiasstraße Nr. 89 sind par terre zwei Stuben, helle Küche, Alkove nebst Beigelaß von Johannis d. J. ab zu vermiethen.

Ein großes herrschaftliches Quartier, im Ganzen oder getheilt, mit Stallung für vier Pferde, Wagenremise und Garten, in Haynau zu vermiethen und bald zu beziehen.
Balcke, Zimmermeister.

Karlsstraße Nr. 12 ist Termin Johanni d. J. zu vermiethen: im ersten Stock eine Wohnung von vier Stuben und Zubehör, und im zweiten Stock eine Wohnung von einer Stube, zwei Alkoven und Zubehör.

Der Handlungs-Commis **Albert Sachs**, aus **Breslau** gebürtig, der hier kurze Zeit in den Handlungen **Herrmann Gerson, Carl Busch,** konditionirt, wird hiermit aufgefordert, mir seinen Wohnort anzuzeigen.
Berlin, 1. April 1848.
M. Bertram, Friedrichsstraße Nr. 56.

Zu vermiethen und Michaelis zu beziehen
Schuhbrücke Nr. 38,
dem Matthias-Gymnasium geradeüber,
an einen ruhigen Miether die zweite Etage, bestehend in 5 heizbaren Zimmern, Kabinet, Küche nebst allen Bequemlichkeiten dabei. Auf Verlangen auch Stallung und Remise.

Eine freundliche möblirte Stube nebst Alkove ist vom 1. Mai ab billig zu vermiethen in der Bahnhofsstraße im Morgenstern par terre rechts.

Zu vermiethen
ist Nikolai-Vorstadt, kleine Holzgasse Nr. 3 die erste Etage nebst Gartenbesuch und Johannis zu beziehen.

Zu vermiethen.
Albrechtsstraße Nr. 13 der erste Stock mit oder ohne Stallung und Wagenremise.
Näheres par terre im Comptoir.

Billig zu verkaufen ist eine alte feste Geldkasse Stockgasse Nr. 18 im Gewölbe.

Breslauer Getreide-Preise
am 4. April 1848.

Sorte:	beste		mittle		geringste	
Weizen, weißer	50	Sg.	45	Sg.	40	Sg.
Weizen, gelber	47	„	42	„	37	„
Roggen	36	„	32	„	28	„
Gerste.......	32½	„	28	„	26	„
Hafer	24	„	22	„	20	„

Breslau, den 4. April 1848.

(Amtliches Cours-Blatt.) Geld- und Fonds-Course: Holl. Rand-Dukaten 98 Gld. Kaiserl. Duk. 98 Gld. Friedrichsd'or 115½ Br. Louisd'or 114½ Br. Poln. Court. 89¼ Br. Oester. Bankn. 96½ Br. Staats.-Sch.-Sch. per 100 Rtl. 3½% 64½ Gld. Großherz. Pos. Pfandbr. 4% 86¼ Br., neue 3½% 62¾ Br. Schles. Pfdbr. à 1000 Rtl. 3½% 85¼ Gld., Lit. B. à 1000 Rtl. 4% 86¼ Br. Alte poln. Pfdbr. 4% 72 Br., neue 72 Br. — Eisenbahn-Aktien: Bresl.-Schweidn.-Freib. 4% 68¼ Gld. Niederschl.-Märkische 3½% 54½ Br. Köln-Mindener 3½% 62½ Br.

(Börsen-Bericht.) Geld-Sorten und Fonds. Holl. u. kaiserl. vollw. Dukaten 98 Gld. 100 Br. Friedrichsd'or 115 Br. Louisd'or, vollw. 114½ Br. Poln. Papiergeld 89 bez. Oester. Bankn. 96 bez. Staats-Sch.-Sch. 3½% 65 Gld. Posener Pfandbr. 4% 86 Br., 3½% 63 Br. Schl. Pfdbr. 3½% 85 — 86 bez., Lit. B. 4% 86 Br. Poln. Pfdbr. 4% neue 72 Br. — Eisenbahn-Aktien: Bresl.-Schw.-Freib. 4% 69 bez. u. Gld. Niederschl.-Märkische 3½% 54 Br. Ost-Rhein. (Köln-Minden) 3½% 62 Br.

Coursbericht. Berlin, den 3. April.
Niederschl. 3½% 54 Gld., Prior. 5% 82 Br., Ser. III. 5% 81 bez. Köln-Minden 3½% 60 bis 60½ bez. Sächs.-Schl. 4% 60 Gld. — Quittungsbogen: Nordb. (Fr. Wilh.) 4% 31½ bis 31 bez. Posen-Starg. 4% 42 u. 42½ bez. — Fonds- und Geld-Sorten: Staats-Schuldsch. 3½% 64 bez. Poln. Pfandbr. neue 4% 70 bez. Ende über Notiz Geld.

Universitäts-Sternwarte.

2. und 3. April.	Barometer Z. L.	Thermometer inneres.	Thermometer äußeres.	feuchtes niedriger.	Wind.		Gewölk.
Abends 10 Uhr.	27 10, 44	+ 11, 40	+ 10, 5	0, 0	0°	N	halbheiter
Morgens 6 Uhr.	10, 42	+ 10, 40	+ 6, 8	0, 7	1°	SO	heiter
Nachmitt. 2 Uhr.	9, 88	+ 12, 50	+ 15, 5	5, 3	0°	NW	„
Minimum.	9, 80	+ 10, 40	+ 6, 8	0, 7	0°		
Maximum.	10, 56	+ 12, 60	+ 16, 4	5, 3	27°		

Temperatur der Oder + 10, 0

3. und 4. April.	Barometer Z. L.	Thermometer inneres.	Thermometer äußeres.	feuchtes niedriger.	Wind.		Gewölk.
Abends 10 Uhr.	27 9, 52	+ 12, 20	+ 11, 5	2, 8	1°	O	halbheiter
Morgens 6 Uhr.	9, 22	+ 11, 20	+ 7, 7	1, 3	1°	SSW	heiter
Nachmitt. 2 Uhr.	8, 76	+ 13, 45	+ 16, 5	6, 2	8°	W	fast heiter
Minimum.	8, 56	+ 11, 20	+ 7, 7	1, 3	1°		
Maximum.	9, 54	+ 13, 60	+ 17, 6	6, 2	8°		

Temperatur der Oder + 10, 6

Der vierteljährige Abonnements-Preis für die Breslauer Zeitung in Verbindung mit ihrem Beiblatte: „Die Schlesische Chronik," ist am hiesigen Orte 1 Thlr. 27½ Sgr.; für die Zeitung allein 1 Thlr. 15 Sgr. Die Chronik allein kostet 20 Sgr. Auswärts kostet die Breslauer Zeitung in Verbindung mit der Schlesischen Chronik (incl. Porto und Stempel) 2 Thlr. 20 Sgr.; die Zeitung allein 2 Thlr. 7½ Sgr.; die Chronik allein 20 Sgr.; so daß für die Chronik kein Porto angerechnet wird.

Druck und Verlag von Graß, Barth und Comp. Redakteur: Dr. J. Nimbs.

Landtags-Zeitung.

№ 1. Breslau, den 5. April. 1848.

Erste Sitzung des vereinigten Landtags.

(2. April.)

Die Sitzung beginnt $12\frac{1}{4}$ Uhr unter Vorsitz des Marschalls, Fürsten zu Solms.

Staats-Minister Camphausen (liest vor die Eröffnungsrede und die Königl. Propositionen, welche wir bereits in der gestrigen Nr. d. Z. mitgetheilt haben.)

Indem ich Ihnen, durchlauchtigster Marschall, die beiden Allerhöchsten Propositionen übergebe, erkläre ich im Namen Sr. Majestät des Königs den zweiten Vereinigten Landtag für eröffnet.

Marschall: Ich habe zuvörderst die Abgeordneten Kuschke und Dittrich zu ersuchen, das Geschäft des Sekretariats in der heutigen Sitzung zu übernehmen.

(Sekretaire Kuschke und Dittrich nehmen ihre Plätze ein.)

Fürst Lichnowsky hat sich zur Beantragung einer Adresse an Se. Majestät den König ums Wort gemeldet.

Fürst Lichnowsky: Meine Herren: Nachdem wir die Königliche Proposition vernommen haben, dürfte es wohl der Mehrzahl von uns nicht als unangemessen erscheinen durch eine Adresse hierauf zu antworten. Ich werde mir erlauben, Ew. Durchlaucht zu bitten, die Versammlung zu befragen, ob der Antrag unterstützt wird.

Marschall: Es fragt sich, ob es in der Absicht der Versammlung liegt, daß dem Vorschlage, eine Adresse an Se. Majestät den König zu richten, beigestimmt werde, und ich ersuche diejenigen, welche dafür stimmen, dies durch Aufstehen zu erkennen zu geben.

(Die große Mehrzahl der Mitglieder erhebt sich.)

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Abgeordn. von Thadden-Trieglaff: Nicht einstimmig. Ich protestire dagegen.

Marschall: Der Vorschlag ist mit einer an Einstimmigkeit gränzenden Majorität angenommen.

Fürst Lichnowsky: Nachdem Se. Majestät der König selbst in den Allerhöchsten Propositions-Dekreten von heute und die schleunigste Erörterung der uns vorliegenden Fragen anempfohlen haben, so glaube ich, dürfte es in dem Wunsche der Versammlung liegen, daß auch diese Adresse so schleunig als möglich berathen und beschlossen werde. Ich gebe es daher Ew. Durchlaucht anheim, die Versammlung zu fragen, ob sie damit einverstanden sei, daß sofort eine Kommission zur Entwerfung der Adresse ernannt werde, die sich in diesem Augenblicke mit Abfassung derselben beschäftige und in einer Frist von wenigen Minuten uns diese Adresse vorlege.

(Geräusch.)

Nachdem ein großer Theil der Versammlung seinen Beifall einem diesfallsigen Entwurfe auf eine so unzweideutige Weise zu erkennen gegeben hat, glaube ich, dürfte das Abrupte meines Vorschlages sich modifiziren.

Marschall: Es giebt verschiedene Wege, um die Beschleunigung eines Beschlusses herbeizuführen. Der eine kann der sein, daß eine Kommission ernannt wird, welche schon in der morgenden Sitzung den Entwurf einer Adresse vorlegt. Ein anderer ist der, und er führt noch schneller zur Erledigung und zum Beschluß der Versammlung, daß alsbald eine Kommission erwählt werde, welche unverweilt sich mit dem Gegenstande beschäftigt und nach Ablauf einiger Zeit den Adreß-Entwurf vorlegt. Das ist eine Weg der eingeschlagen werden kann. Es kommt also zunächst darauf an, die Ansicht der Versammlung darüber zu vernehmen, ob dieser Weg einzuschlagen sei: nämlich jetzt eine Kommission zu erwählen, die sich zurückzieht, während unterdessen die Sitzung ausgesetzt bleibt, und alsbald einen Entwurf vorlegt. Wenn hierüber weiter keine Bemerkung zu machen ist, so wäre alsbald die Abstimmung darüber vorzunehmen, ob von der Versammlung dieser Weg beliebt wird.

Abgeordn. von Bismark-Schönhausen: Ich glaube, daß wir es der Würde schuldig sind, welche in dieser Versammlung stets gehandhabt ist, alle ihre Schritte mit Besonnenheit zu leiten, daß wir es den einfachen Regeln der Schicklichkeit schuldig sind, zumal, da wir zum letzten Male hier versammelt sind, in keiner Weise von unseren bisherigen Gebräuchen abzuweichen. Wir haben früher jedes noch so einfache Gesetz einer Kommission überwiesen, die es mit Ruhe berathen und am anderen Tage der Versammlung vorgelegt hat. Ich glaube, daß in einem so ernsten Augenblick, wie dieser, der Ausdruck der Gefühle dieser Versammlung, welche bisher noch die Ehre hat, daß preußische Volk zu vertreten, ein hinreichend wichtiger Akt ist, um es nicht zuzulassen, bei der Berathung der Adresse mit einer Eile verfahren zu dürfen, die nach meinem individuellen Gefühl von den Regeln der Schicklichkeit entfernt ist.

Abgeordn. Milde: Wir werden uns keinesweges von der Schicklichkeit entfernen, noch die Würde der Versammlung aus den Augen setzen, wenn wir uns heut einigen, eine Kommission zu erwählen, die wie bereits angedeutet worden ist, die Gefühle und die Gesinnungen der hohen Versammlung in einen Adreß-Entwurf aufnimmt und sofort hierher zurückkehrt, um uns einen solchen vorzulegen. Wir leben in einer sehr ernsten Zeit, müssen die Augenblicke nützen und handeln, damit wir, nachdem wir die Regierung und ihr System unterstützt haben, wir möglichst schnell heimkehren können.

In so mächtig bewegten Zeitabschnitten, meine Herren, ist es die Pflicht eines jeden guten Bürgers, Sr. Majestät Gouvernement zu kräftigen, und so weit es an uns ist, so lassen Sie es uns thun. Ich bin aber auch der Ueberzeugung, daß wir dieses Ziel am sichersten nur dann erlangen werden, wenn wir mit größter Eile und Entschiedenheit zu Werke gehen. Wir wissen, daß in einzelnen Gegengen, namentlich in der Provinz, der ich angehöre, die bedauerlichsten Unruhen stattgefunden, ja beinahe Anarchie herrscht, und um deshalb müssen wir trachten, sobald wie immer thunlich, heimzukehren, um als Boten des Friedens sagen zu können, daß von Seiten der Regierung Alles geschehen wird, um die neuen Zustände sobald als möglich ins Leben und zwar so treten zu lassen, daß die Interessen des Handels, der Gewerbe, der bürgerlichen und gesetzlichen Ordnung gewahrt und gekräftigt werden sollen. Ich schließe mich daher dem Antrage des Antragstellers an und bitte alsbald eine Kommission zu ernennen. (Bravo!)

Abgeordn. von Meding: Um den wenigen Worten, die ich der hohen Versammlung zu sagen habe, bei Ihnen Eingang zu verschaffen, kann ich nicht umhin, von meinen persönlichen Verhältnissen auszugehen. Es ist bekannt, daß ich mit meinen persönlichen Ansichten von denen abgewichen bin, die diejenigen der Mehrheit der Versammlung waren. Ich bin bisher der Ansicht gewesen, daß im Wesentlichen ein genügendes Maß von Freiheit schon in den bisherigen Zuständen des preußischen Staates gegeben war, und daß dies vielleicht nur einer geringen Ausdehnung bedürfte. Ich habe mich überzeugt, daß ich mit diesen meinen Ansichten von denen der großen Majorität der Nation abgewichen bin, und daß eine ungeheure Majorität der Nation eine größere Ausdehnung der Freiheiten verlangt hat, als bisher in unserer Verfassung gegeben war. Nachdem ich diese Ueberzeugung gewonnen habe, und nachdem sich S. Majestät der König über das, was er dem Lande zu gewähren Willens ist, auf das unzweifelhafteste ausgesprochen hat, unterwerfe ich meine abweichenden persönlichen Ansichten dem, was ich als den Willen des Königs und des Landes anerkenne. Ich hänge daher für meine Person dem constitutionellen System freimüthig und offen an und werde dies thun, so lange Se. Majestät der König und das Vaterlandes angemessen findet, sich meiner Dienste zu bedienen, und auch dann, wenn ich künftig in dem Fall sein sollte, allein von beschränkten Privatverhältnissen aus zu handeln. Wenn man aber darüber verschiedener Meinung sein kann, welches Maß von Freiheit dem Lande nothwendig war, so werden Alle doch darüber einig sein, daß das größere Maß der Freiheit zunächst immer auf Kosten der Autorität erworben wird. Es kann die Autorität sich in der Freiheit wieder herstellen; für den Augenblick aber ist ein Erschüttern derselben unvermeidlich, das wissen wir Alle aus eigener Erfahrung. Ohne eine starke Autorität ist aber auch keine Freiheit möglich. Ich glaube daher, daß es die heiligste Pflicht der Versammlung ist, alles in ihren Kräften Stehende anzuwenden, um die Autorität des Gouvernements möglichst schnell herzustellen; das kann aber nur geschehen durch rasche und energische Schritte und nur auf dem Wege, daß die Versammlung mit dem ihr beiwohnenden moralischen Gewicht das Gouvernement unterstützt. Darum bin ich der Ueberzeugung, daß die hohe Versammlung keinen Augenblick zu verlieren hat, die Erklärung ihrer Ansicht zu geben. Ich halte es nicht für Uebereilung, noch für unschicklich, wenn jetzt gleich die Adresse berathen wird, um so mehr, da man in einer zahlreichen Versammlung, die bei weitem aus dem größten Theil der Mitglieder bestand, sich schon über die Grundlage dieser Adresse vereinigt hat; ich trete daher dem Antrage des Fürsten Lichnowsky bei und stimme dafür, daß noch heute die Adresse berathen werde.

Abgeordn. Dittrich: Ich bin der Meinung, daß wir die köstliche Zeit benutzen, nicht zaudern und uns nicht an alte Formen halten, da wir in der Sache vorwärts müssen, da jeder Tag etwas Neues bringen kann und wir nur dadurch unsere Sendung als Friedensboten erfüllen können, wenn wir keinen Augenblick versäumen, um für das allgemeine Wohl durch Friedensstiftung zu wirken.

Marschall: Der nächste Redner hat auf das Wort verzichtet. Außerdem wünscht man abzustimmen. Wir kommen also zur Abstimmung darüber, ob die Versammlung der Meinung sei, daß die Kommission sich alsbald mit dem Gegenstande beschäftige und, nachdem die Sitzung kurze Zeit ausgesetzt sein wird, den Entwurf einer Adresse vorlege. Die das beantragen, werden es durch das Zeichen des Aufstehens zu erkennen geben.

Man ist dem fast einstimmig beigetreten. Von einem der Redner, die bis jetzt gesprochen haben, ist erwähnt worden, daß die Versammlung alsbald zur Wahl der Kommission schreiten möge. Der Abgeordnete Milde machte diese Bemerkung. Mir liegt nun in Wahrheit nichts entfernter, als auf diejenige Befugniß insbesondere zurückzukommen, die mir durch das Gesetz, welches bisher bestanden hat und in diesem Augenblicke besteht, zuerkannt ist, nämlich: die Kommission zu ernennen. Wenn es wirklich die Meinung des Abgeordneten Milde war, und wenn die Versammlung derselben Ansicht ist, so würde es an mir sein, den Herrn Landtags-Kommissarius zu befragen, ob er die Ermächtigung gebe, in diesem Augenblicke in der angedeuteten Weise von der Geschäftsordnung abzuweichen, in welchem Falle ich nichts dagegen zu erinnern habe.

Abgeordn. Milde: Ich nehme meinen Antrag zurück und bitte, daß Ew. Durchlaucht nach dem Reglement verfahren möge.

Marschall: Ich würde also die Mitglieder zu bezeichnen haben, welche ich ersuche, der Kommission zur Entwerfung einer Adresse an Se. Majestät den König beizutreten. Diese Mitglieder sind: Abgeordn. von Beckerath, Fürst Lichnowsky, Grabow, von Vincke, Graf Dyhrn, von Barbeleben, Mewissen, Kühlewetter, Graf Helldorff, von Potworowski und von Hagenow.

Diese werden ersucht, dies Geschäft vorzunehmen, während dessen die Sitzung ausgesetzt bleibt.

Abgeordn. von Vincke: Die Abtheilung, welche Ew. Durchlaucht zur Berathung des Adreß-Entwurfs ernannt haben, und welche mir die Ehre erzeigt hat, mich zum Vorsitzenden zu erwählen, hat sich angelegentlichst mit ihrer Aufgabe beschäftigt, und ich erlaube mir, im Namen der Abtheilung zu erklären, daß wir alle einstimmig einen Entwurf angenommen und den Herrn Abgeordneten von Beckerath zum Referenten erwählt haben, dem wir auch die Fassung desselben verdanken. Wenn Ew. Durchlaucht bestimmen wollen, daß der Herr Referent den Vortrag halte, so dürfen wir vielleicht hoffen, den Inhalt des Entwurfes auch möglichst einstimmig von der hohen Versammlung angenommen zu sehen.

Abgeordn. von Beckerath: Meine Herren! Der Adreß-Entwurf, welchen ich die Ehre habe, Ihnen im Namen der Kommission vorzulegen, lautet wie folgt: S. die gestr. Nr. d. Z.

Meine Herren es ist nicht meine Absicht, den Adreß-Entwurf durch einen längeren Vortrag zu begründen.

Werfen sie einen Blick auf die Geschichte Deutschlands während der letzten 4 Wochen, und es werden Ihnen Thatsachen entgegen treten, die mächtiger reden, als Worte. Noch mehr, meine Herren, werfen Sie einen Blick in das Herz des Volkes, und Sie werden Begeisterung finden für die eben errungene Freiheit, Sie werden aber auch dort das Verlangen und den festen Entschluß finden, die friedliche Entfaltung dieser Errungenschaft durch Wiedeeherstellung geordneter Zustände zu sichern. Das, meine Herren, ist der Sinn der Adresse; das ist, ich spreche es zuversichtlich aus, auch der Geist dieser Versammlung. Ich beantrage deshalb die Genehmigung der Adresse.

Graf von Arnim: Es ist ein Vorzug derjenigen Verfassung, die wir seit Jahresfrist besitzen, daß die großen Ereignisse des Vaterlandes offen und unentstellt vor den Vertretern desselben dargelegt werden können, und daß Männer, die berufen waren, in jenen Ereignissen mitzuwirken, sich öffentlich darüber aussprechen können, was sie thaten, und weshalb sie es thaten. Auf Grund dessen glaube ich gegenwärtig vor dem Beginn der Berathung über die Adresse verpflichtet und berechtigt zu sein, in der Kürze die großen Ereignisse und die Stellung des Ministeriums zu denselben während der Zeit zu erörtern, in der mir seine Leitung durch den Ruf Sr. Majestät beschieden war.

Ich erinnere daran und lege ein großes Gewicht darauf, daß schon am 18ten März früh die Proclamation Sr. Majestät erschienen, welche dem Lande eine constitutionelle Verfassung verhieß. Se. Majestät sagten darin:

„Vor Allem verlangen Wir, daß Deuschland aus einem Staaten-Bunde in einen Bundesstaat verwandelt werde. Wir erkennen an, daß dies eine Reorganisation der Bundesverfassung voraussetzt, welche nur im Verein der Fürsten mit dem Volke ausgeführt werden kann, daß demnach eine vorläufige Bundespräsentation aus den Ständen aller deutschen Länder gebildet und unverzüglich berufen werden muß. — Wir erkennen an, daß eine solche Bundesrepräsentation eine constitutionelle Verfassung aller deutschen Länder nothwendig erheische, damit die Mitglieder jener Repräsentation ebenbürtig neben einander sitzen.

Wir verlangen eine allgemeine deutsche Wehrverfassung und werden beantragen, solche im Wesentlichen derjenigen nachzubilden, unter welcher Unsere — Preußens Heere — in den Freiheitskriegen unverwelkliche Lorbeern sich errangen. Wir verlangen, daß das deutsche Bundesheer unter einem Bundesbanner vereinigt werde, und hoffen, einen Bundesfeldherrn an seiner Spitze zu sehen. Wir verlangen eine deutsche Bundesflagge und hoffen, daß in nicht zu langer Frist eine deutsche Flotte dem deutschen Namen auf nahen und fernen Meeren Achtung verschaffen werde.

Wir verlangen ein deutsches Bundesgericht zur Schlichtung aller Streitigkeiten staatsrechtlichen Ursprungs zwischen den Fürsten und Ständen, wie auch zwischen den verschiedenen deutschen Regierungen.

Wir verlangen ein allgemeines deutsches Heimatsrecht und volle Freizügigkeit in dem gesammten deutschen Vaterlande.

Wir verlangen, daß fortan keine Zollschranke mehr den Verkehr auf deutschem Boden hemme und den Gewerbefleiß seiner Bewohner lähme; Wir verlangen also einen allgemeinen deutschen Zollverein, in welchem gleiches Maß und Gewicht, gleicher Münzfuß, ein gleiches deutsches Handelsrecht auch das Band materieller Vereinigung bald um so fester schließen möge.

Wir schlagen vor Preßfreiheit mit gleichen Garantien gegen deren Mißbrauch für das gesammte deutsche Vaterland.

Das sind Unsere Vorschläge, Unsere Wünsche, deren Verwirklichung Wir mit allen Unseren Kräften zu erstreben suchen werden. Mit stolzem Vertrauen rechnen Wir dabei auf die bereiteste Mitwirkung Unserer deutschen Bundesgenossen und des gesammten deutschen Volks, welches Wir mit Freuden durch Einverleibung Unserer nicht zum Bunde gehörigen Provinzen in den Bund verstärken werden, wenn, wie Wir voraussetzen, deren berufene Vetreter diesen Wunsch theilen und der Bund sie aufzunehmen bereit ist.

Wir geben der freudigen Hoffnung Raum, daß die Ausführung Unserer Absichten, ja daß schon deren Anbahnung die Spannung heben wird, die jetzt zu Unserem großen Schmerz das deutsche Vaterland erfüllt, die Verkehr und Gewerbe lähmt, es spaltet, die es zu zerreißen droht, — ja Wir hoffen, daß jene Maßregeln Deutschland in sich stark, nach außen geachtet machen werden, damit in seinen vereinigten Kräften Europa die sicherste Gewähr eines dauernden, gesegneten Friedens finden möge."

Dies waren die Grundsätze, welche am **18.** März früh ausgesprochen waren. Am **19.** März Vormittags trat das Ministerium, dem ich vorzustehen die Ehre hatte, auf Grund dieser Prinzipien an die Spitze der Verwaltung. Die Maßregeln, welche an diesem Tage vor diesem letztgedachten Zeitpunkte getroffen wurden, liegen also vor dem Eintritt des Ministeriums, dem ich vorgestanden habe. Seine Wirksamkeit begann erst mit dem gedachten Augenblicke, aber sein Prinzip war das, welches der König Tages zuvor in der eben vernommenen Weise ausgesprochen.

Das Ministerium hatte sich zunächst Rechenschaft zu geben, auf welchen Grundlagen unter den obwaltenden Umständen die verheißene constitutionelle Monarchie zu errichten sei, und es hat in dieser Beziehung drei Gesichtspunkte aufgefaßt, die es zu verwirklichen bestrebt war. — Zuerst hat es sich gesagt, daß jedes constitutionelle System, wenn es einmal ergriffen ist, aufrichtig und wahr in allen seinen Konsequenzen angenommen werden muß. Es hat sich ferner gesagt, daß in einer Zeit, wie die seines Eintritts, es nicht rathsam sei, hinter den Erfahrungen der drei letzten Wochen und deren Ergebnissen in den übrigen deutschen Staaten zurückzubleiben, sondern daß es besser sei, den Ergebnissen um einen Schritt voranzugehen, damit nicht erst durch einzelne Konzessionen Einzelnes gegeben und immer wieder von dem Strom der Zeit überfluthet werde, sondern damit das, was gewährt werden könne, auf einmal gegeben, Geltung und Dauer gewinne. Der dritte Gesichtspunkt, den das Ministerium festgehalten hat, war der, daß dieses System offen und klar in seinen wesentlichen Theilen erkennbar sein müsse, weil die Ereignisse vor allen Dingen Vertrauen und die davon bedingte Einigkeit zwischen der Krone und dem Volke erforderten. Es erkannte daher als nothwendig an, dasjenige deutlich und unverschleiert hinzustellen, was unter dem Ausdruck einer constitutionellen Verfassung gemeint sei. Deshalb wurde, als von der Stadt Breslau eine Deputation in diesem Sinne hierher entsendet wurde, diese Veranlassung willig ergriffen, um sich über die Punkte auszusprechen, welche nach der Ansicht des Ministeriums von der Krone bei der Berathung der preußischen Constitution zu Grunde zu legen sein würden. Es sind dies die Punkte, die in der Adresse berührt sind, und welche von der auf Grund der gegenwärtigen Beschlüsse ins Leben zu rufenden Vertretung des Volkes zu prüfen sein werden.

Dies waren die Gesichtspunkte, aus welchen das Ministerium seine Wirksamkeit begann.

Wenn sich gegenwärtig bei manchen unter Ihnen die Frage daran knüpfen möchte, weshalb in der Leitung des Ministeriums inzwischen bereits eine Aenderung eingetreten? so halte ich es im Interesse der Sache für meine Pflicht, zwei mögliche Deutungen dieses Schrittes als unbegründet zurückzuweisen, nämlich die, daß die Regierung in dieser Beziehung einzelnen Stimmen, welche von einer Seite des Landes laut geworden, nachgegeben hätte. Dies ist nicht der Fall gewesen. Ich bin überzeugt, daß Sie damit einverstanden sein werden, daß derjenige, der zur Leitung des Ministeriums berufen war, solcher einzelnen Stimmen wegen nicht zurücktreten durfte, und ich kann Ihnen versichern, daß er nicht deshalb zurückgetreten ist. Die zweite Deutung könnte die sein, daß in dem Ministerium, und namentlich in dem Ausscheidenden Mangel an Vertrauen in die Erhaltung und Wiederherstellung der gesetzlichen Ordnung überhaupt obgewaltet hätte. Auch diese Annahme muß ich zurückweisen. Wenn dabei von dem Leitenden des Ministeriums die Rede ist, so muß ich zunächst erklären: daß ich mir meine Aufgabe vor Allem dahin gestellt hatte, ein kräftiges, einiges Ministerium zu bilden, und nicht zu weichen, bis der Zusammentritt des vereinigten Landtages gesichert sei. Deshalb hat das Ministerium derselben Deputation der Stadt Breslau erklärt, daß es stehen und fallen würde mit dem Grundsatz, daß zunächst der vereinigte Landtag berufen, daß auf gesetzlichem Wege fortgeschritten werden müsse. Als aber dieser Punkt erreicht, als die Elemente eines vollständigen und einigen Ministeriums beisammen waren, habe ich es nach meinem Gewissen und nach keiner anderen Richtschnur im Interesse der Sache für meine Pflicht gehalten, abzutreten, eben weil es das Wichtigste war, ein möglichst einiges, in seinen Ansichten homogenes und dadurch kräftiges Kabinet zu schaffen, weil die Person des Ministers, welcher vor Jahren dem früheren System der Regierung seine Thätigkeit gewidmet hatte, dem entgegenstand, und weil sie aus diesem Grunde für den Eintritt von Kräften nach ihrer Erklärung ein Hinderniß war, deren das Kabinet zu bedürfen glaubte.

Aus diesem Grunde bin ich willig zurückgetreten von einem Amte, das ich zu einem Zeitpunkte übernahm, wo vertrauungsvoll die Krone ihre ganze Gewalt allein in die moralischen Kräfte gelegt hatte, und wo es daher nach meinem Gefühl unehrenhaft gewesen wäre, ihm nicht willig und gern seine Kräfte zu weihen, die Umstände mochten sein, welche sie wollten, wie es die Umstände und die daraus folgenden Konsequenzen erheischten. — Keinesweges also aus Mangel an Vertrauen zum Siege der Ordnung bin ich geschieden. Selbst in jenen Augenblicken, wo Manchem der Muth sank, habe ich ihn nicht verloren, weil ich der sicheren Zuversicht lebe, daß Preußen der inneren Bewegung Herr werden, daß die constitutionelle Monarchie bestehen wird, weil das preußische Volk die Monarchie will. Ich bin nicht gewichen, als man von manchen Seiten mit Bangigkeit fragte, ob auch der Zustand der Tage der Anarchie wiederum werde umgestaltet werden können **in den** Zustand der Ordnung. Ich habe erwiedert: es wird mit Gottes Beistand gelingen, weil das preußische Volk die Ordnung will. Ich bin aber geschieden, als zur Einigkeit und Kräftigung des Ministeriums mein Ausscheiden nöthig und die wesentlichste Gefahr vorüber war. Jederzeit werde ich bereit sein, wenn es gilt, mit meinen schwachen Kräften, wie in jenen Tagen, dem Könige zur Seite zu stehen, aber ich werde keinen Augenblick meine Thätigkeit fortsetzen, wenn ich fühle, daß eine andere Gestaltung des Kabinets dem Interesse der Dynastie, dem Interesse der Ordnung wohlthätiger ist, wenn ich mich überzeuge, daß andere Kräfte bessere Dienste leisten können. — Und nun lassen Sie uns einig festhalten und stützen die Grundsäulen für Aufrechthaltung der öffentlichen Ordnung, festhalten an unserer seit Jahrhunderten verehrten Dynastie. Lassen Sie die Ueberzeugung in Uns lebendig sein, daß, wenn wir uns selbst nicht aufgeben, wir nie unterliegen werden, denn nur der unterliegt, welcher sich selbst aufgiebt. Wir haben vor vierzig Jahren eine Zeit gehabt, wo sich allgemeine Muthlosigkeit des Landes bemächtigt hatte, wo nur um deshalb Preußen unrettbar verloren schien, weil fast alle die Männer, welche es stützen sollten, verzweifelten. Darum wollen wir nicht verzweifeln, sondern mit der Krone und ihren Räthen muthig Hand in Hand gehen. In diesem Sinne schließe ich mich der Adresse an und hoffe, daß aus diesen ernsten, schweren Zeiten sich mit Gottes Hilfe ein segensreicher, ein friedlicher Zustand gestalten möge.

Mögen Sie es mir verzeihen, daß ich in diesem wichtigen Moment auch von mir geredet habe; ich habe es nur gethan, weil es wünschenswerth, ja nothwendig ist, daß, wessen Hand an den Geschicken dieses Landes auch nur auf wenige Tage, wie die verflossenen, Theil gehabt, von dem das Land erfahre, nach welchen Grundsätzen und in welcher Absicht er gehandelt hat.

(Lebhaftes Bravo.)

Landtags-Kommissar Staats-Minister Camphausen: Die Lage der Dinge enthebt mich der Nothwendigkeit, auf den Inhalt des Vortrages, den wir so eben vernommen haben, näher einzugehen; doch hoffe ich den Eindruck, den er auf die hohe Versammlung gemacht hat, noch durch die Erklärung zu erhöhen, daß Alles, was ich über die Wirksamkeit des geehrten Redners in den Tagen der Gefahr vernommen habe, meine Bewunderung und Hochachtung erregt hat. Es lag aber hierin ein Grund mehr für mich zu der Annahme, daß ich unter der Verwaltung, welche den Namen des verehrten Redners trug, als Mitglied der Versammlung wirksamere Hülfe hätte dem Vaterlande leisten können, als in der Stellung, die ich nunmehr eingenommen habe. Muth hat der geehrte Redner bewiesen in den gefahrvollen Tagen. Auch ich bin mit Muth an das Werk gegangen, meine Freunde und Kollegen haben mit Muth begonnen und werden darin ausharren. Wir Alle aber werden uns glücklich schätzen, wenn wir dereinst an der Stelle vor uns stehen werden und zu Ihnen oder Ihren Nachfolgern eben so sprechen können, wie der geehrte Redner vor mir über seine Wirksamkeit zu Ihnen gesprochen hat.

(Lebhaftes Bravo!)

(Abgeordn. von Bismark meldet sich ums Wort; von allen Seiten Ruf zur Abstimmung.)

Abgeordn. von Saucken-Tarputschen: Ich bin der Ansicht, daß wir Keinem die Rede verweigern, und ich möchte mir daher die Bitte erlauben, daß der Herr Marschall die Versammlung durch Abstimmung darüber befrage, ob über den Gegenstand gesprochen werden soll oder nicht, und daß wir durch die Verweigerung des Wortes die Zeit mehr tödten, als dies durch die Rede geschehen könne.

Marschall: Der Abgeordnete, welcher sich um das Wort gemeldet hat, hat erklärt, daß es seine Absicht sei, nur wenige Worte zu sagen, und was mich besonders bestimmt hat, ihn darauf aufmerksam zu machen, daß der Wunsch der Versammlung dahin gehe, möglichst schnell zur Abstimmung zu kommen, ist der Umstand, daß sich noch ein Redner gemeldet hat und sich vielleicht noch mehrere andere melden würden. Es ist allerdings der zweckmäßige Weg, die Versammlung darüber zu vernehmen, ob sie überhaupt wünsche, daß die Diskussion fortgehe, oder ob sie der Meinung sei, daß ohne weitere Berathung und dann also auch ohne Anhörung der beiden Redner zur Abstimmung geschritten werde. Dies ist der Weg, welcher durch die Geschäfts-Ordnung vorgezeichnet ist. Treten Mehrere dem bei, daß die Berathung fortgesetzt werde, so ist der Augenblick gekommen, die Versammlung zu vernehmen, ob sie abstimmen wolle. Es fragt sich also, ob die erforderliche Anzahl von Mitgliedern auf der Fortsetzung der Berathung besteht.

(Mehrere Mitglieder erheben sich.)

Abgeordn. Milde: Die Freiheit der Tribüne müssen wir ehren, und wenn auch die Meinung, die ausgesprochen werden wird, nicht die Meinung der Majorität ist, so ist es doch unsere Pflicht, jede Meinung zu achten. Ich stimme daher auf das entschiedenste dafür, daß dem Redner nicht das Wort abgeschnitten werde.

Abgeordn. von Bismark-Schönhausen: Ich bin Einer der Wenigen, welche gegen die Adresse stimmen würden, und ich habe um das Wort nur deshalb gebeten, um diese Abstimmung zu motiviren und Ihnen zu erklären, daß ich die Adresse, insoweit sie ein Programm der Zukunft ist, ohne Weiteres acceptire, aus dem alleinigen Grunde, weil ich mir nicht anders helfen kann..... (Gelächter.)

Nicht freiwillig, sondern durch den Drang der Umstände getrieben, thue ich es; denn ich habe meine Ansichten seit den sechs Monaten nicht gewechselt; ich glaube, daß dies Ministerium das einzige ist, welches uns aus der gegenwärtigen Lage einem geordneten und gesetzmäßigen Zustande zuführen kann, und aus diesem Grunde werde ich demselben meine geringe Unterstützung überall widmen, wo es mir möglich ist. Was mich aber veranlaßt, gegen die Adresse zu stimmen, sind die Aeußerungen von Freude und Dank für das, was in den letzten Tagen geschehen ist; die Vergangenheit ist begraben, und ich bedaure es schmerzlicher als Viele von Ihnen, daß keine menschliche Macht im Stande ist, sie wieder zu erwecken, nachdem die Krone selbst die Erde auf ihren Sarg geworfen hat. Aber wenn ich dies, durch die Gewalt der Umstände gezwungen, acceptire, so kann ich doch nicht aus meiner Wirksamkeit auf dem Vereinigten Landtage mit der Lüge scheiden, daß ich für das danken und mich freuen soll über das, was ich mindestens für einen irrthümlichen Weg halten muß. Wenn es wirklich gelingt, auf dem neuen Wege, der jetzt eingeschlagen ist, ein einiges deutsches Vaterland, einen glücklichen oder auch nur gesetzmäßig geordneten Zustand zu erlangen, dann wird der Augenblick gekommen sein, wo ich dem Urheber der neuen Ordnung der Dinge meinen Dank aussprechen kann, jetzt aber ist es mir nicht möglich.

Abgeordn. von Thadden: Meine Herren! Ich besteige die Tribüne, um mich gegen den Adreß-Entwurf zu erklären. Fürchten Sie aber nicht, daß ich die Versammlung mit einer langer Diskussion aufhalten, noch weniger, daß ich auf einzelne Punkte eingehen werde. In formeller Beziehung habe ich vorher schon meine Stimme erhoben, als im Allgemeinen zum Entwurf der Adresse geschritten wurde. Ich halte die Sache in formeller Beziehung ebenfalls für ungesetzlich. In materieller Beziehung kann ich nur sagen, da ich gestern einer Privatberathung beigewohnt, in welcher auch ein größerer Theil der Versammlnng anwesend war, wo ich mich überzeugt habe, daß die Grundsätze, die in der Adresse zur Geltung kommen, mit einer großen Majorität angenommen werden würden. Ich bin aber kein irrender Ritter. (Heiterkeit.)

Doch ich will hier keine vergeblichen Worte machen, sondern auf die Hauptsache eingehen. Wir Alle sind gewiß davon durchdrungen, daß es im Augenblick dringend nothwendig ist, die heftig rollende Staats-Maschine aufzuhalten, um ihrem Umsturz vorzubeugen und dem anarchischen Zustande entgegenzuwirken. Darin stimmen wir ja Alle und auch ich überein. Nur über die Wahl der Mittel sind wir verschieden. Die große Majorität der Versammlung ist der Meinung, daß es auf dem Wege der Konzessionen geschehen muß, daß man sofort zu den Wahlen schreite und überhaupt an eine Umwandlung der Verfassung gehen muß. Sehr viele von Ihnen wollten mit Aufopferung Ihrer politischen Ueberzeugung dies Opfer bringen, um der Anarchie vorzubeugen. Ich bin aber der Meinung, daß erst Ruhe und Ordnung mit allen gesetzlichen Mitteln hergestellt werden muß und dann erst mit aller Energie, mit Ruhe und Besonnenheit an die Bearbeitung und Umänderung der Verfassung mit Allem, was damit zusammenhängt, und an die Wahlen gegangen werde. Für jetzt stimme ich also entschieden gegen die Annahme der Adresse. (Schluß folgt.)

Verlag von W. G. Korn, Graß, Barth und Comp. und Heinrich Richter.

Druck und Papier von Heinrich Richter, Albrechtsstraße Nr. 6.